

Er scheint täglich außer Montag. Abonnements-Preis primum: Vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntag-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.50 M. pro Quartal. Unter Kreuzband für Preussland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Verordnungs-Beilage für 1896 unter Nr. 7277.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte ober deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet. Kassenprüfer: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Straße 2.

Donnerstag, den 5. November 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Straße 3.

### Mac Kinley's Sieg.

Wenn gestern Nicolaus II. von Rußland oder Franz Joseph von Oesterreich oder Umberto von Italien gestorben wäre oder alle drei das Zeitliche gesegnet hätten, so wäre dies nicht von so weittragender Bedeutung als die am 3. November vollzogene Wahl des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Der Wahlsieg, den gestern das souveräne Volk der Vereinigten Staaten vorgenommen hat, beeinflusst die wirtschaftlichen Beziehungen der ganzen Welt, der Sieg Mac Kinley's ist von weittragender Bedeutung für den ganzen Weltmarkt, die Niederlage Bryan's zerstört auf Jahrzehnte, wahrscheinlich auf immer die Lustschlüssel der silbernen Internationale, der Bimetallisten aller Länder, der Meline und Kardorff. Die Wahl in den Vereinigten Staaten bedeutet für diese einen Umschwung in der Politik, tiefgehende Änderungen in der Verwaltung, während der Tod des russischen oder österreichischen Kaisers kaum etwas anderes bedeutet hätte, als daß künftighin auf den russischen Imperator das Bild von Georg Alexandrowitsch und auf den österreichischen 20 Kronenstücke das Bild von Franz Ferdinand aufgedruckt werden würde. Alles bliebe sonst beim alten. Wie ganz anders nun in den Vereinigten Staaten. Mit einer ungeheuren Majorität hat Mac Kinley gesiegt. Für Mac Kinley als Präsidenten und Hobart als Vizepräsidenten sind jetzt schon, wo das Gesamtergebnis noch nicht vorliegt, 310 von 447 Wahlmänner-Stimmen sicher, während für Bryan bloß ca. 50 Elektorenstimmen gezählt wurden. Besonders charakteristisch für die gegenwärtige Wahl ist der Umstand, daß mehrere Staaten, die früher demokratisch waren, vor allen New-York und Illinois, sich mit gewaltigen Majoritäten für Mac Kinley erklärt haben. Auch in den Süden, der bisher geschlossen demokratisch war, ist nunmehr Wresche gelegt. Maryland, Tennessee und Kentucky, die im Jahre 1892 für den Demokraten Cleveland mit großen Majoritäten stimmten, haben sich jetzt mit noch größeren Stimmenmehrheiten für Mac Kinley erklärt.

Die Hauptmerkmale der Wahlen sind ferner ungeheure Majoritäten für Mac Kinley, so besonders in New-York eine Mehrheit von 250 000 Stimmen, in Illinois über 100 000 und in Pennsylvania gegen 300 000. In außerordentlicher Ruhe und Ordnung sind die Wahlen vor sich gegangen. Nur ganz unbedeutende Zwischenfälle werden, trotz der kolossalen Erregung, die der Wahl vorangegangen, gemeldet. Sicher sind in Ungarn bei den letzten Abgeordnetenwahlen, an denen nur Bildung und Besitz interessiert war, mehr Reibereien, mehr ernste Zusammenstöße vorgekommen, als am 3. November d. J., wo das Volk der großen transatlantischen Republik sich nicht nur ein neues Oberhaupt, sondern auch eine neue Verwaltung, eine neue Wirtschaftspolitik für vier Jahre gab. Mac Kinley

wird eine zuverlässige Majorität im Kongresse zur Verfügung haben. Der Obmann des republikanischen Kongress-Komitees giebt bekannt, die Mehrheit gegen die Silbermänner werde im nächsten Repräsentantenhause 100 Sitze betragen. Die letzten Berichte zeigen, daß die Republikaner 209 Kongressmitglieder, die Demokraten 85, die Populisten 11 und die nationalen Demokraten 1 wählten; die übrigen Sitze sind noch unbestimmt.

Und auch im Senat scheinen die Republikaner 48 Sitze, die Demokraten und Populisten 42 Sitze zu erlangen. Was bedeutet nun für die Vereinigten Staaten, was für Europa, Deutschland und die Arbeiterklasse das Wahlergebnis?

Betrachten wir zuerst die negative Seite des Wahlergebnisses, die ungeheure Niederlage des Silberdemokraten Bryan. Noch nie hat eine Wahlbewegung so sehr das amerikanische Volk erregt, noch nie hat eine Agitation, die unter dem Namen der alten Parteien geführt wurde, so zerschendend auf diese gewirkt, wie die Agitation des unerwähltesten Redners und Agitators, den die Welt gesehen hat, wie diejenige Bryan's. Nicht um die Programme der Republikaner und Demokraten, nicht um die Führer dieser Partei drehte sich der Kampf, sondern lediglich um die Fragen der Währungspolitik.

Freie Prägung des Silbers, Verschlechterung der amerikanischen Währung, Verdrängung des Goldvorrathes der Vereinigten Staaten nach Europa, Anschwellen der Waarenpreise, Sinken des Reallohnes der Arbeiter, dafür Befriedigung der Interessen des amerikanischen Silberrings, der über ein Kapital von ca. 2 500 000 000 M. verfügt, das wäre das Ergebnis der Wahl Bryan's, gewesen. Der ganze Handelsverkehr der Vereinigten Staaten wäre durch den Erfolg Bryan's in Frage gestellt worden. Eine ungeheure Krisis wäre unabwendbar gewesen. Und da die Vereinigten Staaten von Amerika zu den allerwichtigsten Gliedern des Weltmarktes gehören, da die Union noch immer einer der Hauptabnehmer der europäischen Industrieprodukte ist, so hätte der Sieg des Bryan'schen Programms Europa und in erster Linie auch die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterklasse schwer in Mitleidenchaft gezogen. Ueber den Sieg Bryan's hätten sich auch alle europäischen Geldverschlechterer, die Bimetallisten aller Länder lebhaft gefreut. Sie, die durch die Macht der Thatsachen belehrt, den Gedanken, in einzelnen Ländern bloß ihre Politik im Interesse der Gleichstellung von Gold und Silber durchzuführen, aufgegeben hatten und deshalb eine internationale Währungsreform auf Grund von Vereinbarungen aller großen Wirtschaftskörper anstrebten, hofften ihrem Ziele mit einem Siege Bryan's sehr nahe gekommen zu sein. Nun ist auf viele Jahre hinaus die bimetallistische Agitation in den Vereinigten Staaten aussichtslos und damit können

die Kardorff, Mirbach, Arendt ihre Thätigkeit zu Gunsten der Hypothekenschuldner einstellen. Nicht kleinlaut werden nun von agrarischer Seite die Angriffe gegen unsere Währung geführt werden.

Den amerikanischen Arbeitern stellt die Niederlage Bryan's ein sehr gutes Zeugniß aus. Kein Mittel der Demagogie ließen Bryan und seine Parteigänger unversucht, um die Arbeiterschaft zur Gefolgschaft heranzuziehen, die Populisten, eine sozialistische Schlagwörter nicht verschmähende Partei, waren ganz ins Lager Bryan's gezogen, zahlreiche Arbeiterorganisationen standen freilich nur mit ihren Führern im Lager der Silberbolde, die Agitatoren der Demokraten wetterten gegen das Großkapital, die Trübs, wie in den Vereinigten Staaten die dort zur höchsten Ausbildung gelangten Kartelle heißen, das Blaue wurde den Arbeitern vom Himmel versprochen, aber sie durchschauten den Zweck der Bryan'schen Agitation, sie gaben dem Geschäftsführer der Besitzer der Silberbergwerke ihre Stimme nicht.

Ist nun auch die Niederlage Bryan's für Amerika und Europa als eine erfreuliche Thatsache anzusehen, so ist der Sieg Mac Kinley's deswegen doch nicht als Freuden- nachricht zu begrüßen. Mac Kinley ist ebenso ein rücksichtsloser Vertreter seiner Kapitalisteninteressen wie sein Gegner. Wohl wird er als Verfechter der Goldwährung nicht so ungeheure Erschütterungen des Weltmarktes herbeiführen wie Bryan, aber auch er will Europa's Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten und damit seine Produktion einschränken, und hilft dadurch mit, daß wir uns bald wieder in einer Krisis befinden, daß Arbeitslosigkeit und Elend den Arbeitern als drohendes Gespenst nahen. Mac Kinley ist der Vertreter der keine Grenzen kennenden Hochschutzzollpolitik; das Wort, Amerika den Amerikanern, will er vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, er will die Vereinigten Staaten mit einer unübersteigbaren Zollmauer umgeben, die für Produkte aus Europa unübersteigbar sein soll. Die hochentwickelte Industrie, das engmaschige Netz von Eisenbahnen und Kanälen erlaubt es den Vereinigten Staaten, auf die Einfuhr immer mehr zu verzichten. Was eine solche Politik für Deutschland, dessen Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten alljährlich den Werth von 8-900 Millionen Mark hat, bedeutet, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Als scharfer Verfechter der Monroedoktrin wird Mac Kinley die amerikanische Schifffahrt durch Prämien und Differenzierungen der fremden Konkurrenz unterstützen.

Man hoffe nicht auf einen Widerstand der amerikanischen Bevölkerung gegen eine Hochschutzzoll-Politik. Auch Bryan's Anhänger sind keine Freihändler, der Schutzzoll ist in Amerika populär und Mac Kinley ist nicht als Vertreter der republikanischen Partei an die Spitze der größten

### Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

„Ihr habt nicht unrecht“, sagte der Papst nachdenkend, „es ist wahr, wir können diesen Mann gebrauchen, aber es muß mit großer Vorsicht geschehen. Sein Ehrgeiz ist schrecklich.“

„Und muß deshalb gewonnen werden. Wenn wir ihn freilassen, müssen wir ihn auch zu dem unserigen machen. Meine Erfahrung hat mich gelehrt, daß, wenn man einen Demagogen mit Gewalt nicht bezwingen kann, man ihn mit Ehrenbezeugungen überhäufen muß. Er darf nicht mehr Tribun des Volkes sein. Gebt ihm den patrizischen Titel eines Senators, und er ist dann der Stellvertreter des Papstes.“

„Ich will darüber nachdenken, mein Sohn, Eure Vorschläge gefallen mir, beurzichtigen mich aber. Er soll wenigstens verhört werden, ergiebt es sich aber, daß er ein Keger ist —“

„So soll er, meinem unmaßgeblichen Rath nach, zum Heiligen erklärt werden.“

Der Papst wollte die Strenge ruzeln, aber der Versuch gelang nicht, und nach einem kleinen Kampf brach er in ein lautes Gelächter aus.

„Was sprichst Du, mein Sohn?“ sagte er, dem Kardinal vertraulich auf die Achsel klopfend. „Was würde die Welt sagen, wenn sie Dich sprechen hörte?“

„Daß Alles d'Albornoz gerade Religion genug hat, um sich zu erinnern, daß der Staat eine Kirche ist, aber nicht zu viel, um zu vergessen, daß die Kirche ein Staat ist.“

Mit diesen Worten war die Konferenz beendet. Schon an diesem Abend dekretirte der Papst, daß Rienzi die Untersuchung, welche er verlangte, zugestanden werden solle.

### Viertes Kapitel.

Die Dame und der Page.

Es war drei Stunden vor Mitternacht, als Albornoz, die Rolle als Liebender wieder aufnehmend, das folgende Billet an die Signora Cesarini schickte:

„Eure Befehle sind erfüllt worden. Rienzi wird über sein Glaubensbekenntniß verhört werden. Es wäre gut, wenn er vorbereitet würde. Wird es Euren Zweck, über den ich noch so wenig Aufklärung habe, befördern, wenn der Gefangene erfährt, daß er Euch seine Vergnügung zu verdanken hat? Seht, wie vollkommen ein edles Herz dem andern trauen kann! Ich schide durch den Ueberbringer einen Befehl, der einen Eurer Diener in die Zelle des Gefangenen einführen wird. Es sei, wenn Ihr wollt, Euer Geschäft, ihm die neue Krisis seines Geschicks mitzutheilen. Ah, Signora, möge das Glück mir eben so günstig sein — von Euren Lippen erwarte ich mein Urtheil.“

Als Albornoz diesen Brief beendet hatte, rief er seinen Vertrauten und Begleiter, einen spanischen Edelmann, der in seiner Geburt kein Hinderniß fand, die verschiedenen Aufträge des Kardinals zu verrichten.

„Alvarez“, sagte er, „schide dieses Billet an die Signora Cesarini. Du bist ihren Dienern nicht unbekannt, begieb Dich nach dem Staatsgefängniß; diese Zeilen an den Gouverneur gewähren Dir Einlaß. Bemerke wohl, wer bei dem Gefangenen Cola di Rienzi zugelassen wird. Suche zu erfahren, wie er heißt und woher er kommt. Sei klug und vorsichtig, Alvarez. Erforsche, aus welchen Gründen die Cesarini sich für das Schicksal des Gefangenen interessieren. Auch alles, was Du über sie selbst, ihr Vermögen, ihre Verwandte erfahren kannst, wird eine willkommene Nachricht sein. Du verstehst mich. Es ist gut — noch eine Vorsicht: Du hast keinen Auftrag von mir, stehst in keiner Verbindung mit mir. Du bist ein Beamter des Gefängnisses oder des Papstes; wie Du willst. Geh mir den Rosenkranz zünde die Lampe vor dem Kreuzifix an, lege jenes härene Hemd unter diese Waffen. Ich möchte, daß es so scheint, als sei beabsichtigt worden, es zu verbrennen. Sage Gomez, daß der Dominikaner zugelassen werden soll.“

„Diese Mönche sind sehr eifrig“, fuhr der Kardinal, mit sich selbst redend, fort, „als Alvarez, um seine Befehle zu erfüllen, sich entfernt hatte. Sie möchten den Mann verbrennen — aber bloß nach der Bibel! Sie sind werth,

daß man sie zu gewinnen sucht, wenn überhaupt die dreifache Krone der Mühe werth ist; wäre sie mein, so würde ich eine Adlersfeder hinzufügen.“

Der lähne Mann vergaß, dem Streben in die Zukunft sich hingebend, selbst den Gegenstand seiner Leidenschaft. Im wirklichen Leben geben sich ehrgeizige Männer allerdings noch in einem gewissen Alter der Liebe hin, aber es ist nur wie ein Zwischenspiel und in der That wird das Leben der meisten Männer von vielen anderen, die Leidenschaften in höherem Grade erregenden Angelegenheiten in Anspruch genommen als von der Liebe. Die Liebe ist die Thätigkeit des Müßiggängers, aber die Zerstreung des Geschäftigen.

Die Cesarini war allein, als der Bote des Kardinals ankam, und er war kaum mit einigen Zeilen entlassen, in denen sie einen Dank ausdrückte, dessen Wärme alle Schranken zu übersteigen schien, mit denen die Kälte der Signora gewöhnlich ihren Stolz umgab, als sie den Page Angelo rufen ließ.

Das Zimmer war schon etwas dunkel durch die Schatten der Dämmerung, als der Page eintrat, und er unterschied nur undeutlich die Umrisse der statlichen Gestalt der Signora, aber aus dem Ton ihrer Stimme vernahm er, daß sie in großer Aufregung des Gemüthes sein müsse.

„Angelo“, sagte sie, als er sich näherte, „Angelo“, und ihre Stimme versagte ihr. Sie hielt ein, wie um Athem zu schöpfen, und fuhr dann fort: „Ihr allein habt uns treu gedient, Ihr allein begleitetet uns auf unserer Flucht, auf unserer Wanderungen in die Verbannung. Ihr allein kennt mein Geheimniß, Ihr allein, von allen, die ich um mich habe, seid ein Mann, ein Römer, es war einst ein großer Name. Angelo, der Name ist ausgearbet, aber bloß, weil die Natur des römischen Geschlechts zuerst ausartete. Sie sind übermüthig, aber feig, wild, aber dennoch leicht in Schreden zu jagen, schnell versprechend, aber nicht zuverlässig. Ihr seid ein Römer und obgleich ich Euch erprobt habe, so macht doch Eure Geburt mich bedenklich.“

(Fortsetzung folgt.)

Republik gestellt worden, sondern als der Mann, an dessen Namen sich die tiefgehendste schutzollnerische Maßregel in den Vereinigten Staaten, die bekannte Mac Kinley-Bill, knüpft. Wohl wird Mac Kinley's Zoll-Programm nicht in vollster Schärfe zur Ausführung kommen. Die Vereinigten Staaten müssen Rücksicht nehmen auf die Abnehmer ihrer überflüssigen Agrarprodukte, auf die Länder, in denen die zahllosen Tonnen Getreide, die Unmassen Fleisch, die die Vereinigten Staaten exportieren, konsumiert werden. Zickel 3500 Millionen Mark betrug im Jahre 1893/94 die Ausfuhr der Vereinigten Staaten und sie ist in ununterbrochenem Steigen begriffen. Die Union ist ferner heute nicht mehr ein Land, das bloß Agrarprodukte exportiert, immer näher tritt der Zeitpunkt, wo zu der überseeischen Lebensmittel-Konkurrenz, die unsere Landwirtschaft revolutioniert hat, auch die überseeische Industrie-Konkurrenz tritt. Die Vereinigten Staaten exportieren heute schon nach Europa Eisen, Stahl, Tischlerwaaren zc. zc. Sie sind durch die Milliarden-Geschäfte amerikanischer Versicherungsgesellschaften in Europa auch gebunden. Um Repressalien zu vermeiden, um nicht einen Zusammenschluß der europäischen Staaten gegen die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten zu erzwingen, wird Mac Kinley Wasser in seinen Wein gießen.

Aber ohne irgendwie zu schwarz zu sehen, kann man schon heute behaupten, daß die Präsidentschaft Mac Kinley's, die am 4. März 1897 beginnt, die ruhige wirtschaftliche Entwicklung Europas und insbesondere Deutschlands in hohem Maße gefährden wird. Am schwersten werden darunter die Arbeiter leiden, aber nur als Individuen, als Klasse wird der Sieg Mac Kinley's ihnen nicht schaden, er wird auch in Europa die Auflösung der Mittelschicht zwischen Großkapital und Proletariat befördern, die Massengegenstände vertiefen und damit den Zusammenbruch der heutigen wirtschaftlichen Ordnung in hohem Maße beschleunigen.

Wir lassen einige biographische Notizen über Mac Kinley folgen:

Mac Kinley (sprich Mäcklinle), am 29. Januar 1844 zu Niles im Bundesstaate Ohio geboren, stieg im Sezessionskriege bis zum Major auf. Seit 1869 im politischen Leben, wurde er 1877 in den Kongress entsandt und war 1890 Urheber der Mac Kinley-Bill, die den Höhepunkt des amerikanischen Schutzoll-Systems bedeutete, jedoch unter der Präsidentschaft des Demokraten Cleveland schon 1894 eine wesentliche Abschwächung erfuhr, 1891 und 1893 wählten überwältigende Mehrheiten Mac Kinley zum Gouverneur von Ohio. Er gilt als unbestechlich und sehr religiös.

## Die Debatte über die auswärtige Politik in der französischen Deputiertenkammer.

Die Debatte über die auswärtige Politik, über deren Anfang wir in der letzten Nummer berichteten, dauerte bis in die späte Nachtstunden fort. Nach Hubbard spricht Hanotaux, Minister des Aeußeren. Wir geben aus seiner langen Rede, die eine Programmrede sein sollte, bloß das bemerkenswertere. Ueber die Ereignisse in Armenien äußerte er sich, daß in anbetracht der Zahl und der zerstörten Wohnorte der 5 Millionen Armenier, welche ottomanische Unterthanen sind, die Bewegung keine so große Intensität gewonnen haben würde, wenn der Kontakt der Armenier mit Europa nicht den Wunsch nach Unabhängigkeit in ihnen hätte entstehen lassen und besonders, wenn der schlechte Zustand der ottomanischen Verwaltung ihnen nicht Grund zu häufigen und berechtigten Beschwerden gegeben hätte. Der Minister warf sodann einen Rückblick auf die Geschichte der Frage und sagte, die Erregung sei in England groß gewesen, wo Komitees den Geist der Gemüthsregung zu entwickeln strebten, welcher schon mehrmals Europa veranlaßte, seinen Willen im Orient unter Anwendung von Gewalt zur Geltung zu bringen. Die Agitation, welche in den Jahren 1893 und 1894 amoude, habe die in Konstantinopel beglaubigten Botschafter veranlaßt, sich mit ihr zu beschäftigen und die englische Regierung habe begriffen, welchen Gefahren man sich aussetzen würde, wenn man isoliert vorgehen wollte. Auf Wunsch des Sultans sei ein gemeinschaftliches Vorgehen (Konzert) zwischen den Botschaftern Englands, Russlands und Frankreichs zu Stande gekommen, letzteres, als nicht direkt interessiert, habe seine guten Dienste im Interesse der Versöhnung und der Humanität angeboten; daraufhin sei im Oktober 1895 ein Uebereinkommen über die in den armenischen Vilajets durchzuführenden Reformen erfolgt. Ehe dieser Entwurf zur Ausführung gelangte, haben die Kämpfe und Regelmäßigkeiten auf's neue begonnen. Der Minister erinnerte weiter an den Angriff auf die ottomanische Bank und führte sodann aus, die Mächte seien dem gegenüber nicht gleichgültig geblieben: Frankreich namentlich habe eine Sprache von einer Art Verneinung lassen, daß man sich über deren Nachdruck und deren Tragweite keiner Täuschung hingeben konnte. Das Uebel habe sich in anderen Theilen des ottomanischen Reiches ausgebreitet, so in Mazedonien, wo die Gefahr durch die glückliche Initiative Oesterreich-Ungarns beschworen sei, und in Aetna, wo die Diplomatie die Grundlagen eines neuen liberalen Regimes aufgestellt habe. Bei jeder Aktion mußte davon abgesehen werden, irgend wie die Integrität des ottomanischen Reiches oder die durch die Verträge geschaffene Lage zu berühren. Dieser Gesichtspunkt war immer derjenige Frankreichs; er war einer der respektabelsten Punkte seiner Politik und seiner Geschichte. Frankreich schloß sich glücklich an, daß die anderen Mächte sich diesem Gesichtspunkte anschließen, als einer der solidesten Grundlagen des europäischen Gleichgewichts. Es handle sich nicht um eine direkte Einmischung oder um etwas, einem Condominium (gemeinsame Oberherrschaft) ähnliches; das wäre das gefährlichste Heilmittel. Die europäische Diplomatie ist entschlossen, die Grenzen des Ostens zu heilen und die Wiederholung des eingetretenen Unglücks zu verhindern; sie wird gemeinsam mit der ottomanischen Regierung diese schwierige Aufgabe in Angriff nehmen. Es kann nur vorthellhaft sein, wenn ich von dieser Tribüne herab erkläre, daß unter die fruchtbarsten Ergebnisse die Reise des Kaisers von Rußland nach Paris, wir auch das zählen können, daß hauptsächlich über den Punkt, welcher eben jetzt mit recht die Aufmerksamkeit der Kammer auf sich zieht, bestim mte Rücksichten ausgetauscht worden sind. Es hat sich dabei eine Uebereinstimmung der Beurtheilung und der Interessen der beiden Mächte ergeben, und wir haben das feste Vertrauen, daß durch Mäßigung, Billigkeit, Fürsorge um die Zukunft und durch Schöpfung aller Interessen die beabsichtigten Lösungen sowohl den Anschauungen aller anderen Kabinets als auch den Bedürfnissen der orientalischen Lage entsprechen werden. (Lebhafte Beifall.) Das geeinigte Europa wird, wie wir hoffen, sich bei dem Sultan Gehör zu verschaffen wissen und ihm Vorlicht gegen verhängnisvolle Einflüsse beibringen. Es wird ihm beweisen, daß es sich durchaus nicht darum handelt, diesen oder jenen Theil des Reiches, die eine oder die andere Religion zum Nachtheil der andern zu begünstigen, sondern daß alle, Katholiken, Armenier, Orthodoxe sowie Muselmanen unter denselben Uebel leiden und dieselben Verbesserungen ver-

langen. Es wies dem Sultan zeigen, daß die Quelle dieser Uebel in der schlechten Führung der Politik, der Finanzen und der Verwaltung liegt. Es wird ihm die Mittel anzuzeigen, durch welche in seinem Reich überall diejenige Ordnung herbeigeführt wird, ohne welche ein Staat nicht bestehen kann.

Europa wird vom Sultan die Verwirklichung seiner eigenen Versprechungen fordern, es wird von ihm verlangen, die schon bewilligten Reformen durchzuführen und sie auszudehnen, den gewaltigen Repressalien ein Ende zu setzen und den größten Nothständen abzuhelfen. Man wird ihm mit aller Autorität wiederholen, daß die Existenz der Europäercolonien ihm unverantwortlich und daß er für dieselbe verantwortlich ist, daß er nicht allein seinen Unterthanen, sondern allen, welche auf ottomanischem Gebiete leben, Sicherheit, öffentlichen Frieden und Ordnung schuldig sei. Man wird endlich ihm zu beweisen wissen, daß diese Politik die einzig lokale und starke und die einzig würdige ist und daß endlich hier, und nur hier allein für ihn und die Seinen die Ehre und das Heil liegt. (Lebhafte Beifall.) Aber es ist auch nöthig, daß diejenigen, welche die Verantwortlichkeit bei den zu weilen verwegenen Unternehmungen, die versucht wurden, tragen, das Schlimme begreifen, welches neue Unbekanntheiten hervorzurufen können. Sie wissen jetzt, daß Europa gegenüber dem Uebel, von denen sie betroffen sind, nicht unempfindlich ist, aber es ist auch ihre Sache, zu begreifen, daß das Uebel, welches zu unternehmen es sich handelt, ein mächtiges ist, daß es beträchtliche Verlangsamungen erschaffen kann, daß die Gewalt dem nicht abhelfen kann und daß, wenn ganz Europa, von wohlwollenden Gefühlen befeuert, die Augen auf sie gerichtet hat und ihnen wohl will, es keine neuen Uebertragungen haben will, welche es von seiner Aufgabe abziehen und die einmüthigen Bestrebungen entmüthigen.

Treu allen seinen Ueberlieferungen wünscht Frankreich die Besserung des Geschicks der Völker des Ostens, und verzicht die Pflichten des von ihm ausgeübten religiösen Protektorats nicht. Frankreich weiß, daß Ordnung und Sicherheit den großen Interessen nöthig sind, welche es vertritt; es verzicht auch die Bande nicht, welche es seit langem mit dem türkischen Reich verknüpfen und die Gründe, welche es die Aufrechterhaltung der Integrität desselben wünschen lassen; aber, durch die Vergangenheit gewarnt, verwirft es den Geist der Abenteuer. Frankreich weiß auch, daß seine Pflichten vielfache sind in der Welt und daß es bei jedem gegebenen Umfange seine Bemühung in Verhältniß setzen muß zu dem Umfange aller der Aufgaben, welche ihm gestellt sind. Dies sind die Gesichtspunkte, welche die Politik Frankreichs leiten und leiten werden in dem Augenblicke, wo es sich bemüht, in dem ihm zukommenden Maße die so heißen Europa vorliegenden Fragen zu lösen. So ernst diese Probleme sein mögen, sind sie doch nicht unlösbar, wenn alle daran arbeiten, wie wir selbst es thun im Geiste der Eintracht, der Gerechtigkeit und der Einmüthigkeit.

Da der Bericht hier „allgemeinen Beifall“ verzeichnet, so scheint Herr Hanotaux, der zwar ein Kammervorredner, aber kein Dummkopf ist, sein innerliches Sachverhalt ab des von ihm geschiedenen Vorgesetzten erfolgreich verborgen zu haben. In der Rede sind nur zwei Punkte bedeutend: einer der ausgesprochen ist und einer der durch Abwesenheit glänzt — die Verabredung mit Rußland bezüglich der Orientpolitik und die Nichterwähnung der ägyptischen Frage. Hanotaux war früher ein Anhänger der Allianz mit England. Wie es scheint, sucht er zwischen Rußland und England den Vermittler zu spielen.

Was er am Schluß seiner Rede mit der „Einmüthigkeit“ gemeint hat, ist sein Geheimniß. Wenn er den armenischen Aufstand auf den Kontakt mit europäischen Mächten zurückführte, statt Rußland zu nennen, so wird man ihm in Petersburg diese diskrete Indiskretion sicher verzeihen.

Nach Hanotaux sprach noch unser Genosse Jaurès, während der Wolffsche Telegraph seine Rede fast vollständig totschweigt, widmet ihm ein Korrespondent der „Vossischen Zeitung“ folgendes Telegramm:

In der Erörterung der Armenierfrage veranlaßte nur Jaurès' Rede bemerkenswerthe Zwischenfälle. Jaurès sagte, für die Regierungen seien Rußland, Frankreich und England verantwortlich, und fuhr fort: „Ich habe England genannt, ich will aber an seiner Gehässigkeit, an seiner absichtsvollen Treiberei gegen dieses große Land theilhaben, die gegenwärtig in Schwung sind. Ich weiß, man bemüht sich, durch eine verabschiedenswerthe Ablenkung im französischen Volksbewußtsein an die Stelle der unerbittlichen Nachforderungen der Landesvollständigkeit (türkisches Händelkattchen) systematischen Haß gegen England zu setzen.“ Degrandmaison: „Und Lieblucht?“ Jaurès: „Erheben Sie Einspruch wie Lieblucht es gethan, dann werden Sie auch Ihre Pflicht erfüllt haben. Ich wiederhole: man sucht künstliche Bewegungen der öffentlichen Meinung zu schaffen. Ich betheilige mich jedoch nicht an diesen allzu schlaunen Ablenkungen.“ Weiterhin führte Jaurès aus, Rußland benutze seit hundert Jahren die Unglücksfälle der Balkanvölker zu seiner eigenen Vergrößerung. Diesmal habe Rußland jedoch nicht gehofft, aus dem Armenieraufstand Nutzen ziehen zu können, deshalb habe es die Armenier ihrem Schicksal überlassen. „Wie“, fuhr Jaurès fort, „angesichts aller Gewaltthaten ist kein Wort aus ihrem Munde gekommen, sie waren stumme, folglich mitschuldige Zuschauer der Abschachtung eines ganzen Volkes!“ Vorsitzender Brissou, aufspringend, höchst erregt: „Herr Jaurès, es geht nicht an, daß Sie an die Regierung der Republik Worte richten, die beleidigend waren! Sie können nicht sagen, sie sei Mitschuldige einer Abschachtung. Ziehen Sie Ihr Wort zurück!“ Hanotaux: „Das Wort richtet sich gegen alle auf einander folgenden Regierungen.“ Jaurès: „Herr Hanotaux erkennt selbst meine Unparteilichkeit.“ Vorsitzender Brissou: „Nein, nein, Herr Jaurès, ich für meinen Theil würde Ihre Worte noch schlimmer finden, wenn sie sich gegen alle unsere Regierungen wendeten und eine Mitschuld Frankreichs behaupteten, die wir nie gekannt haben.“ (Händelkattchen.) Jaurès: „Wenn ich unsere Verantwortlichkeit ebenso leicht anfechten könnte, wie ich meine Worte zurücknehmen kann, so hätte ich es längst gethan.“ Als Jaurès dann vom Jaren aus vom Oberhaupt des russischen Reiches sprach, unterbrach ihn Vorsitzender Brissou berichtigend: „Der erlauchte Herrscher!“

So das Telegramm der „Vossischen Zeitung“. Der erlauchte Herrscher — das wäre sogar im deutschen Reichstag nicht möglich. Und Brissou ist ein Radikaler! Und radikalster der radikalen Republikaner!

Jaurès schloß mit einem Appell an das europäische Proletariat, daß die Verbüchtern der europäischen Diplomatie wieder gut machen werde. Eine von ihm eingebrachte Tagesordnung wurde mit 451 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Eine von Develle eingebrachte Tagesordnung, welche den Erklärungen der Regierung zustimmte, wurde mit 402 gegen 90 Stimmen angenommen.

Herr Meline hat also gesiegt. Auf wie viele Stunden? Die Interpellation wegen Carnaux hängt ihm als dräuende Lawine über dem Kopf.

## Politische Ueberflucht.

Berlin, 4. November.

Die Abänderung des preussischen Vereinsgesetzes, die von der Reichsregierung dem Reichstage vorgebracht wurde, scheint innerhalb des Ministeriums auf große Schwierigkeiten zu stoßen, woraus die sich mehr oder minder widersprechenden Meldungen des „Leipziger Tageblattes“, der „Post“, des „Hamb. Kor.“ zc. hindeuten. Nun melbet sich auch die Münchener „Allg. Ztg.“, die in alter Uebung von den verschiedensten amtlichen Stellen sich informieren

läßt und auch noch immer Beziehungen mit preussischen Ministerien haben soll. Eine Privatdepesche aus München meldet uns:

„Nach einer Privatmeldung der „Allgemeinen Zeitung“ aus Berlin wird sicherem Vernehmen nach nicht bloß der § 8 des preussischen Vereinsgesetzes, sondern auch so manche andere Bestimmungen desselben umgestaltet werden. Die Vorlage wird dem Landtage nicht bei seinem Zusammentritt, aber bald noch demselben zugehen.“

Der erste Theil stimmt ganz mit unseren Voraussetzungen. Lediglich die Erfüllung des Versprechens Böttcher's im Reichstage würde ja eine Verbesserung unseres Vereinsrechtes bedeuten, dies aber von den Herren Schönstedt und v. d. Necke zu erwarten, hieße sich ein politisches Armutshzeugniß ausstellen.

Wie sich Herr v. d. Necke das neue Vereinsrecht denkt, wird vielleicht angebenet in einer in auffallender Form gebrachten Notiz der offiziellen „Nordb. Allg. Ztg.“, die da lautet:

In einem neuerdings in einer Strafsache wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes ergangenen Erkenntniß des Kammergerichts ist ausgeführt, daß der in betracht kommende Verein als ein Verein anzusehen sei, der bezwecke, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Zur Begründung heißt es in dem Erkenntniß, wie schon in früheren Fällen wiederholt ausgesprochen, daß die Agitation für die sozialdemokratische Partei, deren Ziel der Umsturz der Staatsverfassung, der Gesetzgebung und der sozialen und religiösen Verhältnisse der Gegenwart ist, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, indem die verfolgten Ziele das öffentliche Interesse berühren.

Dieser Gedanke wird schon weidlich ausgenutzt und läßt sich noch weiter ausbauen, wenn unsere Polizeibehörden zu bestanden haben, was Agitation für die sozialdemokratische Partei ist; dann kann jeder Kaffeeklatsch als ein öffentliche Angelegenheiten behandelnder Verein angesehen werden.

§ 8 wird wohl geändert werden müssen, aber die dadurch bewirkte Verbesserung wird durch weit mehr Verschlechterungen aufgewogen werden, so daß der Zustand unseres Vereinsrechtes schlechter sein wird wie bisher.

Uns sollen natürlich diese neuen Maßregeln treffen. Würde Herr v. d. Necke die Geschichte der Gulenburg, Puttkamer, Köller studiren, so würde er einsehen, daß seine neuen Pläne nicht schaden können und daß sein politisches Renommee bei der Aufbesserung des preussischen Vereinsrechtes nur Einbuße erleiden kann.

Wer will den Alten von Friedrichsruhe zur Verantwortung ziehen? Wie eine Legende hat sich um ihn gesponnen das Märchen vom Deutschen Reich, das er geschaffen unter dem weissen Kaiser, der bis ins neunzigste Lebensjahr im vollen Besitze all' seiner Geisteskräfte in jeder Handlung durch seinen Altanzler sich dem Volke offenbarte, — ohne Bismarck kein Deutsches Reich, kein Feldenkaiser; wer an Bismarck rüttelt, rüttelt auch an jener Legende und diese Legende erklärt auch die eigen thümliche Haltung der Regierung dem Alten gegenüber. Gegen diese Legende, wenn man sie behaupten will, kommt man nicht aus, indem man ihr that sächliche oder logische Widersprüche nachweist, ganz so, als wenn man das ganze Glaubensgebäude der katholischen Kirche unangetastet lassen und doch einen einzelnen Glaubenssatz aus demselben herausreißen will. Und was haben die bürgerlichen Parteien von rechts und links nicht alles angeboten, um jene Legende von „Kaiser und Reich“ zu schaffen? Daß die Bismarck-Legende von den Schöpfen derselben, wenn sie sich noch so sehr in den Haaren liegen, nicht zerstört werden kann, liegt auf der Hand. Vor wenigen Tagen starb ein preussisches Oberreptil; als er starb, war er einer von vielen tausenden. Vor 26 Jahren ragte er weit empor unter seinen Gehilfen und Nachfahrern, die an der Ausbeutung der Bismarck-Legende arbeiteten. Es war Konstantin Köhler, der im Dezember 1870 in der Zeitschrift für preussische Geschichte und Landeskunde seine Schrift „Graf Bismarck und die deutsche Nation“ abdrucken ließ, in der er nachwies, daß die neue Entwicklung Deutschlands wider den Willen der Nation durch Bismarck herbeigeführt worden sei. Indem er prüfte, welchen Anteil das „unbekannte Etwas“, Volk oder allgemeine Entwicklung, diese ebenso geläufigen als unbegriffenen Lieblingsvorstellungen unseres Zeitalters, an der Erkenntniß des jetzt erreichten Zieles und der Mittel zu diesem Ziele gehabt habe, kam er zu folgendem Resultat:

„Die Nation also, als bloße Summe ihrer Glieder gedacht, war nicht einmal im Stande, die Wahrheit, von der ihr Leben abhing, theoretisch zu bewahren.“

Er erwähnte den Umstand, daß Deutschland seine Erlösung nicht wollte, als sie ihm widerfuhr, daß der Ketter ein Zwinger war, daß es fast schwerer wurde, die Deutschen zu dem Großen und Ganzen sich erheben zu lassen, als die fremde Hand, welche auf Deutschland lag, abzuwerfen.“

Und weiter heißt es:

„Noch hat das Schiff das sichere Fahrwasser nicht gefunden, in welchem die Kunst des Steuermanns zur richtigen Regel und festen Tradition wird. Was Europa heute zurückhält von jedem Versuche der Bevormundung und Einmischung, das ist nicht die Meinung von unseres Volkes allseitiger Kraft, sondern weit mehr die Scheu vor der unerforschlichen Strategie seines leitenden Staatsmannes.“ ... „Der Mann, dem Deutschland seine große Veränderung seiner Lage dankt, hat alles, was er für die Nation gethan, wider den augenblicklichen Willen derselben gethan.“

Das ist im Dezember 1870, also noch vor der Kaiserkrönung geschrieben! Und wie hat sich seitdem der Baum der Bismarck-Legende noch weiter ausgewachsen, und Freisinnige wie Liberale haben das ihre mit dazu gethan, denselben zu begießen!

Ob „Freisinnige“ oder „Frankfurter“ oder gar die alte „Boß“ den letzten Bismarckreich noch so scharf kritischen, so lange die Ägt an den Baum der Legende nicht gelegt wird, kann der Alte fortfahren zu rässeln, unbekümmert, ob der Wind durch seine dünnen Blätter säufelt.

Zu der angeblichen Absicht des Jaren, dem Fürsten Bismarck einen Besuch machen zu wollen, schreibt der „Reichs-Anzeiger“:

„Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß weder an akerhöchster Stelle noch in amtlichen Kreisen von einer Absicht des russischen Kaisers, den Fürsten Bismarck zu besuchen, etwas bekannt geworden ist. Die vorhergehenden Angaben über die Gründe, warum der Besuch unterblieben sei, beruhen daher auf Geringfügigkeit.“

**Rückgratlosigkeit.** Die neueste Nummer der „Lust. Blätter“ enthält ein Bild: Die Greuel im Kongostaate. Ein Denkmal der Barbarei, enthält von Parminster. Nach der bekannten Sculptur von Premet stellt es einen Gorilla dar, welcher seine Beute, eine Negerin, fortträgt. Ursprünglich war dies Bild nun nicht für den Kongostaat, sondern für Deutsch-Ostafrika bestimmt; der Gorilla bedeutete Peters, und der Fessel, durch welchen er getroffen, kam nicht von Parminster, sondern von Bebel. Warum brachten nun seinerzeit die „Lustigen Blätter“ nicht diese und doch viel mehr interessierende Illustration? Wollten sie unsern edelen Peters nicht wehthun? Oder hatten sie besondere Rücksichten zu nehmen, nicht auf Peters, sondern auf die hochwürdigen Herren, die ihn schützten? Oder haben sie etwa sich von den reichen Magnaten und Kolonialplantagen, die das Peterskomitee bilden, den Holschnitt mit braunen Scheinen überdecken lassen.

Ein Blatt, das schon so Großes in Charakterlosigkeit geleistet, das sich nie geschaut hat, die eigene Partei zu besudeln, ist auch dazu im Stande. Charakter hin, Charakter her, Geschäft ist die Hauptsache, der Profit der Leitern!

**Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.** Der Arbeiter Herr M. Strecker aus Weigelsdorf, Kr. Reichensbach i. Schl. wurde von der Strafkammer des Schweidnitzer Landgerichts wegen Majestätsbeleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der 17jährige Formergehilfe Wilhelm B. aus Neufalg a. O. von der Strafkammer in Glogau zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Bekanntlich wurde gegen den Genossen Thiel, den Redakteur des „Hamburger Volksblatt“, ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung anhängig gemacht. Das Verbrechen sollte in einer kurzen Bemerkung, die über die amtliche Befolgung des Gendarmen Quensell anlässlich der Erschießung des Gärtners Rankenau gemacht worden war, liegen. Bei der verantwortlichen Vernehmung durch den Untersuchungsrichter wies der Angeklagte darauf hin, daß der Sinn des inkriminierten Satzes der ganzen Fassung der Notiz nach ein anderer sei, als dies das Gericht annehme. Darauf zwei volle Monate Ruhe über den Wassern, bis gestern der Angeklagte vom Ersten Staatsanwalt zu Stade brieflich davon benachrichtigt wurde, daß das gegen ihn anhängig gemachte Verfahren wegen Majestätsbeleidigung durch Verfügung vom 30. Oktober eingestellt worden sei.

Da unser Hamburger Bruderorgan die gleichlautende Notiz gebracht und Genosse Stenzel als verantwortlicher Redakteur des „Echo“ deshalb gleichfalls mit einer Auflage wegen Majestätsbeleidigung beglückt wurde, so ist der Schluss wohl gerechtfertigt, daß nächster Tage auch dieses Verfahren als aussichtslos eingestellt werden wird. Oder sollten wir uns darin getäuscht haben? —

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in der letzten Strafkammer-Sitzung zu Erfurt die 18jährige Dienstmagd Anna Schiller aus Suhl unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Das Mädchen, welches zur Zeit eine fünfmonatige Gefängnisstrafe wegen Diebstahls verbüßt, hatte in einem Gespräch mit Mitgefangenen die Kaiserin Auguste Viktoria schwer beleidigt. Als Kuriosum mag hierbei erwähnt werden, daß die Verurteilte den Gerichtshof bat, die Gefängnisstrafe in Buchhauz umzuwandeln.

### Deutsches Reich.

Die achte allgemeine deutsche Sittlichkeits-Konferenz, an welcher Vertreter aus allen Theilen Norddeutschlands theilnahmen, trat gestern in Breslau zusammen. Es wurde über die Ausbreitung der Bewegung, über geeignete Flugschriften und über die Wohnungsfrage berichtet, ferner über die einschlägige Gesetzgebung, die Thätigkeit der Synoden, das Verhältnis zur britisch-kontinentalen Föderation (zur Bekämpfung der Prostitution) und über Rettungsversuche an einzelnen Frauen und Mädchen, endlich über unzüchtige Annoncen in der Presse und über die Sittlichkeit in der Armee. Ueber diesen Punkt ist von den Staatsräthen unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt worden. Die Öffentlichkeit hätte der Armee weniger geschadet als die geflüsterte Geheimnisthämerei.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Unser Genosse Heinkel, der 1890 mit dem Genossen Brodthuhn ins Stadtparlament gewählt wurde, verläßt als letzter mit Ende dieses Monats das Stadthaus und dürfte wohl ein Parteigenosse nicht wieder an seine Stelle treten. Als sich 1891 die sozialdemokratischen Stimmen, trotz öffentlicher Stimmabgabe, wieder bedeutend vermehrt hatten, da wurde dem Bürgerthum die Sache bedenklich, und der Magistrat brachte im Februar 1892 eine Vorlage ein, durch deren Annahme circa 4000—5000 Kieler Bürger ihr Wahlrecht verloren. Die Vorlage wurde damit begründet, daß bei dem Wahlsystem, bei dem ein Einkommen von 600 M. gebunden war, die Verhältnisse unserer in Bevölkerungszahl, Handel und Industrie aufstrebenden Stadt nicht richtig gewürdigt würden, und daß der große städtische Theil der Bevölkerung, den Kiel haben sollte, ein genügendes Interesse am Gemeinwohl nicht erwarten ließe. Die edlen Freimänner, die im Kieler Stadtparlament die Majorität hatten, fanden sich bereit, den Wahlsatz auf 1200 M. zu erhöhen. Zwar meinte ihr Führer, daß vorläufig die Gefahr, daß die Nichtbesitzenden die Bescheidenden überwälzten würden, noch nicht vorhanden sei, doch folgten seine Parteigenossen ihm nicht in der Abstimmung und offenbarten durch Annahme des Magistrats-Entwurfs ihre Auffassung von der Vertheidigung der Volksrechte. Vielleicht erkundigt sich einmal Herr Eugen Richter hier bei seinen Parteigenossen über ihr Verhalten und dann kann er ja wieder erzählen, daß der Freisinn auch bei den Stadtverordneten-Wahlen immer für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einträte! — Unser Genosse Brodthuhn mußte im Verlauf der Sache das Stadthaus verlassen, da er keine 1200 M. versteuerte, und jetzt nach Verlauf seiner sechs Jahre verläßt auch Genosse Heinkel den Ort, wo er als einziger Sozialdemokrat die letzten Jahre gefessen hat. Ohne Sorgen, daß ein unbehaglicher Mahner in den eigenen Reihen auftritt, kann nunmehr die Kieler Stadtverordneten-Versammlung auf den Lorbeer ihrer durch Erhöhung des Wahlsatzes vollbrachten That ausruhen. Wie alljährlich durch Flugblatt und öffentliche Versammlung wird auch wohl in diesem Jahr der Kieler Arbeiter zeigen, daß er diese Rechtschaffenheit nicht vergesse wird.

Die Kieler Handelskammer hat sich unter dem Vorhitz des Großhändlers Sartori entschieden gegen die von konservativ-antisemitischer Seite angeregte Einführung eines Zolles auf frische Heringe und Sprotten und gegen Erhöhung des Eingangszolles auf gesalzene Heringe und Sprotten erklärt. Es wurde betont, daß der Fischexport und die Fischräuchererei in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufschwung genommen hätten. Die heimische Fischerei sei nicht im Stande, den Bedarf dafür zu decken, so daß durch die Zollrückbildung ein Rückgang des Handels und der Handarbeiten, also eine schwere Schädigung zahlreicher Existenzen an den Fischeläusen herbeigeführt werde. In Kiel sind beispielsweise in den beiden letzten Jahren rund 7 beziehungsweise 5 Millionen Kilo frische Fische aus dem Auslande eingeführt worden. Der Zoll würde die Fische verteuern, und die frische Waare würde durch die Zollabschüttung vielfach verderben. Außerdem sei es schwierig festzustellen, ob die Fische aus dem Auslande stammen. In der westlichen Ostsee fischen deutsche und dänische Fischer, und häufig bringen deutsche Schiffe den dänischen Fang nach Deutschland. Um die zollmäßige Abschüttung durchzuführen, sei ein Heer von Zollbeamten erforderlich, und eine Flotille von Zollkreuzern müßte in Dienst gestellt werden.

forberlich, und eine Flotille von Zollkreuzern müßte in Dienst gestellt werden.

**Apenrade.** („Hamb. Echo.“) Vor einem halben Jahre wurden die „Sünderjyske Karböger“ (südjütische Jahrbücher) wegen Anrechnung der Ausdrücke „Sünderjysland“ als Bezeichnung eines Theiles der Provinz Schleswig-Holstein und „Sünderjysk“ beschlagnahmt und gegen den Herausgeber S. P. Hansen Apenrade eine Untersuchung wegen Verübung groben Unfugs eingeleitet. Hansen protestirte und berief sich dabei auf seine Immunität als Landtags-Abgeordneter. Der Mit-Herausgeber Abgeordneter Gustav Johannsen-Blensburg beschwerte sich in einer persönlichen Audienz beim Justizminister Schönstedt über das Vorgehen des Apenrade Gerichts. Die Anklage blieb infolge davon ruhen und wurde erst später, nachdem der Landtag geschlossen war, wieder aufgenommen. Hansen lehnte jetzt den hiesigen Amtsrichter Lindemann als Befangen ab, die Ferienkammer des Flensburger Landgerichts wies indes den Antrag als unbegründet zurück. Jetzt endlich kam die Angelegenheit hier zur Verhandlung und Hansen wurde in Uebereinstimmung mit einer oberlandesgerichtlichen früheren Entscheidung wegen Verübung groben Unfugs zu einer Geldstrafe von 50 M. und Tragung der Kosten verurteilt. — In derselben Sitzung wurde auch der Herausgeber des dänischen Kinderblattes für Nordschleswig, M. Andreßen hier selbst, zu der gleichen Strafe verurteilt. Derselbe hatte seiner Zeitung ein Weibbild beigelegt, auf dessen Umschlag der Dännebog abgebildet war.

Den Prügelpädagogen ins Stammbuch. In einem „Eine Geschichte der Juden“ überschriebenem Aufsatze der „Grenzboten“ findet sich folgende Stelle:

„Ueber die wahrscheinlich vergebliche Mühe, in jedem einzelnen Falle herauszubekommen, was an der Sache wahrhaft ist, können sich die Forscher ersparen; denn es ist ganz gleichgültig, ob zu den notorischen Sündenheiligen, die sich gegen Ende des Mittelalters häufen, und die im 17. Jahrhundert nach Art und Zahl alles Maß übersteigen, noch einige hundert oder tausend von Juden bezugnehmbar kommen oder nicht. Worauf es ankommt, das ist die Erkenntniß der Wechselwirkung zwischen Strafe und Verbrechen, wobei die Strafen besonders dann neue Verbrechen auszubrüthen pflegen, wenn sie über sogenannte Verbrechen verhängt werden, die, wie Heberei und Ergeret, gar keine Verbrechen sind, oder über Menschen, deren Verbrechen nicht erwiesen sind, und denen das Gefändnis auf der Folter aufgepreßt wird. In einer sächsischen landwirthschaftlichen Zeitung lesen wir nentlich einen Artikel über die Erziehung der Küllen. Darin hieß es unter anderem: Vor allem sei darauf zu achten, daß der Küllenknabe und Jüngling fromm werde und bleibe. Deshalb müßte man ihn von Kindheit auf lieblich und freundlich behandeln und dürfe ihm ja keinen rohen Wänter geben; rohe Wänter und böse Küllen stünde man immer beisammen. Und gestern lasen wir in einer andern landwirthschaftlichen Zeitung Anweisungen zur Erziehung der Küllen. Nicht erschrecken, nicht weinen, nicht zagen, nicht ärgern, nur freundlich und sanft anreden, streicheln. Zuder reichen, darauf lies die Pferdepädagogie hinaus; beobachte man diese Regeln nicht, so bekomme man ein störrisches Pferd, das scheut, das nicht zieht, das ausschlägt und beißt. Wann werden sich die Menschenpädagogen, die Regierungen, die Behörden, die Schulmeister endlich einmal zur Höhe jener vernünftigen Humanität aufschwingen, auf der die Pferde, Minderwüch und Hundepädagogen und sogar auch die Dressoure in den Menagerien schon seit langem stehen!“

Ein kleiner Stumm in Neuf a. L. Ein eigenartiges Verbot macht in Zeulenroda (Neuf a. L.) viel von sich reden. Infolge von Differenzen zwischen dem dortigen Oberbürgermeister am Ende und dem Gemeinderath-Mitgliede, Buchdruckermeister Oberreuter (Verleger des „Neuf. Anz.“) erklärt der Oberbürgermeister am Ende folgende Bekanntmachung: „Das Halten des „Neuf. Anz.“ wird sämmtlichen Angehörigen der Stadterwaltung hiermit untersagt. Wir erwarten von der Treue und ehrenhaften Gesinnung unserer Herren Beamten, daß sie dieser Verordnung um so lieber nachkommen werden, als daß vorgedachte Blatt die Schandung der Stadterbehörde und damit zugleich die Herabwürdigung unserer Stadt sich dauernd angelegen sein läßt.“

**Schwerin, 1. November.** („Mecklenb. Volks-Zig.“) Der diesjährige Landtag ist in gewohnter Weise „zitter, gebeißelt und geladen“. Er soll am 18. November in der Stadt Malchin die Landtags-Propositionen „gezielt anhören“. Solcher Propositionen sind diesmal sechs vorhanden, von denen nicht nur zwei ein besonderes Interesse beanspruchen können. Es handelt sich in der einen um Gehaltsverbesserung der seminaristisch gebildeten Lehrer und um Schaffung einer sogenannten Schulkommission, in der anderen um die Prinzessin-Steuer, deren Erhebung durch die Vermählung der Herzogin Elisabeth mit dem Erbprinzen von Oldenburg beantragt wird. Die Prinzessin-Steuer ist das Ueberbleibsel unseres mittelalterlichen Steuer-systems, welches für außerordentliche Familienereignisse im fürstlichen Hause auch eine außerordentliche Steuererhebung vorsah. Jede Prinzessin erhält demnach bei ihrer Vermählung eine Summe, die seit geraumer Zeit unabänderlich auf 70 000 M. festgesetzt ist, und die nach dem sogenannten Terzsystem erhoben wird, das heißt Mitterschaft und Landchaft bringen je ein Drittel auf, und das Domanium, dessen bäuerliche Bewohner keinen Antheil an dem Landtag haben, muß gleichfalls ein Drittel der Steuer zahlen. Nur die Stadt Wismar ist wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zu Schweden von dieser Steuer ausgeschlossen. Eine größere Bedeutung für das Land, als die Prinzessin-Steuer, hat die Landtags-Proposition, welche sich auf die Gehaltsverbesserung der seminaristisch gebildeten Lehrer und auf Schaffung einer Schulkommission bezieht. Es besteht hier offenbar die Absicht, die mecklenburgische Volksschule dem allgemeinen Landesinteresse in höherem Maße unterzuordnen, als dies bisher der Fall gewesen. Trotz aller Anstrengungen ist es nämlich den Regierungen nicht gelungen, für die Volksschulen in den Städten und der Mitterschaft zeitgemäße Reformen hinsichtlich der Lehrerbildung und Pensionierung durchzuführen. Die Mitter und auch verschiedene der kleineren Landstädte pochten einfach auf ihr Recht, jene Schulangelegenheiten selbständig zu regeln, und so herrschte in den Anstellungsbedingungen der Lehrer die größte Mannigfaltigkeit. Namentlich ist dies zum großen Nachtheil der Lehrer in der Mitterschaft der Fall, wofür sich sogar noch eine Art Diensthöhen-Verhältnis der Lehrer konstatirt hat. Dieses Verhältnis äußert sich derartig, daß die Lehrer auf Kündigung angestellt und beliebig entlassen werden können, welche Entlassung nicht selten dann erfolgt, sobald die Lehrer ihrer Amtspflicht vorgeordneten Alters wegen nicht mehr in wünschenswerther Weise nachkommen können. Werden die Lehrer gar dienstunfähig, so sind sie natürlich ebenso von der Gnade ihrer Schulpatrone abhängig. Die Regierungen haben wiederholt an solchen Zuständen zu rütteln gesucht, jedoch ohne durchschlagenden Erfolg. Wahrscheinlich hoffen sie nun mit Hilfe einer Schulkommission weiter zu kommen.

**München, 4. November.** Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erfahren von zehnjähriger Seite, das Finanzministerium wolle das parlamentarische Schicksal der preussischen und anderen Konvertirungsprojekte abwarten, bevor es sich über die Gewährung eines Zeitraumens entschliesse, innerhalb dessen eine weitere Zinsherabsetzung auszusprechen wäre.

— Aus dem 18. württembergischen Reichstagswahlkreis. Der Wahlkampf kann nun beginnen; alle Parteien haben nun ihre Kandidaten aufgestellt. Seitens der Sozialdemokraten wurde der Schriftsteller Kister aufgestellt; das Centrum, dem wohl die Palme des Sieges wieder zufallen wird, muß natürlich in einem Geistesriß ihr Heil suchen und ernannte den Pfarrr Professor Hofmann in Urnu als Kandidaten; die Volkspartei wählte den Bierbrauerei-Besitzer Bräuchle

in Kalen. Die Nationalliberalen verhalten sich noch ganz ruhig, so daß bis jetzt noch nicht bestimmt behauptet werden kann, ob sie einen eigenen Kandidaten ernennen, oder ob sich das Kompromiß „nationalliberal-demokratisch“ bewahrheiten wird. Die Sozialdemokraten werden hauptsächlich in dem Oberamt Kalen, wo Genosse Kister bei der letzten Landtagswahl mit 13 Stimmen Minorität unterlag, eine rege Agitation entfalten, um so mehr, als uns nicht in jedem Orte, wie dem Centrum, Agitatoren zur Verfügung stehen, die das Volk von der Kugel herunter „ausklären“.

### Oesterreich.

**Wien, 4. November.** Die gestern hier von einem Aktionskomitee in der Angelegenheit der Entlassung des Magistrats-Schreibers Stepper einberufene Protestversammlung war von Lehrern, Beamten und anderen Angestellten, zusammen über 2000 Personen besucht. Schon die Ausführungen des Einberufers erregten bei einem Theile der Anwesenden, wie behauptet wird, Christlich-Sozialen, heftigen Widerspruch und Tumult, der sich berartig steigerte, daß der Regierungsvertreter die Versammlung für aufgelöst erklären mußte. Unter andernem dem Vorn, Abfindung des Bueger-Marsches und des Liebes der Arbeit und gegenfeitigen beleidigenden Zurufen wurde der Saal von Wackelnden geräumt, wobei mehrere Verhaftungen vorliefen. Das Aktionskomitee beschloß, demnächst eine allgemeine Volksversammlung einzuberufen.

### Schweiz.

**Bürsch, 31. Oktober.** (Eig. Ber.) Die zürcherische Kantonsregierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet zur Neuregelung des Rechtsanwaltsberufes, dessen Ausübung bis jetzt völlig frei, nämlich nur vom Besitze des Aktivbürgerrechts abhängig ist, was die Entwicklung eines Winkelfonsulententums zur Folge hatte, aber auch den Ausschluß der zürcherischen Advokaten von der Rechtsanwalts-Thätigkeit in allen Kantonen, welche diese Freiheit der Advokatur nicht besitzen, während umgekehrt die Advokaten aus diesen Kantonen im Kanton Zürich plaidiren dürfen. Der vorliegende Gesetzentwurf fordert nun die persönliche Handlungsfähigkeit, statt wie bisher das Aktivbürgerrecht, sodann den guten Rummund, einjähriges Domizil im Kanton Zürich, Kautions von 3000 Fr., ein vom Obergericht ausgestelltes Fähigkeitzeugniß und für Ehefrauen überdies die Zustimmung des Ehemannes; mit allen diesen Voraussetzungen ist bei der Regierung um die Bewilligung zur Annahmesthätigkeit nachzusuchen. Ist die Erfüllung jener Erfordernisse nicht mehr vorhanden, so kann die Regierung das Patent wieder entziehen. Bemerkenswerth ist die Neuierung der Zulassung der Frauen zur Ausübung des Anwaltsberufes, womit unseres Wissens der Kanton Zürich in der Schweiz den Anfang macht. In der Begründung des Gesetzentwurfes sagt die Regierung hierüber: „Nach § 2 soll an Stelle des jetzt notwendigen Aktivbürgerrechts das Requirat der persönlichen Handlungsfähigkeit treten, womit dann allerdings auch dem weiblichen Geschlechte unter gleichen Voraussetzungen wie Personen männlichen Geschlechtes die Ausübung des Rechtsanwaltsberufes gestattet würde. Dieser Schritt erscheint durchaus zeitgemäß und gerechtfertigt; denn nachdem auch weiblichen Personen der Zutritt zu den höheren Unterrichtsanstalten und speziell zu der juristischen Fakultät unserer Hochschule gestattet worden, ist es nur recht und billig, daß ihnen dann auch die Anwendung des erworbenen Wissens im praktischen Leben ermöglicht werde.“ — Das ist freilich die notwendige Konsequenz.

Neben Schaffhausen und Schwyz ist auch im Kanton Nidwalden eine Verfassungsrevision im Gange. Die Kommission des Verfassungsrathes hat folgende wesentliche Neuerungen beschlossen: Besteuerung des bisher steuerfreien Erwerbs, Besteuerung von Vermögens und Erwerb nach dem System der Progression nach oben und der Degression nach unten, Reduktion der Mitgliedszahl des Landrathes (Landtages), Reduktion der Mitgliedszahl der Regierung von 11 auf 7, Wahl des Obergerichts durch die Landsgemeinde, Uebertragung des Vormundschaftswesens an die Gemeinderäthe etc. —

### Frankreich.

**Paris, 4. November.** Die mehrere Blätter melden, erklärte Frau Arton einem Berichterstatter gegenüber, ihr Gatte sei fest entschlossen, in der Panama-Angelegenheit seine Entschlüsse zu machen. Er habe lange gezögert, seine ehemaligen Freunde bloßzustellen, sei aber jetzt zum äußersten getrieben, er wolle nicht der Sündenbock sein. In juristischen Kreisen wird bezweifelt, ob England die Ermächtigung erteilen werde, daß Arton wegen der Panama-Angelegenheit verfolgt werde.

Jedenfalls wird ein Ministerium Meline-Varthou niemals ernstlich eine solche Ermächtigung von England fordern.

**Paris, 8. November.** Die Deputirtenkammer bewilligte am Schlusse ihrer heutigen Sitzung für die Opfer der Ueberschwemmungen einen Kredit von einer Million Franken und beschloß am Dienstag die Budgetberathung zu beginnen. Die Verhandlung über die Interpellation des Abgeordneten Guesde, betreffend die Ausweisung der Genossen Bebel und Bueb, wurde um einen Monat vertagt.

**Paris, 3. November.** Gleichzeitig mit der „großen“ Debatte in der Deputirtenkammer (über die an anderer Stelle berichtet wird) hatte der Senat seine politische Debatte. Preost-Delaunay, eine der Senats-Rollen, interpellirte betreffs Madagaskars. Der Kolonialminister Lebon berührte den Interpellanten und die übrigen Rollen. Und schließlich nahmen sämmtliche Senats-Rollen die vom Minister gewünschte „einfache Tagesordnung“ an. Das hindert natürlich nicht, daß der Aufstand auf Madagaskar immer mehr erstickt.

**Paris, 3. November.** (Eig. Ber.) Die Regierung läßt, wenn auch ziemlich verspätet, die gegen sie erhobene Anschuldigung wegen Begünstigung des Börsenstreichs vom letzten Sonnabend „dementiren.“ Wie aber nicht anders zu erwarten war, geht sie auf den Kern der Sache gar nicht ein. Warum werden die Beschlüsse des Ministerrathes über das Bankmonopol und die Rentensteuer nicht, wie sonst stets üblich, sofort der gesammten Presse mitgetheilt? Warum geschah dies erst nach Börsenschluß? Auf welche Weise kamen der „Temps“ und andere, der Regierung und der Börse nahestehende Abendblätter zur Kenntniß der kurzgekauften Nachrichten, ehe noch der Finanzminister den Entwurf über das Bankmonopol in der Kammer niederlegte? All' diese Fragen bleiben unbeantwortet. Das Dementi begnügt sich, mit der belanglosen Versicherung, daß das Geheimniß von der Regierung strengstens gewahrt worden sei. Und auch diese Versicherung erstreckt sich bloß auf den Bankmonopol-Entwurf. Das Aufgeben der Rentensteuer wird also wohl weniger streng geheim gehalten worden sein. Man begriff daher, daß das Dementi eben das Gegenstück der beabsichtigten Wirkung hervorgerufen hat. Rochefort sagt den Eindruck des Dementis auf alle Unbefangenen in die, wie ein Preussenhieb Inoffendende Worte zusammen: „Dieses arme Ministerium taugt wahrlich zu nichts, nicht einmal zur Verfertigung einer Lüge.“

### Dänemark.

Im Folkething kam der Gesetzentwurf über die geheime Abstimmung zur Berathung. Nachdem die Aule, von der der Antrag ausgeht, ihn befürwortet und um schnelle Erledigung gebeten hatte, damit das Gesetz noch bei den bevorstehenden Landstingwahlen zur Anwendung kommen könnte, erklärte der Minister des Innern, daß er sich demselben wohlwollend gegenüberstelle, aber so eilig sei die Sache nicht, da bei den Landstingwahlen sich bereits eine Praxis eingebürgert habe, die dem Antrage fast entspräche. — Der Antrag kommt trotzdem sofort zur zweiten Lesung.

Außerdem lag der Gesetzentwurf über die Arbeit in Bäckereien zur Berathung vor.

Der sozialistische Abgeordnete Jensen befürwortete ihn. (Die Forderungen, welche in dem Antrag gestellt werden, haben wir früher schon mitgeteilt.) Auch zu diesem Antrag sagte das Ministerium seine wohlwollende Stellungnahme zu, abgesehen von einigen Einzelheiten, über die wohl eine Einigung würde erzielt werden können.

Auch Kopenhagen hat nun sein „Anarchistenkomplott“, nur daß dasselbe wenig politischer Natur ist. Es ist nämlich entdeckt worden, daß eine Fälscherbande falsche Sparcasenmarken im Betrage von ca. 1800 Kronen in Kurs gesetzt hat. Der in dieser Angelegenheit verhaftete Vergolder Jensen, der sich mit dem Vertrieb der Marken abgab, ist Anarchist, und auch einige andere Personen, die im weiteren Verlaufe verhaftet sind, sollen zum Theil zu den deutschen Anarchisten gehören. Alle leugnen, mit der Betrügerei etwas zu thun zu haben. Uebrigens nimmt man an, daß die falschen Marken im Auslande gedruckt sind. Man vermuthet, daß sie in Deutschland (?) hergestellt seien.

### Italien.

**Palermo, 4. November.** Bei den Revisionen werden fortgesetzt neue Unregelmäßigkeiten entdeckt. In der hiesigen Agrarstation wurden 20 000 Lire falsche Wechsel gefunden. Der Leiter der Station, Professor Olifer, ist verschwunden. Im Steueramte mußten mehrere Beamte wegen Unterschleife verhaftet werden.

**Rom, 2. November. (Sig. Ver.)** Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß das mit der Revision der Gemeindeverwaltung in Sizilien beauftragte sizilische Landesministerium in der einen oder anderen Gemeindeverwaltung neue Unterschleife entdeckt, durch welche sich die herrschenden Gemeindegewaltigen seit Jahren auf Kosten der städtischen Kassen bereichert haben. Noch ist der Umfang nicht festgestellt, bis zu welchem die systematischen Unterschlagungen in Palermo und in Galtaniffa vorgeschritten sind; und schon wird aus der etwa 25 000 Einwohner zählenden Stadt Sciacca berichtet, daß dort seit zehn Jahren ein großer Theil des Ertrages der städtischen Eingangsteuer auf Lebensmittel in die Taschen der Stadtrathe und der Bürgermeister, sowie der Steuerbeamten geflossen ist und daß deshalb eine beträchtliche Anzahl von Verhaftungen hat vorgenommen werden müssen. Wenn diese in Sizilien von dem außerordentlichen Landesministerium geführten Untersuchungen mit demselben Eifer auf dem italienischen Festlande geführt würden, so würde sich, wenigstens was Süditalien betrifft, ein ganz ähnliches Bild von dem Zustande der Gemeindeverwaltung ergeben, wie in Sizilien. Diese Mißverwaltung in den Gemeinden ist nicht etwa ein Rückstand aus bourbonischer oder sonst vormaliger Zeit; sie ist vielmehr ein wesentliches Merkmal des seit nunmehr dreißig Jahren am Ruder befindlichen liberalen Systems, ein Merkmal der italienischen Bourgeoisie überhaupt. Wie aber die in den Mannesjahren stehenden italienischen Bourgeois ihre Hand unerlaubter Weise in Staats- oder Gemeinde- oder Bankkassen stecken, so sucht ihr junger Nachwuchs auf den Schulen und Universitäten sich auf jede Weise den Forderungen zu entziehen, welche die Examen-Ordnungen des Staates an ihn stellen. Alljährlich entstehen auf den Universitäten Tumulte, durch welche das Unterrichtsministerium gezwungen werden soll, durchgefallenen Studenten die sofortige Wiederholung des Exames zu gestatten; und die meisten Unterrichtsminister haben bisher aus Furcht vor der Popularitätsfurcht solchen Anforderungen häufig nachgegeben. Anstatt durch ernste Durchführung oder auch durch Verschärfung der Prüfungen die Unfähigen oder Trägen von den Keimern auszuschließen, hat man vielmehr dahin gestrebt, durch Erhöhung des Schulgeldes auf den Mittelschulen die ärmeren Klassen der Bevölkerung von den Studien und somit von den Keimern zurückzudrängen. Erst der gegenwärtige Unterrichtsminister, Gianburco, stellt sich der in bezug auf das Examenwesen eingerissenen Anarchie einigermaßen entgegen. Ihm ist auch die Geduld geriffen, als aus Anlaß der montenegrinischen Hochzeit massenhaft die Gesuche durchgefallener Abiturienten bei ihm einliefen, welche unter die Gelegenheits-Immunität einbezogen sein wollten und also verlangten, daß ihnen die nichtbestandenen Prüfungen als bestanden angerechnet würden! Der Minister erklärte mit recht die Gesuche für ein betrübendes Zeichen des moralischen Umfalles und wies sie sämmtlich ab.

### Spanien.

**Madrid, 28. Oktober. (Sig. Ver.)** Die Lage der Spanier auf den Philippinen ist eine geradezu trostlose. Nach den letzten Nachrichten aus Hongkong hat der Aufstand dort die ganze Inselgruppe ergriffen. Die Provinzen Cavite und Batangas werden vollständig von den Aufständischen beherrscht, so daß die dort anässigen Spanier in andere Provinzen flüchten mußten. Der Zivilgouverneur von Batangas war der erste, welcher sich aus dem Staube machte. Freilich hat ihn der Generalgouverneur Blanco abgesetzt und gefangen genommen, um ihn bei nächster Gelegenheit nach Spanien zu senden. Die Schlacht von Talisan, ein wichtiger strategischer Punkt, war für die Spanier eine vollständige Niederlage, und das war die erste That des Generals Blanco, welcher sich darauf sofort nach Manila zurückzog. Alle bisherigen Kämpfe sind nach den Telegrammen aus Hongkong für die Spanier ungünstig verlaufen, mit Ausnahme der Eroberung eines Dorfes. Die offiziellen Mittheilungen Blanco's werden als direkte Lügen bezeichnet.

Neben der Entwidlung des Aufstandes ist die zunehmende Zerstückung des spanischen Heeres die Hauptursache, daß die Lage der Spanier immer bedenklicher wird. Von Reitereien ist schon verschiedentlich berichtet worden. Jetzt hat sich auch fast das gesammte Infanterie-Regiment Nr. 68 in Jolo erhoben und sich zu den Aufständischen geschlagen.

In den nächsten Tagen geht Generalleutnant Polavieja, bisher Chef des Militärkabinetts der Regentin, nach den Philippinen, um dort die Stelle eines zweiten Chefs zu übernehmen. Die Ernennung Polavieja's wird überall sehr günstig beurtheilt, da er ein rüchlichloser Haudegen und Gewaltmensch ist, dem es auf etliche hunderte von Menschenleben nicht ankommt. Er zeichnete sich während des letzten Bürgerkrieges, besonders bei der Belagerung von Cartagena aus und erwartete sich dabei den Ruf eines grausamen Gewaltmenschen. Er wird wohl bei seiner Ankunft in Manila die Ernennung zum Generalgouverneur vorfinden, um dann auf den Philippinen, so weit seine Kräfte reichen, wüthen zu können. Jedoch wird er sich vorher mit einem tüchtigen Geldbeutel versehen müssen, da das Geld auf den Philippinen so knapp ist, daß man schon aus diesem Grunde nicht in Aktion treten kann. Aber an dem Gelde hapert es; das Land ist erschöpft und das Ausland will nicht mehr pumpen. Canovas hat darum schon eine zwangsweise Unterbringung der Milliarden-Anleihe im Inlande n Aussicht genommen.

Die Zwangsanleihe. Nach einer Meldung des „Tempo“ aus Madrid, sollen zunächst nur 200 Millionen der inneren Anleihe ausgegeben werden und zwar wahrscheinlich zum Kurse von 92 pCt. Die Regierung werde mit der schwebenden spanischen Schuld die Eisenbahn-Subventionen und das außerordentliche Kriegs- und Marinebudget decken.

### Türkei.

**Konstantinopel, 2. November. (Times.)** Gestern fanden zahlreiche Verhaftungen von Türken statt, die mit einer Verschönerung zur Wänderung von Pera und zur Ausführung von Reglementen in Verbindung gebracht werden. Allgemeine, entnervende Anruhe sowie weitverbreitetes Elend und Armuth kennzeichnen die Lage.

**Konstantinopel, 3. November.** Ein Erlass des Großveziers an die mit dem Sicherheitsdienst betrauten Behörden besagt,

daß die ausländischen armenischen Komitee's 200 Mitglieder zur Ausführung verbrecherischer Aufschläge hierher beordert hätten; 100 Mitglieder seien bereits eingetroffen, während sich die übrigen 100 noch auf im Hafen liegenden Schiffen befänden. Der Erlass ordnet strengste Wachsamkeit an. Es wird vielfach angenommen, die Angaben, daß verdächtige Armenier sich auf im Hafen liegenden Schiffen befänden, verfolgten den Zweck, die von den Bolschakern bereits einmal verweigerte Erlaubnis zur Untersuchung der Schiffe nun doch zu erlangen.

Nach Berichten aus Konstantinopel wurden daselbst in den letzten Tagen zahlreiche Verhaftungen von Türken, unter denen sich auch Geistliche befanden, vorgenommen. Es ist eine strenge militärische Bewachung des Lärviertels verfügt, da Demonstrationen wegen der wachsenden Gehaltsrückstände befürchtet werden. Zwischen dem im Hildiz-Kiosk sehr einflussreichen Jussuf-Bey und dem ersten Sekretär des Sultans, Tassim-Bey, hat ein erster Streit stattgefunden, der im Hildiz-Kiosk großes Aufsehen erregt.

**Konstantinopel, 4. November.** Neunundzwanzig wegen der vorjährigen Untriede in Makedonien zum Tode verurtheilte Aufständische wurden zu lebenslänglichem Kerker begnadigt.

### Amerika.

— **Alteid, der demokratische Gouverneur von Illinois,** ist in den Sturz Bryan's mit hineingezogen worden. Er wurde nicht wiedergewählt. Alteid war einer der merkwürdigsten und sympathischsten Erscheinungen unter den amerikanischen Politikern. Er war es, der die Chicagoer Anarchisten begnadigte und bei diesem Anlasse eine hochbedeutsame Wortschatz erließ, er hat auch bei dem großen Pullman- und dem späteren Eisenbahner-Streit im Jahre 1894 in entscheidendster Weise die Arbeiter unterstützt und bei dieser Gelegenheit schied er auch nicht vor einem schweren Konflikt mit der Zentralregierung jurist.

## Partei-Nachrichten.

**Als Vertrauensmann für den Reichstags-Wahlkreis Hildesheim ist Genosse Josef Evers daselbst gewählt.**

**Von der Agitation.** Eine Agitationstour durch das Großherzogthum Oldenburg unternahm in der Zeit vom 24. Oktober bis 1. November der Reichstags-Abgeordnete Mollenbuhr und der Genosse Hug aus Vant. Man schreibt uns darüber: Sie hielten Versammlungen ab in Vant, Heppens, Jever, Varel, der Residenzstadt Oldenburg, Westerstede, Zetel, Brake und Nordenham. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, und auch zahlreiche Gegner waren anwesend. In der letzten Versammlung in Nordenham kam es zu einem Zwischenfall. Es sprach dort Genosse Mollenbuhr zunächst über das Thema: „Warum ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei in Deutschland?“, nach ihm Genosse Hug über die Lage der Hafenarbeiter. In seiner Einleitung kritisirte Hug die Ausweisung der englischen Gewerkschaftsführer Tom Mann und Wilson und meinte, daß für uns Deutsche solche Ausweisungen tief beschämend seien. Wenn es wahr wäre, daß auch die oldenburgische Regierung die beiden Engländer ausgewiesen haben würde, sofern sie nach Nordenham gekommen wären, um in einer daselbst geplanten Versammlung zu sprechen, so wäre das für ihn als Oldenburger noch besonders beschämend gewesen. Bei diesen Worten erhob sich der die Versammlung überwachende Amtsassessor, der außerdem noch vier Sendarmen bei sich hatte, und verbot dem Genossen Hug das weitere Reden über dieses Thema, wobei er bemerkte, er würde nicht, daß Maßnahmen der Regierung kritisiert würden. Genosse Hug, der im wesentlichen mit der Kritik der Ausweisung der beiden Engländer zu Ende war, setzte dann seinen Vortrag über die Lage der Hafen- und Werftarbeiter fort. Obschon er im Laufe seiner Ausführungen wiederholt auf die Ausweisung von Tom Mann und Wilson zurück kam, so wurde er doch von dem Herrn Assessor nicht mehr gehört. Sicher hat das Auftreten desselben dazu beigetragen, daß die Versammlung bei den zahlreichen Hafenarbeitern gute Früchte trägt. Durch dasselbe ist nun aber auch bekräftigt worden, was man bisher nur vermuthen konnte, daß die beiden englischen Arbeiterführer von der oldenburgischen Regierung ausgewiesen worden wären, wenn sie Nordenham betreten hätten. Bemerkenswert sei noch, daß in Nordenham wie nirgends in einem Ort im Herzogthum die erwachende Arbeiterbewegung gefördert wird. Am dem Tage, wo die Versammlung stattfand, sollte, in der Tom Mann und Wilson über die Lage der Hafenarbeiter sprechen wollten, waren beinahe ein Duzend Sendarmen und außerdem noch mehrere Zollbeamte zusammengezogen.

**Wegen seiner Meinungsäußerung über den Untergang des Kriegsschiffs „Jltis“** ist unser Genosse Theodor Schwarz bekanntlich von der gegnerischen Presse in der niederträchtigsten Weise angegriffen worden. Besonders that sich auch hier wieder das Organ des unheilbaren Nörglers im Sachsenwalde hervor. In einer Volksversammlung in Lübeck, die sich mit dem Streit des Personals der Firma Thiel u. Söhne beschäftigte, kam jene Angelegenheit zufällig zur Erörterung. Wie der Lübecker „Volkswacht“ mittheilt, berichtete ein Seemann über den Untergang des Schwimmbagger „Swine-münde“; er erklärte, daß es bei ihnen nicht so zugegangen sei wie auf dem „Jltis“, wo man dreimal Hurrab gerufen und das Flaggenglied angestimmt habe; jeder von der Befahrung des Bagger's habe versucht, sich so schnell wie möglich zu retten. Hieraus führte unser Genosse Theodor Schwarz aus: Er wolle nur kurz betonen, daß ihn das Geseul der bürgerlichen Presse und die Gemeinheit der „Hamburger Nachrichten“ laßt lasse. Bis jetzt hätte sich noch kein Seemann gegen ihn geäußert, und das sei wohl ein Beweis dafür, daß das Anstimmeln von Liedern in Zeiten der höchsten Gefahr von der seefahrttreibenden Bevölkerung nicht gut geheissen werde. Wir würden ja hören, was im Reichstage von kompetenter Seite dazu gesagt wird. Bis dahin möge die bürgerliche Presse ihr Geseul fortsetzen. Er fürchte auch nicht die handfesten Hänse der patriotischen Marinekreise der „Hamburger Nachr.“ Im übrigen möchte er die Frage aufwerfen, ob auf dem „Jltis“ denn gar keine Korrekturen vorhanden gewesen seien, und ob nichts an Spieren und Planen zu finden gewesen wäre, woraus es der Befahrung möglich gewesen wäre, sich zu bergen? Er huldige der Anschauung, daß, wenn der Seemann alles versucht habe, um Schiff und Ladung zu retten und dieses augenscheinlich nicht mehr möglich sei, er auf seine eigene Rettung bedacht sein müsse, schon deshalb, um der Familie den Ernährer, dem Staat den Bürger zu erhalten.

Es versteht sich, daß unserem wackeren Genossen Theodor Schwarz jeder Seemann recht geben wird. Ihn wegen seiner Meinungsäußerung zu verunglimpfen, können nur Leute fertig bringen, deren seemannische Erfahrungen sich darauf beschränken, in einer Kajüte erster Klasse nach irgend einem fashionablen See-bade gedampft zu sein.

**In Frankfurt a. M.** stellte eine Versammlung unserer Parteigenossen als Kandidaten für die Stadtverordneten-Wahl aus: im 1. Bezirk Adolf Baumann, im 2. Bezirk Heinrich Schmidt und Fr. Knoop, im 3. Bezirk Hermann Sydow, im 7. Bezirk den Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Schmidt und Dr. Quard, im 8. Bezirk H. Opificius.

Im dritten, dem für uns aussichtsreichsten Bezirke hatte der demokratische Verein bekanntlich den Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Schmidt als Kandidaten aufgestellt, der nun im

7. Bezirk kandidirt. Dieser Kandidatenwechsel, dessen Gründe im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurden, hat bei den Demokraten Mißbilligung erregt.

**Aus München.** In einer gut besuchten sozialdemokratischen Gemeindebewähler-Versammlung wurde das Programm für die Gemeindevahl beraten und der vorgelegte Entwurf mit wenigen unwesentlichen Abänderungen angenommen. In diesem Programm wird u. a. gefordert: Revision der Gemeinde-Ordnung, größere Selbständigkeit der Gemeindeverwaltung, Aushebung der lebenslänglichen Anstellung der Bürgermeister, der Rechtsräthe und der übrigen Gemeindebeamten, Abschaffung des Magistrats, Wahl der Bürgermeister durch die Gemeindeglieder, Herabsetzung der Amtsdauer der Gemeindebevollmächtigten auf drei Jahre, Aushebung der Deimaths- und Bürgerrechts-Gebühren, Vornahme der Gemeindevahlen an einem Sonntage, Aufhebung der indirekten Steuern, Einführung der Einheitschule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, Errichtung von Kommunalbibliotheken und Schlägereien und von Volksbädern, periodische Untersuchung der Wohnungs-verhältnisse und amtliche Abstellung der vorhandenen Mißstände, Einrichtung eines Bureau's für unentgeltliche Auskunft über Fragen sozialpolitischer Natur, achtstündiger Arbeitstag nebst auskömmlichem Tagelohn für die städtischen Arbeiter, Einrichtung einer ständigen Bau-Kontrollkommission unter Zugiehung von Bauarbeitern, ausreichende Arbeitslosen-Beschäftigung, Ausschluß der Gemeinde-Verwaltungs-Mitglieder von dem Bewerb um alle kommunalen Arbeiten und Pflanzungen, Unterlassung jeglicher Ausgaben für Kirchenbauten, sowie Verweigerung aller Ausgaben für Ehrungen zu politischen und dynastischen Zwecken, Einrichtung ständiger Kerkstationen, Errichtung von Melonpalastenthäusern und Volkskaffeehäusern, zeitgemäße Reform des Armenwesens, einheitliche und unentgeltliche Leichenbestattung, Errichtung von Krematorien.

**Prof. Quide** hat uns das Flugblatt unserer Genossen von A. S. Schwabach überandt, das er in der Berliner Versammlung vom 26. Oktober als antisozialistisch erklärte, weil es bestritte, daß die Aufhebung des Privateigentums von uns gefordert werde. Wir können nichts finden, was den sozialistischen Prinzipien widerspricht oder dieselben verfehlt. Die von Professor Quide für uns sozialistisch gehaltenen Stellen lauten wörtlich: „Wir hören doch immer, daß die Sozialdemokraten Staat, Religion und Eigentum abschaffen wollen, daß sie Anarchisten sind.“

Wähler in Stadt und Land! Die heutigen Zeiten sind so ernst, daß solche Mäusergeschichten, wie sie unsere Gegner über uns verbreiten, wohl nicht mehr verfangen können. Prüfet alles und behaltet das Beste.

Was das Eigentum „aufheben“ anbelangt, so sind die Sozialdemokraten von jeher Gegner davon, daß das Ergebnis jahrelanger saurer Arbeit von so vielen Millionen Menschen nach Goldrollen taxirt und diese Millionen von Goldrollen dann als „Eigentum“ ganz unnietherweise von wenigen Leuten in den feuerfesten Schränken aufgehoben werden.

Das Eigentum derer, die da arbeiten, ist längst durch die Kapitalisten und Ausbeuter aufgehoben worden.

In den vorstehenden Sätzen ist unlesbar die Forderung der Sozialdemokratie ausgesprochen, daß die Mehrwertherzeugung zu Gunsten der „Unternehmer“, welche durch die kapitalistische Produktionsweise erfolgt, müsse aufgehoben werden, weil sie gemeinschaftlich ist. Welche Partei außer der Sozialdemokratie spricht diese Forderung aus? Herr Prof. Quide braucht sich um die Reinhaltung unserer Prinzipien keine Sorge zu machen; unsere Partei versteht nirgends und nie ihr sozialistisches Programm.

**Die belgische Parteiteilung** hat bekanntlich beschlossen, eine Agitation für die staatliche Altersversorgung der Vergleute zu beginnen. Es wird zu diesem Zwecke eine große Demonstration organisiert, die am 8. November vor sich gehen soll.

**Tobtenliste der Partei.** In Hirschberg ist der Parteigenosse Julius Kurzweg, der früher in Grünberg wohnte, nach einem chronischen Lungenleiden erlegen. Er hat im Organisiren und Agitiren sein mögliches gethan und war auch mit der Feder für unsere Partei thätig. Manchen guten Beitrag hat er für den „Proletarier“ geliefert. Ehre seinem Andenken!

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Kollegen werden um solidarisches Verhalten ersucht! Diese Worte, welche einer in der Breslauer „Volkswacht“ enthaltenen Streifnotiz angehängt waren, gaben der Staatsanwaltschaft Veranlassung, gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Gerhard wegen „groben Unfugs“ vorzugehen. Sie hatte aber damit keinen Erfolg, denn sowohl die erste wie auch die zweite Instanz fällten ein freisprechendes Urtheil. Jetzt hat auch das Oberlandesgericht zu Gunsten des Angeklagten entschieden, indem es die Revision der Staatsanwaltschaft verwarf.

In Halle a. S. ist auch dem Genossen Franz Lehmann ein auf 6 Wochen lautendes Strafmandat zugegangen, weil er ein Flugblatt gegen die bogottischen Brauereien als Verleger gezeichnet hat.

Redakteur Stenzel vom „Hamburger Echo“ wurde wegen Beleidigung eines Baumtischlers mit 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängniß verurtheilt. In einem Eingekleideten waren von sachmännischer Seite einige Mängel an einem Neubau gerügt worden, wo infolge dieser Mängel zwei Arbeiter verunglückt waren, wie das baupolizeilich festgestellt ist. Trotzdem in der Verhandlung nicht nur eine ganze Reihe Beschuldigungen, durch die die Arbeiter in ihrer Sicherheit gefährdet waren, sondern auch solche bewiesen wurden, durch die nach dem Gutachten eines Sachverständigen die Sicherheit des Gebäudes gefährdet war, meinte der Vertreter des Klägers, ein antisemitischer Rechtsanwalt, Redakteur Stenzel habe bei der Ausnahme des Artikels äußerst leichtfertig gehandelt und nur gegen die „Arbeitgeber“ hegen wollen. Stenzel's verteidigter Dr. Euse wies diese Unterstellungen gebührend zurück, das Gericht nahm sie in seinen Urtheilsgründen jedoch wieder auf, obwohl es andererseits nicht verkannte, daß Stenzel augenscheinlich auch die Interessen der an dem Bau beschäftigten Arbeiter habe wahrzunehmen wollen.

Wegen Beleidigung des Gendarms Wischke wurde Genosse Thürk in Saalfeld, der verantwortliche Redakteur des „Thüringer Volksfreunds“, vom Landgericht in Rudolstadt zu 30 M. Geldstrafe und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt.

## Dereitschen und letzte Nachrichten.

**Wien, 4. November. (W. L. Z.)** Nach den bisher vorliegenden Landtags-Wahlresultaten in den niederösterreichischen Städte-Wahlbezirken sind 3 Christlich-Soziale, 3 Kandidaten der Deutschen Volkspartei, 2 Kandidaten der Deutschen Fortschrittspartei und 1 Deutsch-Nationaler gewählt.

**Bozen, 4. November. (W. L. Z.)** Im Passetthal steht eine Bergkatastrophe bevor. Das Gebirge oberhalb der Ortschaft Fosen zeigt tiefe Risse und Sprünge. Durch das Ausfallen des Terrains ist bereits bedeutender Schaden angerichtet worden. Mehrere Familien haben ihre Wohnungen geräumt aus Furcht vor einer Katastrophe.

**New-York, 4. November. (W. L. Z.)** Es scheint nunmehr sicher, daß Bryan in Kansas mit einer geringen Majorität siegte. In Kalifornien hat Mac Kinley wahrscheinlich eine Mehrheit von 5000 Stimmen. Die dortige Legislatur ist republikanisch, wodurch die Wahl eines republikanischen Unions-Senators für Washington gesichert erscheint. Bryan ist anscheinend siegreich in Nord-Carolina.

**Lokales.**

**Zur Lokalliste.** Kaufmann's Variété ist wieder von der Lokalliste zu streichen. Der Direktor hat den organisierten Kellnern erklärt, daß er sein Lokal zu einer von ihnen abgetretenen Versammlung nicht hergeben könne. Die Vereine und Gewerkschaften, welche Natineer's z. arrangieren, werden namentlich um Beachtung dieser Mitteilung ersucht.

**Die Lokalkommission.**

Unsere Parteigenossin Marie Ludwig ist gestern unter zahlreichem Beistand zur letzten Ruhe bestattet worden. Mit ihr ist eine bewährte, tüchtige und opferwillige Vorkämpferin für die Sache des Proletariats dahingegangen. Als die Arbeiter-Bildungsschule ins Leben gerufen wurde, schloß sich Frau Ludwig ihr als erstes Mitglied an und wirkte seitdem unermüdet für die Interessen dieses Instituts. Desgleichen war Frau Ludwig thätiges Mitglied des politisch-geschlossenen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins; sie gehörte zu den Vorstandsmitgliedern, die in dem bekannten Vereinsprospekt verurtheilt worden sind. Trotz längerer Krankheit, und trotz des Lebens bitterer Noth, die sie infolge mehrerer Arbeitslosigkeit ihres Mannes kennen lernte, scheute sie keine Mühe, wenn es galt, für die Partei zu wirken. An ihrem Grabe weinen zwei Waisenkinder im Alter von 5 und 10 Jahren, die sie, da sie selber kinderlos war, zu sich genommen und liebevoll gepflegt hatte. Das Andenken der braven Genossin wird unvergessen bleiben.

**Die arbeiterfreundliche Gasse.**

In der am 26. Oktober stattgefundenen Sitzung der städtischen Gasdeputation wurde, wie gemeldet, die überraschende Mitteilung gemacht, daß von den Arbeitern sämtlicher städtischen Gasanstalten Petitionen um Beibehaltung der 18stündigen Sonntagsruhe eingelaufen wären. Bekanntlich sollte die Sonntagsruhe durch den Vertrag, der zwischen den Ausständigen und den Vertretern des Magistrats vor dem Einigungsamt des hiesigen Gewerbegerichts zu Stande gekommen war, auf 15 Stunden reduziert werden. Die Deputation beschloß daher infolge dieser Petitionen, und da versichert wurde, daß von Seiten der Verwaltung in keiner Weise die Arbeiter beeinträchtigt worden wären, den Vertrag nicht zu verwickeln, die 18stündige Sonntagsruhe laut dem Willen der Arbeiter beizubehalten. Aus kam nun die Sache mit den Petitionen schon damals nicht ganz geheuer vor und wir vermutheten, daß die Unterschriften wohl doch anders zu Stande gekommen seien, als wir behauptet worden war. Daß unsere Annahme uns nicht völlig getäuscht hat, beweist folgende Geschichte. In der vorgestern stattgefundenen Gasarbeiter-Versammlung trat unter „Verschiedenem“ ein Arbeiter einer städtischen Gasanstalt auf und erzählte betreff der Petitionen folgendes: In seiner Anstalt habe der Direktor, nachdem die Arbeiter zusammengerufen worden, eine Ansprache an diese gehalten und ausgeführt, daß es doch mit der 18stündigen Schicht nichts sei und man die 18stündige beibehalten solle, worauf er an die Arbeiter die Frage gerichtet habe, ob sie die 18stündige Sonntagsruhe weiter machen wollten. Darauf hätten sofort einige Arbeiter, die sich entweder lieb kund bei den Vorgesetzten machen wollten, oder aber von den kommenden Dingen unterrichtet waren, mit ja geantwortet. Dann sagte der Direktor: „Das aber müßt Ihr mir schriftlich geben“, worauf einige Arbeiter erwiderten, daß sie ein solches Schriftstück nicht aufstellen könnten, da ihnen hierzu die Fähigkeiten fehlten. Nun sei der Gasmeister R. beauftragt worden, das Obus anzufertigen. Dieser sei dann nach ungefähr einer Stunde mit dem Schriftstück gekommen und habe es den Arbeitern mit dem Bemerkten vorgelegt, daß nur diejenigen zu unterzeichnen brauchten, welche sich damit einverstanden erklären wollten. Da nun aber der Ton der ganzen Rede und ein gleichzeitig zirkulirendes Gerücht den Glauben erwecken ließ, daß diejenigen sofort entlassen würden, welche das Schriftstück nicht unterzeichneten, so hätten die Arbeiter der Noth, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, dasselbe unterschrieben. Den Arbeitern der Nachschicht wäre das Schriftstück direkt zur Unterschrift vorgelegt worden. Was sagt Herr Stadtrat Ramskau zu den Ausführungen dieses Arbeiters und zu den von „seiner Seite“ beeinflussten Petitionen?

Den Leitern der königlich preussischen Kriminalpolizei am Alexanderplatz wird zur Zeit von bürgerlichen Blättern manche bittere Wille in den Mund geschoben. Die gar zu gefährlichen Ereignisse der letzten Wochen gingen den durch Bildung und Verstand maßgebenden Gesellschaftsklassen ganz besonders hart an den Krügen, und da kam dem zahlungsfähigen Philister denn allmählich die Einsicht, daß die im Kampfe gegen die Sozial-

demokratie so bravbewährte Schutzmannschaft doch auch ihre sehr schwachen Seiten habe. Außer dem Fall Levy regt der Mißgriff, der der Behörde in der auch von uns berichteten sittenpolizeilichen Vernehmung einer ehrbaren Bürgerstochter passiert ist, die gutgemeinten Gemüther auf. Auf die Thatsache sich stützend, daß in der „Berichtigung“, die der Polizeipräsident in der fraglichen Angelegenheit der Presse zugesandt hat, eine schwere Verdächtigung einer gestifteten Dame liegt, fragt die „National-Zeitung“:

„Hat denn keine Nachprüfung stattgefunden, ehe die öffentliche Erklärung erging? Hat man sich denn nicht gesagt, daß, rein feilsch betrachtet, hier ein Mord begangen worden ist an dem Frieden eines Weibes, dem man einen Mafel für das ganze Leben anhängen im Begriffe stand? Hat man denn keine Ahnung davon gehabt, welcher Zerrüttung man eine ganze Familie aussetzen mußte, wenn die Eltern des Mädchens den positiven Bekundungen des Schutzmanns mehr Glauben geschenkt hätten als ihrem Kinde, und wenn sie nicht die Energie besessen hätten, für dasselbe einzutreten? ... In England und Amerika würden die Schuldigen, die einem unschuldigen Mädchen öffentlich die Ehre nehmen, nicht mit dem Verlangen nach einer unumwundenen Abbitte davonkommen. Je höher sie im Range stehen, desto mehr und desto erfolgreicher würden sie auch materiell in Anspruch genommen werden, nach dort üblicher Sitte, Schadenersatz zu leisten.“

Daß bei uns in diesen Dingen andere Anschauungen herrschen, ist bekanntlich nicht zum wenigsten Schuld der Partei, deren Erbärmlichkeit auch heute noch von der „National-Zeitung“ gedehnt wird. Diese Anschauungen haben denn auch die Wirkung gehabt, die wir voraussetzten, als wir bei Behandlung der Rechtsfertigungsschrift des Polizeipräsidenten am Sonntag ungefähr die Meinung aussprachen, daß das Publikum das „reformatorische“ Streben der Polizei zunächst wohl in der Gestalt von Presseprozessen kennen lernen werde. Wie die „Berliner Zeitung“ mittheilt, hat der Polizeipräsident wegen zweier Artikel, die sie am 26. und 28. Oktober in der Moisdassire Levy brachte, gegen ihren verantwortlichen Redakteur Strafantrag gestellt.

So müßte es kommen!

In der Angelegenheit der preussischen Polizeizustände äußert sich selbst ein so ordnungswahriges Blatt wie die „Bismarckschen Neuigkeiten“ folgendermaßen: „Verstärkte Schlägen (wie die Durchprügelungen auf Polizeiwachen) müssen von der leitenden Gewalt mit unerschütterlicher Strenge abgestellt werden. Sie bieten den Feinden der Staatsordnung die besten Angriffspunkte und erschüttern die Achtung vor der Staatsautorität in einem geradezu verhängnisvoll zu nennenden Grade. Wenn die Polizeiverwaltung nicht in jedem Betracht sich als vorwurfsfrei und als ein Musterinstitut beweißt, so werden die Bande der Ordnung aus schließlich gelockert und die öffentlichen Sicherheitsverhältnisse untergraben. Vorkommnisse, wie die erwähnten, zeigen, daß der Organismus in seinen Wurzeln krank und verlangen eine Aenderung des Systems. Wir hoffen, daß der Herr Minister des Innern diesen Punkte seine volle Aufmerksamkeit zuwenden und demnächst darüber im Abgeordnetenhaus, wo die fraglichen Verhältnisse zur Sprache gebracht werden dürfen, beruhigende Aufschlüsse geben wird.“

Wir glauben noch nicht daran, daß im Abgeordnetenhaus jemand den Muth haben wird, die bekannten Mißstände zu rügen. Selbst Eugen Richter that vor kurzem noch auf eine von uns in dieser Beziehung ausgesprochene Anzapfung überaus reservirt.

**Die Berliner Polizei und der Mörder v. Bräsewiz.** Eine Lokalkorrespondenz meldet: „In sehr auffallender Weise ist die Polizei gestern abends gegen die bildliche Darstellung des „Falles Bräsewiz“ in einer hiesigen illustrierten Zeitschrift („Der Reporter“) vorgegangen, diesmal jedoch nicht, wie neulich unter den Linden, auf Veranlassung von Passanten, sondern auf „höhere Weisung“. Zwei Verkäufer der Zeitschrift wurden nämlich auf dem Alexanderplatz von Schutzleuten zum Revierbureau in der Elisabethstraße geführt, und hier wurden ihnen ihre sämtlichen Exemplare der Zeitschrift einfach fortgenommen. Auf ihre Frage aber, warum dies geschehe, erhielten sie die Antwort, daß den Polizeirevierern von höherer Stelle der Befehl erteilt worden sei, den Verkauf bzw. die Verbreitung jeder die Karlsruher Affäre betreffenden bildlichen Darstellung zu verhindern. Am merkwürdigsten ist es jedoch, daß die in betracht kommende Nummer der erwähnten illustrierten Zeitschrift nicht etwa polizeilich oder gar gerichtlich beschlagnahmt, ja selbst nicht ihre Verbreitung den Verlegern behördlich verboten ist, sondern daß letztere vom Revier-Polizeibureau in der Elisabethstraße sogar den Bescheid erhalten haben, sie

könnten sich die den Verkäufern fortgenommenen Exemplare des Blattes dort — abholen lassen. Es scheint uns mithin so, als ob die Polizei für die Verhinderung der öffentlichen Verbreitung von schriftlichen oder bildlichen Darstellungen unliebbarer Fälle, denen ihrer streng sachlichen und nicht gegen die öffentliche Ordnung verstoßenden Form wegen mit dem Konfiskationsrecht nicht beizukommen ist, jetzt einen neuen Modus schaffen will, indem sie solche Darstellungen den Verkäufern fortnimmt.“ So die Lokalkorrespondenz. Als vor kurzem einige Zeitungen die Bilder der Mörder Grosse und Berner brachten, ist die Polizei nicht gegen die Zeitungsvorkäufer eingeschritten. Warum wird in der Angelegenheit des Todtschlägers von Bräsewiz anders gehandelt?

**Von der Stellung des „Lokal-Anzeigers“ zur Polizei** giebt der Bericht eine Probe, den die Zeitung mit den 200 000 Abonnenten über die Gerichtsverhandlung bringt, die sich am Dienstag in Sachen der prägelunden Schulleute Koinzer und Genossen am Landgericht I abspielte hat. Obgleich das Blatt notorisch im Besitze einer ausföhrlichen Darstellung der kanonischen Affäre war, unterschlug es seinen Lesern doch alle Einzelheiten, die irgendwie die angeklagten Polizeibeamten belasten konnten. Wer den Bericht des „Lokal-Anzeigers“ liest, weiß thatsächlich nicht, aus welchen Gründen denn eigentlich die armen Sicherheitsbeamten vom Gericht befreit worden sind. Warum das Blatt, das sich über irgend eine am äußersten Winkel der Welt passirte Grenzthat in langen Telegrammen berichten läßt, den in Berlin gegen ehrenhafte Arbeiter verübten Schußmanns-Gewalt in wenigen Zeilen abthut, liegt auf der Hand; den Grund brauchen wir unsern Lesern nicht erst zu nennen. Das Blatt an sich verdient auch gar keinen Vorwurf, denn nach bürgerlichem Geschäftsprinzip, und dieses kann beim „Lokal-Anzeiger“ nur maßgebend sein, hat sich jeder so gut nach der Decke zu strecken, als es ihm vortheilhaft erscheint. Einen Vorwurf verdient nur die Berliner Bevölkerung und unter ihr vor allem der große Theil der Arbeiterschaft, der durch Abonnement eine Zeitung unterstüßt, die auch nicht das geringste zur Förderung seiner Interessen thut.

**Herr L. Bierck.** Die „Volks-Zeitung“ meldet: „Der frühere sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete L. Bierck, der bekanntlich Leiter der hygienischen Anstalt im alten Reichstagsgebäude war, hat sich nach Amerika gewendet. Zunächst will er dort eine Reihe populärer sozialdemokratischer Vorträge halten.“ Falls die Mittheilung der „Volks-Zeitung“ stimmt, dürfte Herr Bierck in Amerika wenig Glück haben. Auch dort wissen die deutschen Parteigenossen, was von diesem Herrn, der bekanntlich mit der sozialdemokratischen Partei gar nicht mehr gemein hat, zu halten ist.

**Der Ausschuss zur Vorberathung der Magistratsvorlage** wegen Eintheilung der Straße an der Schlossfreiheit und der Ausgehaltung des Platzes an der Stechbahn neben der Schloßenbrücke hat am Dienstag Abend unter Vorsitz des Stadtr. Stryk und in Anwesenheit des Stadtraths Voigt und des Geheimen Raths Hobrecht beschloffen, am Sonnabend Mittag 12 Uhr an Ort und Stelle zu einer Besichtigung und am nächsten Dienstag zu einer weiteren Berathung im Rathhause zusammenzutreten. Im Laufe der Verhandlung wurde u. a. beantragt: Für den Fall der Annahme der Vorlage zu beschließen: Das zu dem jetzt geplanten Zweck zu verwendende Vorgartenland vor dem Schlosse verbleibe im Eigenthum der Stadtgemeinde. Die Zustimmung zur Vorlage wird unter der Bedingung erteilt, daß einer etwa durchzuliegenden Straßenbahnlinie die Konzession erteilt wird. Ferner war von anderer Seite noch beantragt worden, daß das für einen Vorgarten in der Breite der jetzigen Tiefe des Gosander'schen Portales abzutretende Straßenland Eigenthum der Stadt bleiben soll.

**Die probeweise eingeführte Ermäßigung für Stände** in der Markthalle Gesundbrunnen hat zur Folge gehabt, daß die bis dahin fast völlig öde Halle zu drei Viertel besetzt worden ist. Es hat sich infolge dessen auch ein bedeutend lebhafterer Marktverkehr herausgebildet und es steht zu erwarten, daß die bis dahin drohende Gefahr, die Markthalle wegen Mangel an Käufern und Verkäufern schließen zu müssen, beseitigt wird. Die Preise der Stände sind für Wild, Geflügel und Fleisch für den Monatsstand auf drei Mark, für den Tagesstand auf zwanzig Pfennige, für alle übrigen Marktwaaren auf 1,50 Mark resp. zehn Pfennige festgesetzt.

**Die für den etwaigen Ankauf eines Theiles des Botanischen Gartens** zur Vorberathung eingeseht Magistrate-Kommission besteht aus den Stadträthen Voigt, Friedel, Hobrecht, Kochmann und Marggraff. Jetzt wird eine Kostenrechnung aufgestellt, woraus ersichtlich sein wird, welche Aufwendungen die Stadt Berlin außer dem Kaufpreise noch für die Straßenunterhaltung und Beleuchtung, die Kanalisation u. s. w. zu machen haben würde. Eine besondere Beschleunigung dieser auch vom

**Kunst und Wissenschaft.**

**Das Drama „Freiwild“** von Arthur Schnitzler wurde am Dienstag im Deutschen Theater zum ersten Male aufgeführt. Der Wiener Dichter suchte für sein Werk Schutz in der deutschen Freiheit! Die seltsamste Beleuchtung österreichischer Verhältnisse!

Jüngst war im Wiener Extrablatt, dem „Lokal-Anzeiger“ der dummen Kerle von Wien, eine erbauliche Betrachtung zum Fall Bräsewiz zu lesen. Der Artikelschreiber warf sich in die Brust und rief aus: Dersel könnte bei uns nicht vorkommen. Dazur bürgt uns die gemüthliche Bonhomie des österreichischen Offiziers. Schnitzler's Schauspiel weist auf diese Thatsache hin und wasserländische Simpelerei ein kräftiges Schlaglicht, so wenig es dem freieren Geist an sich zu sagen hat. Gleiche Ursachen führen zu gleichen Wirkungen; und der österreichische Offizier ist demselben Rastengefetz unterworfen wie der deutsche. Die Differenz besteht nur in unwesentlichen äußeren Formen.

Wenn die Künstler unserer Tage mit Empfinden freien Menschenwerth gegen dengebe, läglige Klassengesetz abwägen, so ist ihnen so häufig ein Grundzug gemeinsam. Die Personen, die sie als Kämpfer aufzuführen wählten, haben sich nirgend auf Neuland gerettet. Sie philosophiren viel, sie toben gelegentlich; aber im Grunde sind sie taumelnde Ritter; sie schwanken zwischen zwei Welten umher. Sie meinen, den Teufel überwunden zu haben und Beezweib hält sie fest am Krügen.

Solch unklarer, in sich brüchiger Held ist Paul Rönning in dem Schauspiel von Schnitzler. Für sich verlangt er Vorkurtheillosigkeit und ist doch selber im Vorkurtheil befangen. Er wird als unabhängiger Mann geschildert und reagirt andererseits empfindlich auf verschiedenartige Reize jener Klasse, aus der er hervorgegangen.

In einem Waderort bei Wien giebt es ein Sommertheater, das ein Theaterpöppel nach den Grundsätzen des biedereren Theaterdirektors in Zola's „Nana“ leitet. Die Herren Offiziere laffestren mit den Mädchen vom Theater, nur die Naive, ein Fräulein Nidel, bleibt der Atmosphäre von Prostitution noch fern. Das reizt den unbändigen, im Größenbewußtsein aufgewachsenen Oberleutnant Karinski. Ihnig, verwegene, wie er ist, geht der Reizfertige eine Champagnerrette ein, die Spröde, die doch

nur so thue“, zum gemeinsamen Souper mitzubringen. Paul Rönning, der dem Mädchen in aufrichtiger Verehrung ergeben ist, hat die Begehren, daß der übermüthige Kavallerie-Offizier mit seinem frechen Ansehen abgewiesen worden ist. Er lächelt und das Lächeln erbittert den Oberleutnant; der Offizier verlangt eine Erklärung für dies Lächeln. Die verweigert der Jüwist und es kommt zum Skandal. Wäre Paul Rönning wirklich der überlegene Mann, er hätte jetzt schon seinen Muth schwerlich an einem höchst gleichgültigen bewiesen, der unverschämter Kaufhändler suchte. Im Kauf wie im Duellmoment wird die Frage persönlichen Muthes nicht entfallen. Aber Herr Rönning will Renten importieren, an deren Meinung einem wirklich freien nichts gelegen wäre; und als der Lieutenant die Mädchen vom Theater wie Freiwild betrachtet und das Fräulein Nidel als „Wahnenmenschen“ bekennt, wird er von Rönning geohrfeigt. Von seinem Temperament kann sich der gelassene Philosoph hinreissen lassen; und Rönning brauchte nicht geduldig zu fragen: Kann ein hübscher Vorwurf ein braves Mädchen an seiner Ehre kränken?

Der Offizier, der nach österreichischem Brauch im Bade als dienstfreier Mann nicht den Regen zu tragen braucht, ist nur mit einem Spazierstock bewaffnet. Er kann die Jüchtigung, die ihm widerfähren, nicht mit einem Edelblech beantworten. Er will sein anrühliches Ansehen im Zweikampf heilen.

Dies Duell lehrt Rönning rund und entschieden ab. Sein Leben hat neuen reichen Werth; er hat sich mit Anna Nidel verlobt und beschließt, mit ihr nach Wien zu reisen, und der Verachtung der Kreise, in denen er bisher verkehrte, zu trohen. Aber er entrinnt diesem Kreise nicht. Zuviel von dem Blute der Menschen, die er zu verachten glaubt, lebt in dem seinen. Aller eitle Egoismus des Klassenbefangenen häumt sich in ihm auf. Man hat ihm gedroht, Karinski lauwert ihm wie ein sprungbereites Mauthier auf. Man hat seinen physischen Muth beweielt und der „überlegene Rönning“ lebt auf einmal wieder in abgethanen Welten. Er will vor dem wilden verzweifelten Lieutenant stand halten; und wenn der ihn mit dem Säbel überfällt, will er ihn mit dem Revolver niederknallen. So graufam die Logik des Offiziers, so kraß das System ist, nach dem er handelt, so liegt doch Methode darin. Was aber soll man zu einem geistigen

Revolutionär sagen, der ängstlich nach dem Beifall der „Wohlgeminten“ schielt. Als ob es nur einen physischen Muth gäbe und als ob es nicht lebensmüthiger wäre, sich und dem Theuersten, was man hat, ein gesundes, kräftiges Glück zu erobern! Es ist möglich, daß unter den heutigen Zuständen — und das ist die herbeste Lehre in Schnitzler's Drama — Paul Rönning dem Mordgeschick des Offiziers nicht entgangen wäre. Das ist aber nicht gewiß; und um einer im höchsten Grade selbstthätigen Eitelkeit willen versucht es Rönning nicht einmal, sich und das Glück seines Mädchens anders zu behaupten, als daß er auf die brutalste Gewalt vertraut; und so wird er zum Verräther an dem Vertrauten, das seine Verlobte ihm entgegengebracht hatte. Der Oberleutnant ist es, der den verhassten Rönning niederschmet; für ihn ist der Duellverweigerer ebenfalls „Freiwild“. Mit diesem pessimistischen Gedanken und mit der verzweifelten Frage von Anna Nidel: „Was wird nun mein Loos?“ schließt das Stück. Ein trüblicher Kampf, ein trübliches Ende. Vom echten, revolutionären Muth, der zukunftsreudige Perspektiven eröffnet, ist in dem Drama nicht die Rede. Schnitzler's keine Genetkunst gab sich poetischer in dem Drama Liebele. Dieser Kunst ist der Verfasser in der Schilderung österreichischer Offizierstypen, des wienersischen Treibens in einem Adorot, in einer kernigen Liebeszene treu geblieben. Der Hauptsache nach hat er aber nicht ein tiefgründiges Seelenbild geschaffen, sondern vielmehr ein klug ausgeplüßtes, sauber gearbeitetes Theaterstück gefertigt, das durch den Schein von Aktualität noch besonders wirksam wurde.

Durch eine Fülle prächtig gezeichneter Wiener Typen glänzte diesmal die Darstellung. So treffenden Episodenfiguren, wie sie Hans Fischer in der Gestalt des Wiener Halbketins und „Hausderrnsohns“ Poldi Greltinger, Hermann Müller als gutmüthig-beschränkter ungarischer Lieutenant, Otfela Schneider als leichtblütige Soubrette ausarbeiteten, begeben man in Berlin kaum irgendwo anders, als auf dem Deutschen Theater. Herr Thielcher allerdings wußte mit der groß satirischen Studie eines Theaterdirektors nichts anzufangen. Seiner Poffenkomik fehlen Witz und Schärfe. Wohl zu sehr norddeutsche legte der treffliche Sauer den Oberleutnant Karinski an. Durch warmen Ton gewannen Ritter (Rönning) und Nissen.

Wird nicht als „schlechte Sache“ behandelten Angelegenheit soll, einem hiesigen Blatte zufolge, nicht in der Absicht des Magistrats liegen, zumal inzwischen festgestellt worden ist, daß von einer Verquickung dieser mit der Frage des Neubaus der Charitee nicht mehr die Rede ist.

Nach amtlichen Ermittlungen war in Berlin der Preis für Roggenbrot für 1 Kilogramm im Durchschnitt von 34 Bäckereien am 14. September 20,80 Pf., am 1. Oktober 21,20 Pf., für Weizenbrot (Schrippen) für 1 Kilogramm am 14. September 35,85 Pf., am 1. Oktober 34,80 Pf.

**Glücksstatistik.** Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Oktober cr.: 24 Familien mit 79 Personen, darunter 8 Säuglinge, und 31 Einzelpersonen. Am 1. November war der Bestand 12 Familien mit 30 Personen, darunter 6 Säuglinge, und 54 Einzelpersonen. Das nächtliche Obdach daselbst haben während des Monats Oktober aufgesucht 14 401 Personen, und zwar 13 648 Männer, 753 Frauen. Von diesen Personen sind befördert worden zum Krankenhause Friedrichshain 5, zum Krankenhause Moabit 45, der Charitee überwiesen 16 Personen, der Polizei übergeben 372 Personen (362 Männer, 10 Frauen). Außerdem sind der Anstalt Ruhlgarten 2 Männer, der Krankenstation im Obdach 26 Männer und 2 Frauen überwiesen worden. Gebadet haben 10 178 Personen.

Das neue Bahnhofs-Gebäude für den Vorort-Verkehr Berlin - Bernau an der Zivalidenstraße (Stettiner Bahnhof) ist dem Betrieb übergeben worden.

**Die Stadt Berlin und die Volksschullehrer.** Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Für die unter städtischer Patronat stehende Schule in dem Vorort Großbeeren sucht die Berliner Verwaltung jetzt einen Lehrer, dem sie — 750 M. Gehalt verspricht, und es wird ihm weiter in Aussicht gestellt, daß das Gehalt wahrscheinlich auf — 810 M. erhöht werden würde. Küper diesem Gehalt soll der Lehrer noch freie Wohnung und freie Heizung haben. Die freie Wohnung besteht aus — Stube und Kammer. — Gibt es wohl eine schärfere Satire auf die angebliche Lehrerfreundlichkeit der Berliner Verwaltung und der in ihr herrschenden Preisfindler?

Der erste Schnee ist in der gestrigen Sturmnacht um 4 Uhr gefallen.

Einem bösen Ausgang hat für die 37 Jahre alte Blätterin Klara Dreinkow ein Langvergnügen gehabt, daß sie Dienstag Abend im Casseler Ballsalon mitmachte. Man fand das Fräulein, das in der Chorinerstr. 57 wohnt, gestern Morgen um 7 Uhr hilflos an der Ecke der Kochstraße in der Nähe der Stadtbahn liegen. Da sie aus einer schweren Kopfverletzung blutete, so nahm ein Schuhmann des 14. Reviere sich der Verunglückten an und brachte sie in ein Krankenhaus. Wie sie in die Lage gekommen war, ist noch nicht ansatzbar. Die Verletzte selbst giebt an, sie sei nach dem Tanze der Aufforderung mehrerer Schlächter, mit ihnen eine Bierreise zu machen, gefolgt, dabei schwer betrunken gemacht und schließlich von einem der Männer mit einem Messer gestochen worden.

Zu erschließen versuchte sich auf einem Grabe des alten Jacobi-Kirchhofs am Vollzug der 34 Jahre alte Kaufmannsgehilfe Georg Keyser aus Schöneberg, Golystr. 48 wohnhaft. Auf den Schatz herbeieilende Leute hielten schließlich einen Arzt, welcher den Schwerverwundeten nach dem Krankenhaus am Urban bringen ließ. Die Motive des Selbstmordversuchs sind unbekannt.

Zu einer behördlichen Untersuchung hat ein Unfall mit tödlichem Ausgange Veranlassung gegeben, der sich vor einiger Zeit in einem Hause in der Brangelstraße zugetragen hat. Der 59 Jahre alte Buchbindermeister Karl Hod aus der Mantuffelstraße 11 befand sich dort um 12 1/4 Uhr nachts in einer Schankwirtschaft und wollte sich auf den Hof begeben, um aufzutreten. Dabei fiel er die Treppe hinab und zog sich einen schweren Beinbruch, Kopfwunden und innere Verletzungen zu, die anscheinend eine Bauchfellentzündung zur Folge hatten. Der Verunglückte ist im Krankenhaus am Urban seinen Verletzungen erlegen und die Leiche beschlagnahmt und bis heute noch nicht freigegeben worden. Wie es scheint, ist der Birth insofern für den Unfall verantwortlich, als er die vorgeschriebenen Laternen nicht brennen hatte.

Durch Uebertreten verunglückt ist Dienstag Abend um 7 Uhr an der Ecke der Pruzen- und Neanderstraße die 37jährige Schneiderin Sophie Langhoff, die sich ohne Wohnung hier aufhält. Sie gerieth so unglücklich unter einen Kollwagen, daß ihr ein Rad über den Kopf ging und das Gehirn klopfte.

Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen wurde in der Nacht zum Mittwoch an einem dreizehnjährigen Mädchen begangen. Kurz vor 12 Uhr begegneten Straßenpassanten am Hermannplatz, Ecke Kottbuserdamm, einem nur mit Hemd, Strümpfen und Unterrock bekleideten Mädchen, das in eiltiger Flucht einherlief. Das Kind wurde angehalten und erklärte, die dreizehnjährige Klara Just, wohnhaft Kottbuserdamm 72, zu sein. Sie gab dem „B. Z.“ zufolge an, daß sie am Abend von einem Mann angezogen worden sei, der ihr Bonbons und die Befestigung einer Schaubude in Aussicht stellte. Sie ging mit dem Mann auch nach dessen Schaubude in der Hasenheide, vis-à-vis der Neuen Welt. Dort that ihr der Unhold Gewalt an. Es gelang dem Kinde später, nothdürftig bekleidet, zu entkommen. — Die Straßenpassanten, die das Mädchen anhielten und besonders ein in der Nähe wohnender Restaurateur umhüllten es mit Decken und be-

**Gerhart Hauptmann's „Weber“** sind am Sonntag Abend im Dagmar-Theater zu Kopenhagen aufgeführt worden. Schon vorher hatte allerdings das „Freie Theater der Arbeiter“ das vielumstrittene Werk auf eigener Bühne dargestellt; doch blieb das Interesse an dieser Aufführung fast einzig auf die Kreise unserer Parteigenossen beschränkt. Bei der Premiere am Sonntag wurde, wie das „Berliner Tagebl.“ meldet, von den oberen Rängen aus demonstrativ applaudirt, das Parterre nicht. Interessant ist die Rezension der Zeitung „Politiken“: „Hauptmann redet nicht die Sache der Revolution, er löst nicht Probleme oder zeigt Auswege, er gehet weder der Bürgerschaft, noch den Arbeitern, er ist Dichter für alle, welche die Kunst ehren und lieben. Was er in den „Webern“ gegeben hat, kann man die Psychologie des Aufstandes nennen. Man kann in der deutschen Literatur die Linie ziehen von Schiller zu Hauptmann, von Wilhelm Tell zu den „Webern“. Und man kann den Unterschied von zwei Zeiten und zwei Temperamenten in der merkwürdigen Gleichheit und der tiefen Uebereinstimmung dieser Schauspiele messen. Es ist der helle Dichter und der politische Idealist, und es ist der tief bekümmerte soziale Beobachter, welche beide das Drama des Aufstandes geschrieben haben. Ist der Grundton verschieden, ist die Kunst es auch. Aber Hauptmann ist nicht geringer als Schiller.“

Karl Marx an der Wiener Universität. Zum ersten Male, so berichtet das „Neue Wiener Tageblatt“, wird jetzt an der Wiener Universität ein Kolleg über Karl Marx gelesen, welches unentgeltlich und auch Nichtstudirenden zugänglich ist. Dozent Dr. Heilbogen, der diese Vorlesungen vor einer zahlreichen Hörschule, darunter vielen Damen, dieser Tage eröffnete, erklärte einleitend, er sei sich der Schwierigkeit, unter den gegenwärtigen Verhältnissen an einer Hochschule über Karl Marx zu lesen, wohl bewusst; aber obwohl Karl Marx seiner ganzen Anlage nach dem Geiste des Aufstieges in sich berge, sei er für die Wissenschaft von so enorm großer Bedeutung geworden, daß es wohl gerechtfertigt erscheine, über diesen großen Nationaldramen ein eigenes Kolleg an der Universität zu lesen. — Wenn dem guten Dr. Heilbogen beim Zittren dieses umstürzlerischen Geistes nur nicht grauselig wird.

gaben sich mit ihm nach dem Ort der Verbrechen, den das Kind angegeben wußte. Als sie sich der Schaubude näherten, trat ein Mann heraus, den das Mädchen, vor Entsetzen schreiend, als den Betrüber der schändlichen Handlung bezeichnete. Er wurde sofort von kräftigen Häupten gepackt und der Polizei übergeben.

**Aus dem Polizeibericht vom 4. November.** Gestern Nachmittag sprang der obdachlose Schuhmacher Hermann N. von der Admiralbrücke in den Landwehrkanal, wurde aber von Schiffen noch lebend aus dem Wasser gezogen, durch einen Schuhmann und einen Krankenwärter ins Leben zurückgerufen und darauf nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — Vor dem Grundstücke Wienerstr. 64 fiel der an Krücken sich fortbewegende 78 Jahre alte Arbeiter, Friedrich Giesecke, durch den plötzlichen Anruf eines Statistikers erschreckt, hin und erlitt dabei außer einer Verletzung im Gesicht einen schweren Bruch des rechten Unterschenkels, so daß er in das Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. — Als Abends ein Schuhmann in der Danzigerstraße die Persönlichkeit des Führers eines Geschäftswagens wegen mangelnder Beleuchtung feststellen und das Pferd des freiwillig nicht haltenden Kutschers aufhalten wollte, wurde er zu Boden gerissen und eine Strecke weit mitgeschleift. Er erlitt dabei eine Quetschung des rechten Unterschenkels und mußte die Hilfe der Unfallstation II in Anspruch nehmen. An der Ecke der Prinzen- und der Annenstraße lief abends eine etwa 40 Jahre alte Frau gegen einen Kollwagen, wurde überfahren und am Kopfe so schwer verletzt, daß sie bewußtlos liegen blieb. Sie wurde nach der Wache des 27. Polizeireviere und von dort nach der Charitee gebracht.

### Aus den Nachbarorten.

Die städtische Volksbibliothek in Charlottenburg ist nunmehr in der Oranienstr. 2 eröffnet worden. Der Magistrat hat nach eingehenden Ermüdungen von der Einrichtung eines Lesesimmers abgesehen, die Bibliothek soll täglich von 7—8 Uhr abends zur Entleihung von Büchern für Jedermann ohne erschwerende (?) Formalitäten geöffnet sein.

Durch den Oktober-Unzug hat auch Charlottenburg einen ganz erheblichen Zuwachs an Bewohnern erhalten. Am 30. September dieses Jahres zählte Charlottenburg 140 990 Einwohner. Im Monat Oktober sind von außerhalb 11 495 Personen zugezogen. In derselben Zeit sind nach außerhalb 5216 Personen verzogen, so daß sich augenblicklich die Einwohnerzahl Charlottenburgs auf 147 269 bezieht.

Bei der Hubertusjagd am Dienstag hat der Rentier Polstly aus den Hülfsrenten seinen Tod gefunden. Er hatte sich verschiedenen Bekannten angeschlossen, um den aus Anlass der Hubertusjagd in Grünwald stattfindenden Ill mitzumachen und man veranlaßte dort eine Jagd auf ein mitgenommenes Ferkel. Bei der Verfolgung des aufgeschreckten Thieres brach P. plötzlich zusammen. Er wurde, da er sich nicht wieder zu erheben vermochte, zunächst nach Steglitz und von dort auf Anordnung eines hinzugezogenen Arztes mittelst Bahn nach Berlin gebracht und verstarb wenige Minuten nach Einlieferung in seine Wohnung. Der Tod war, wie der Arzt feststellte, durch die Folgen eines Schlaganfalls herbeigeführt.

Beim 2. Garde-Feld-Artillerie-Regiment in Potsdam, gegen dessen Mannschaften erst im Hochsommer Disziplinar-maßregeln verhängt waren, weil eine Anzahl Artilleristen beim Baden in der Havel in standalöser Weise den Anstand verletzt hatten, ist seit Montag wiederum von dem Regiments-Kommandeur mit scharfen Maßregeln, Strafpattouillen u. s. w. vorgegangen worden. Veranlassung dazu hat ein Vorfall, der am Sonntag in Redlich passirte. Das Dienstmädchen eines dortigen Restaurateurs wurde abends spät von einem Artillerie-Offizier in unzüchtlicher Weise belästigt. Als der Mensch von dem Mädchen abgewiesen wurde, versuchte er ihm Gewalt anzuthun. Auf die Hülfsrufe des Mädchens kam ein Sergeant von dem Regiment hinzu, gegen den der Gezeigte sehr ausfallende Redensarten gebrauchte; er unterstellte ihm sogar, er selber habe unlautere Pläne gegen das Mädchen. Schließlich ergriff der Gezeigte die Flucht. Durch Prüfung der Urlands-karten gelang es aber, noch am Sonntag Abend den Mann zu ermitteln. Er sollte am Montag in Untersuchungshaft gebracht werden, doch gelang es ihm zuvor, zu entweichen. Er lief nach der nahe gelegenen Havel und ertränkte sich dort. Seine Leiche ist bereits gefunden. Ein ähnlicher Vorfall passirte auch am Sonntag Abend in Bornstedt dem Dienstmädchen eines dortigen Restaurants, das ebenfalls von einem Artilleristen in unfittlicher Weise bedrängt wurde.

**Aus Kottbus** wird uns von parteigenössiger Seite geschrieben: In der Nacht vom 26. zum 27. Oktober hat sich im Hippodrom in Berlin der Weber Paul Kuhnert erschossen. Als die lakonische Mittheilung im Polizeibericht in der Nummer 254 des „Vorwärts“ vom 29. Oktober erschien, wird kein Leser irgend welches Gewicht darauf gelegt haben. Als die Mittheilung des Berliner Polizeipräsidiums an seinen hier in Kottbus wohnenden Bruder eintraf, war es allen ein Rätsel, was den treuen und braven Genossen im Alter von 29 Jahren in den Tod getrieben. Nahrungsvorgen können als ausgeschlossen gelten, da er im vorigem Jahr eine Erbschaft gemacht hatte. Kuhnert, der bis vor ungefähr zwei Jahren hier ansässig war, zählt unbedingt mit zu den thätigsten, bravsten Genossen. Unermüdet, jede freie Stunde der Agitation widmend, sind ihm große Erfolge nicht nur in seinem, im hiesigen Wahlkreis liegenden Heimathskreise, sondern auch in Kottbus hat er durch die rührige Agitation sich ein lebendes Andenken geschaffen. Nur ungern haben wir ihn vor 2 Jahren nach Neumünster übersiedeln. Kuhnert wird den hiesigen Genossen stets ein Vorbild bleiben, nie in der Agitation zu erlahmen. Möge ihm die Erde leicht sein.

### Gerichts-Beitrag.

Eine wichtige Entscheidung, Kommunalwahlen betreffend, hat am 4. November der II. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts gefällt. In Wattenscheid wurde im vorigen Jahre ein Herr Gut zum Stadtverordneten gewählt, und zwar siegte er mit 879 Stimmen, während seine Gegner 878 Stimmen aufgebracht hatten. Die Wahl erklärte dann später der Bezirksauschuss für ungültig, weil die eine Stimme seiner Ueberzeugung nach von einem nicht stimmberechtigten Einwohner herrührte. Gegen das Urtheil legte die Stadtverordneten-Versammlung die Berufung ein. Der Kläger und Berufungsbelegte, Amtgerichtssekretär Stumpf, verwies vor dem Ober-Verwaltungsgericht darauf, daß im Jahre 1894 wohl die sogenannte Bürgerrolle (Liste der stimmberechtigten Bürger) in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit vom 15. bis zum 30. Juli zur Einsicht ausgelegt habe, daß sie jedoch nicht ordnungsmäßig aufgestellt gewesen sei. Die Namen der Wähler sämtlicher Klassen seien alphabetisch hinter einander geordnet gewesen und bei jedem Namen habe zur Kennzeichnung der Wählerabtheilung des Wahlberechtigten eine Ziffer (I, II oder III) gestanden. Zugabe wäre allerdings, daß vom 6. bis 19. November eine besondere Liste der Wahlberechtigten der III. Klasse, in der Gut gewählt wurde, ausgelegt habe. Betreffs ihrer sei aber zu beachten, daß sie nicht während der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit ausgelegt habe. Der Senat fällt nun folgende Entscheidung: Die Ungültigkeitserklärung der Wahl sei zu bestätigen, wobei aber die Gründe des Bezirksauschusses ganz außer Betracht bleiben könnten. Die Bürgerrolle in der Gestalt, wie sie vom 15. bis 30. Juli ausgelegt habe, könne nicht als geeignete Liste für das Wahlverfahren angesehen werden, weil sie nicht di-

verschiedenen Wählerklassen von einander scheidet. Die Zahl hinter den Namen genüge nicht. Dieser Mangel hätte nachträglich immerhin durch Auslegung einer anderen ordnungsmäßigen Liste geholt werden können. Das sei denn auch hier theilweis geschehen. Sei nun auch der Zeitpunkt der Offenlegung der Liste nicht gerade entscheidend, so verhalte es sich doch wesentlich anders mit der Zeitdauer. Gefehlich vorgeschrieben seien 15 Tage, in diesem Falle habe die bedeutungslose aber nur 13 Tage ausgelegen, vom 6. bis 19. November. Für gewöhnlich möge es ja auf die fehlenden zwei Tage nicht ankommen, in diesem Falle sei aber zu beachten, daß die Gültigkeit der Wahl von einer Stimme abhing; die Nichtbeachtung der 15-tägigen Frist sei hier demnach ein sehr wesentlicher Mangel und deshalb ausschlaggebend.

**Prügelzene im Gerichtssaal.** Fünf schwere Jungen, nämlich Arbeiter Otto Seidlitz, Steinmetz Friedrich Thüne, Arbeiter Oskar Amrell, Schlächter Joseph Wolf und Arbeiter Hermann Grosse, führten gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II eine arge Radaufzene auf. Die jungen Burchen, die das 20. Lebensjahr zum Theil noch nicht vollendet, zum Theil erst wenig überschritten haben, sämmtlich aber schon vielfach vorbestraft sind, haben in einigen 20 Fällen Vandalendiebstahl verübt. Sie haben in Berlin, Weissenhof, Grünau und Spandau Garderobenstücke von den Aushängen der Kleiderläden gerissen, Schantelassen erbrochen und andere Diebstahle ausgeführt. Der Angeklagte Thüne hat vor der Polizei und dem Untersuchungsrichter ein offenes Geständnis abgelegt, so daß aber in der Hauptverhandlung zurück, weil ihm Amrell im Gefängnisse gedroht hatte, er werde ihn todt schlagen. Mit Rücksicht auf diese Drohung umgaben mehrere Gerichtsdiener die Anklagebank, sie konnten es aber nicht verhindern, daß in dem Augenblick, in welchem der Gerichtshof sich zur Berathung zurückzog, Amrell sich auf den jungen Thüne warf, diesen mit einem Faustschlag zu Boden schlug und nun weiter auf denselben einhieb. Die übrigen drei Gefangenen deckten den Schläger, so daß die Beamten gezwungen waren, den Amrell über die Barriere zu ziehen. Jetzt versuchte der wüthende Mensch die Kisten, ein Brecheisen und ein halbmeterlanges Schlachtmesser, welche vor dem Richtertische lagen, zu erreichen, diese wurden aber eiligst hinweggeräumt, ebenso die eisernen Spuchnäpfe, die Tintenfässer und sonstige Gegenstände, die als Wurfgeschosse geeignet gewesen wären. Amrell biß aber um sich und schlug mit den Fäusten. Vier Beamte hatten Mühe, ihn auf die erste Stufe des Podiums, auf welchem der Gerichtshof sitzt, niederzubringen und ihn hier mit der Fessel an jeder Hand niederzuhalten. In dieser Situation begann Amrell plötzlich mit gut geschulter Stimme zu singen: „Stille Nacht, heil'ge Nacht!“ und als der Staatsanwalt dies unterbrach, sang er: „O Sonnenburg, o Sonnenburg, wie stark sind deine Gitter!“ Ein Beamter gab ihm den Rath zu singen: „Neb' immer Treu' und Redlichkeit“, der Angeklagte setzte auch ein, meinte aber plötzlich: „Nein, das singe ich nicht!“ Jetzt erschien der Gerichtshof und verkündete das Urtheil. Amrell und Seidlitz erhielten je 9 Jahre Zuchthaus, Thüne 6 Jahre Zuchthaus, Wolf 1 1/2 Jahre Zuchthaus, Grosse wurde freigesprochen. Amrell mußte in Fesseln abgeführt werden.

Der Schlosser Neuter, der am 2. August im angetrunkenen Zustande in der Himmelfahrtskirche Unfug getrieben, ist gestern von der 7. Strafkammer des Landgerichts I zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Zu dem Arbeiter-Turnverein in Frankfurt a. M. sah die Behörde eine „Verreinigung, die auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckt“. Da der Vorsitzende, Genosse Böller, das Statut und das Mitgliederverzeichnis der Polizei nicht eingereicht hatte, erhielt er deshalb ein Strafmandat in Höhe von 30 M. Böller beantragte richterliche Entscheidung und befrucht, daß der Verein auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. Schöffengericht und Landgericht sprachen ihm demnach frei. Die Strafkammer fand keine thatsächlichen Anhaltspunkte für die Annahme, daß der Verein ein solcher im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes sei, das heißt die behauptete Einwirkung bezwecke und deshalb verpflichtet sei, durch seinen Vorsteher das Mitglieder-Verzeichnis und Statut der Ortspolizeibehörde auszuliefern. Die politische Stellung der einzelnen Mitglieder berühre die Oeffentlichkeit nicht, auch könne nur eine direkte Einwirkung in Frage kommen. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte besonders geltend, daß die Darlegungen des Landgerichts irrtümlich seien. Allerdings würde durch die politische Ansicht des Einzelnen die Oeffentlichkeit nicht berührt, anders liege aber die Sache, wenn mehrere Einzelne durch gegenseitige Aussprache auf ihre politische Gesinnung einzuwirken trachteten, wenn darauf hingearbeitet würde, daß die politische Gesinnung Einzelner auch die Anderer werde. Und daß in einem größeren Kreise nur eine politische Gesinnung vertreten sei, könne nicht ohne Einwirkung auf die Oeffentlichkeit bleiben; daß diese Einwirkung aber eine direkte sein müsse, gebe aus dem Wortlaut des Vereinsgesetzes nicht hervor. Außerdem werde sich aus jeder indirekten eine direkte entwickeln. Der Strafsenat des Kammergerichts erkannte diese Ausführungen des Staatsanwalts als richtig an, wies aber dennoch die Revision zurück, weil das Landgericht thatsächlich nicht festgestellt hatte, daß eine solche Agitation im Verein betrieben sei.

**Stöcker-Prozess.** Aus Saarbrücken wird vom Mittwoch berichtet: In dem Prozesse des Hofpredigers a. D. Stöcker gegen den Chefredakteur der „Neuen Saarbrücker Zeitung“, Schwuchow, erachtete der Gerichtshof eine Beweiserhebung nothwendig über die Behauptung des Beklagten, Stöcker habe sich vor der Oeffentlichkeit Unwahrheiten schuldig gemacht, sodas der Beklagte berechtigt gewesen sei, ihm bürgerliche Ehrlichkeit und kirchliche Lauterkeit abzusprechen; ferner soll eine Beweiserhebung darüber angestellt werden, ob Stöcker seine Stellung als Hofprediger durch Täuschung erschlichen habe, und schließlich, ob Stöcker den Rath seiner politischen Freunde, gegen seine Gegner gerichtliche Vorgehen, aus dem Geiste der Beröhnung heraus oder aus Furcht vor der Oeffentlichkeit unbesolgt gelassen habe. Der Gerichtshof beschloß als Zeugen zu vernehmen den Kfessor Bredes, die Redakteure Oberwinder, v. Graef, den Obersten von Krause, die Pastoren Rehtler, Hille, Engel, Witte, Professor Brecher, den Redakteur Trojan, den Rechtsanwalt Medem, Freiherrn von Mantuffel, Grafen Zietzen-Schwerin und Grafen Bernstorff.

### Gewerkchaftliches.

Aufruf an die Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen in Deutschland! Kollegen! Die Arbeitslosigkeit in den Reihen der Maschinisten und Heizer nimmt in erschreckendem Maße zu. Heizer, welche Jahre lang in Stellung waren, werden durch die Aufstellung von Elektromotoren und durch die Entnahme des elektrischen Lichtes von den Zentralen entbehrlich gemacht und dann erbarmungslos auf die Straße geschickt. Dabei giebt es wohl kaum eine Arbeiterkategorie, die eine so unendlich lange, mit der größten körperlichen Anstrengung verbundene Arbeitszeit hat, als die Heizer und Maschinisten. Trotz der strafrechtlichen Verantwortlichkeit und der geringen Löhne wird der Maschinist und Heizer nicht selten zu Nebenarbeiten herangezogen, eine Anordnung, die im Widerspruch zur Betriebsvorschrift steht, die verlangt, daß der Kesselwärter seinen Posten nicht verläßt. Verweigert er aber die Nebenarbeiten, so ist ihm der Verlust seiner Stellung sicher. Kollegen! Wollt Ihr eine Besserung der Zustände im Beruf herbeiführen, so tretet unserer Organisation, dem Maschinisten- und Heizer-Verband bei, der seinen Sitz in Berlin hat und 84 Filialen

Abt. Der Verband hat die Aufgabe, seine Mitglieder theoretisch sowie praktisch zu unterweisen. Wie notwendig dies ist, geht wohl daraus hervor, daß in den letzten 18 Jahren 289 Dampf-Explosionen vorgekommen sind, wobei 226 Personen, meist Maschinen und Geizer, ihr Leben verloren haben. Weiter unterstützt der Verband seine Mitglieder u. a. in Sterbefällen, ferner unterhält er eine Stellenvermittlung, gewährt Rechtschutz und liefert ihnen eine eigene Fachzeitschrift. Kollegen in Orten, wo es keine Filialen giebt, können dem Verband als einzelne Mitglieder beitreten. Zu näherer Auskunft und zur Uebersendung von Statuten ist gern bereit R. Kirchner in Berlin S. O., Bückerstr. 14.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Achtung, Textilarbeiter!** Der Zug von Spinnern und Ausseheren nach Erlangen ist unerwünscht. Alle arbeiterfreundlichen Blätter in Zu- und Auslande werden um Abdruck dieser Notiz gebeten. Die Kommission. J. N.: E. Weil.

**Achtung, Otmacher!** Infolge eines 10-40 prozentigen Lohnabzuges und weil sich der Fabrikant zu keiner Einigung herbeiließ, legten sämtliche Arbeiter der Otmabrik von Lietmann in Kottbus gemeinsam die Arbeit nieder. Es wird versucht, den Zug streng fern zu halten. Alle Zuschriften sind zu richten an Gustav Krüger in Kottbus, Berlinerstr. 52.

Ein Droschkentauscher-Streit ist in Lauban ausgebrochen. Die Droschkenbesitzer beklagen sich darüber, daß ihnen die Hotelkonditionen zu große Konkurrenz machen, und daß sie, obwohl jene Konkurrenz eine ausgiebige Fahrgelegenheit nicht ermöglicht, dennoch zu jedem Zuge bei Tag oder Nacht in gewisser Anzahl auf dem Bahnhof gegenwärtig sein müssen, und daß ihnen ferner unterlagt ist, außerhalb des Reichsbildes der Stadt Fuhrer zu liefern. Auf eine Beschwerde an die Polizeiverwaltung ist, wie gemeldet wird, den Droschkenbesitzern die trodene Antwort zu teil geworden, daß sie, wenn ihnen die Verhältnisse nicht paßten, ihre Konzession abmelden könnten. Dieser Bescheid hat die Kutscher natürlich mit großer Entrüstung erfüllt, und sie haben gethan, was man ihnen gerathen, nämlich einmüthig ihre Konzession bei der Polizei abgemeldet. Die Droschkentauscher hatten nun die Absicht, gelegentlich mit ihren Pferden Privatfahrten, zu denen im allgemeinen jeder Privatmann berechtigt ist, zu leisten, die Laubaner Polizei erblickt aber darin eine Umgehung der Konzessionspflichtigkeit, und so wurden sämtliche Droschkenbesitzer auf die Polizei bestellt, wo man ihnen mit Konfiskation ihres Gespanns drohte, falls sie noch einmal eine Privatfuhrer machten.

**Aus Lübeck.** Nachdem das Emaillirwerk von Thiel und Söhne es vorläufig abgelehnt hat, sich mit den Streikenden vor dem Gewerbegericht zu einigen, haben diese mit der Aufstellung von Lohnforderungen geantwortet. Was sie hatten sie nur verlangt: 1. Einstellung sämtlicher gemahrgangener Arbeiter, 2. Austritt der Fabrik aus dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen Lübecks, 3. von den am Streit beteiligten Personen darf niemand gemahrgangelt werden. Die neuangelegten Forderungen lauten: 1. Sicherung des Lohnes bei Akkordarbeit, 2. eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde für alle diejenigen, welche bisher unter 30 Pfennig Lohn hatten; ferner ein Minimallohn von 25 Pfennig für Arbeiter, für Arbeiterinnen ein Minimallohn von 15 Pf., für gelernte Arbeiter 30 Pf., Wartelunden werden im Lohn berechnet; 3. für die ersten zwei Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 83% pSt., für weitere Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 50 pSt.; 4. Aushängung eines Akkordtarifs in allen Werkstätten; 5. Aushängung einer Tabelle in der Klempnerei, aus welcher ersichtlich ist, wann der Stücklohn aufhört und wann der Massenakkord beginnt; 6. Einsetzung einer Beschwerde-Kommission; 7. bei Abnahme fertiger Waaren wird dem betr. Fabrikanten ein Arbeiter der Emaillir zur Kontrolle beigegeben; Ende jeder Woche wird ein Tarif ausgehängt, aus welchem ersichtlich, was die Arbeiter verdient haben.

Der Zug von Schlossern, Schmieden, Drechern, Klempnern, Verzinnern, Brennern und sonstigen Hilfsarbeitern ist streng fern zu halten.

In Rostock legten sämtliche Steinweber der Firma A. Schrage wegen 25 prozentigen Lohnabzuges die Arbeit nieder. Zug ist fern zu halten.

Die Formsteker Harburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen: Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes, Ausschlag für Ueberstunden, Hausarbeit fällt weg. Sämtliche Forderungen wurden von den Prinzipalen abgelehnt, da sie bei den herrschenden Preisen vorläufig nichts bewilligen könnten. Bei E. W. Sille haben vier Mann die Arbeit niedergelegt, die Herren Bretschneider u. Ko. haben sich Bedenkzeit bis Donnerstag Abend erbeten. Zug ist strengstens fern zu halten. Alle Anfragen sind zu richten an die Lohnkommission der Formsteker Harburgs, pr. Adr. Lamprecht, Karnapp 11.

Auf dem Harburger Eisenwerk vormals Lehne u. Herz streiken 12 Former. Unpassende Behandlung durch einen Meister soll die Ursache sein.

In Hamburg ist zur Schlichtung der Differenzen über die in der Konfektion vereinbarten Arbeitsbedingungen eine Art Schiedsgericht errichtet worden, dem drei Mitglieder der Agitationskommission der Schneider und je ein Vertreter der Konfektionsfirmen Göders u. Weltmann, Wasing u. Zeyn und Rehmias angehören.

Der Streit der Wagenführer der Straßenbahn ist, wie der „Hamburgische Korrespondent“ berichtet, der Hauptsache nach als beendet zu betrachten, nachdem die meisten Fahrer ihren Dienst wieder angetreten haben. Einzelne Depots, wie z. B. das in der Angerstraße und am Hauptweg, sollen sich überhaupt nicht an der Streikbewegung beteiligen; andere, z. B. das größte von allen in Falkenried, hätten vollständig die Arbeit wieder aufgenommen. Die Direktion habe einen Theil der Forderungen bewilligt.

In Ottenen legten in der Papierwarenfabrik von Treu u. Co. 29 Mädchen, 3 Hilfsarbeiter und 4 Buchdrucker die Arbeit nieder. Sie fordern u. a. Verkürzung der Arbeitszeit und Aufhebung der Löhne. Die Firma wollte keine verbindende Erklärung geben, wobei sie sich auf die Konkurrenz der Zuchtindustrie berief. Hierauf stellte das Personal die Arbeit ein, verblieb jedoch ruhig auf der Arbeitsstätte. Die Geschäftsführung sah sich nun veranlaßt, da keine Maschine sich rührte, die Dampfmaschine zu stoppen und das Personal die Dings, die da kommen sollten. Und siehe da, es dauerte nicht lange, da erschien die heilige Herronad in Gestalt eines Polizeikommissars und fragte galant: „Meine Damen, wollen Sie nicht zu den alten Löhnen weiterarbeiten?“ Als auf diese Frage ein einmüthiges Nein erfolgte, hieß es: „Dann verlassen Sie das Arbeitstotal.“ Diesem polizeilichen Dunkele wurde natürlich sofort Folge geleistet.

Der Maurerstreik in Odenburg hat 8587,38 M. gekostet. Vergeltend scheint er nicht gewesen zu sein; nach der Angabe der Streikkommission ist drei Wochen nach Beendigung des Ausstandes der Lohn erhöht worden, so daß zwei Drittel der Forderungen gewonnen seien.

In Frankfurt a. M. dauert der Streit der Hof-Möbelfabrik von Schneider und Hanau fort. Die Bildhauer haben sich mit den ausländischen Tischlern solidarisch erklärt und ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Die Tapezierer werden wahrscheinlich das gleiche thun.

In Dresden hat sich das Gewerkschaftskartell neue Statuten geschaffen, wonach sich diese Vereinigung zur Aufgabe macht, statistische Erhebungen über die gewerkschaftliche Thätigkeit am Ort zu pflegen.

Es wurde noch beschlossen, zur Regelung der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung einen Genossen von seiner bisherigen Berufsthätigkeit zu entbinden und ihn zum Arbeitersekretär zu wählen.

In Leipzig haben in der Buchdruckerei von Hartmann u. Wolf 12 Sezer wegen Tarifkonflikts die Arbeit niedergelegt. Es ist dies der erste Fall, der das dortige neuerrichtete Buchdrucker-Schiedsgericht beschäftigen wird.

Der Ausstand der Drechsler ist für beendet erklärt. Zu den bewilligten Forderungen arbeiten rund 170 Holzdrechsler. 35 von 200 am Plage beschäftigten Holzdrechslern haben sich an der Bewegung nicht betheiligigt.

In Mainz wird nächsten Sonntag von vormittags 10 Uhr ab im Lokal zum Rebstockchen, Rischgarten 14, die Konferenz der Gewerkschaftskartelle von Hessen, Hessen-Raffau und Umgebung abgehalten. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Die Thätigkeit der Gewerkschaftskartelle und ihre Beschäftigung mit Sozialpolitik, Referent Dr. Quarc aus Frankfurt; 2. die Zwangsuntersuchungs-Vorlage, Referent Hochmann; 3. die Agitation unter den nichtorganisierten Arbeitern, besonders den Schiffen und den weiblichen Arbeitern, Referent Harasin aus Mainz; 4. die Regelung der Boykottfrage und die Thätigkeit der Kartelle bei ausbrechenden örtlichen Streiks, Referent Liebmann aus Mainz; 5. Anträge und Anfragen verschiedenen Inhalts.

**Aus Dänemark.** In der Wollspinnerei der Gebrüder Verner in Silkeborg hat das Personal die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter verlangen eine Lohnhöhung um 2 Dore pro Stunde (28 Dore für Tagarbeit und 30 Dore für Nachtarbeit für die Spinner), für die übrigen Arbeiter einen Stundenlohn von 25 Dore für Tagarbeit, 27 Dore für Ueberstunden und 30 Dore für Nachtarbeit. Uebrigens wünschen die Arbeiter die Einschränkung der Nachtarbeit. Die Fabrikanten lehnten jede Verhandlung ab, weshalb es zum Streik kam.

In Weisse sind während der letzten Monate vier neue Fachvereine gegründet worden, und zwar von den Buchdruckern, Textilarbeitern, Mälergefellern und Schlächtern. Es giebt in Weisse nun 24 Gewerkschaften mit ca. 1200 Mitgliedern, während der Ort nur 9000 Einwohner hat.

**Aus Schweden.** Der Hafenarbeiter-Verein in Stockholm beschloß, eine Agitation zu veranstalten für Gründung eines schwedischen Transportarbeiter-Vereins, der mit dem in London bestehenden internationalen Verband Fühlung halten soll.

Ueber die Ursache des Telephonarbeiter-Streiks in Stockholm erfahren wir, daß der Lohn der Kabelleger von 35 auf 30 Dore herabgesetzt werden sollte. Die Telephongesellschaft zahlte überhaupt schon schlechte Löhne. Außerdem suchte sie die Organisation der Arbeiter in jeder Weise zu bekämpfen.

Die Schneider in Söderhamn haben den Unternehmern einen einheitlichen Lohnarif vorgelegt. Bis jetzt herrscht in den Arbeitsverhältnissen die reinste Anarchie.

**Belgische Bergarbeiter-Vereinigung.** Der letzte Bergarbeiter-Kongress hat eine Kommission beauftragt, zu untersuchen, ob jetzt eine Lohnhöhung erreicht werden könne. Diese Kommission hat nun ein Kundschreiben an alle Unternehmer gerichtet, worin eine Erhöhung der Löhne mit Rücksicht auf den ausgezeichneten Stand des Kohlenmarktes gefordert wird.

**Aus Perpignan im französischen Departement Ost-Pyrenäen** berichtet die „Kaufmännische Presse“: In einem Akt der Selbsthilfe schritten die hiesigen Handlungsgesellen. Nachdem sämtliche Baarenhäuser der Stadt sich durch Unterschrift verpflichtet hatten, ihre Lokale um 7 Uhr abends zu schließen, belicte es nach einiger Zeit einem belgischen Schuhwaren-Händler, welcher ebenfalls unterschrieben hatte, wieder bis spät abends offen zu halten. 200 Gesellen ungesähr versammelten sich auf dem Plage und bombardierten das Magazin mit Tomaten; als der Belgier in seiner Ueberstürzung erschien, warf man ihm Knäueln ins Gesicht und drohte, die großen Gekerkerten zu zertrümmern, wenn nicht geschlossen würde. Die Polizeimannschaften konnten die Menge nicht zerstreuen, erst nachdem der Polizeidirektor, welcher, wie in Zeiten des Aufbruchs, die Schärpe angelegt hatte, auf dem Plage erschienen war und dem Belgier befohlen hatte, das Magazin zu schließen, verließ sich die Menge unter Hochrufen auf den Polizeidirektor und unter Verpötlung des Belgiers.

**Aus London** berichtet die Allgemeine Korrespondenz: Der Exekutivrat des internationalen Verbandes der Schiffs-, Dock- und Hafenarbeiter hielt am letzten Sonntag eine geheime Sitzung ab, in welcher Delegierte von allen Häfen des Vereinigten Königreichs, von Flensburg, Antwerpen und Rotterdam anwesend waren. Der Exekutivrat hat die Hamburger Dockarbeiter davor gewarnt, allein vorzugehen, und diese Warnung wurde beachtet. Die Aussichten auf Frieden sind nicht groß. Die Frachten sind in den letzten Wochen sprunghaft in die Höhe gegangen, und im Schiffsbau herrscht regere Thätigkeit als seit langem. Was die Frachten anbetrifft, so nahmen vor zwei Monaten Dampfer von Brasil nach den Donahäfen Fracht zu 18 Schillinge die Tonne. Letzte Woche war sie auf 24 Schillinge die Tonne gestiegen. Die Frachtsätze für Ost von Smyrna nach London haben sich verdreifacht. Jetzt glaubt der Gewerksverein, die bisherigen Forderungen seien viel zu maßvoll. Vor Mitte November soll aber der Kampf nicht beginnen.

## Soziales.

**Alters- und Invalidenversicherung.** Nach der im Reichsversicherungsamt angefertigten Zusammenstellung, die auf den Mittheilungen der Vorstände der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht, betrug die Zahl der seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bis einschließlich 30. September 1896 von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten 204 688; davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Bezugs von Unfallrenten oder aus anderen Gründen in Wegfall gekommen 53 818, so daß am 30. September 1896 laufend waren 151 075.

Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten betrug 289 818, davon sind infolge Todes oder Auswanderung der Berechtigten oder aus anderen Gründen in Wegfall gekommen 86 884, so daß am 30. September 1896 laufend waren 202 929. Beitragsrückstellungen sind bis zum 30. September 1896 bewilligt worden: a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind, 50 492, b) an die Hinterbliebenen von Versicherten 14 789, zusammen 65 281.

**Krankenkassenwesen.** Der Kranken- und Sterbefälle zu Eisenach (E. H.), dem Schiffer-Kranken-Unterstützungslausen-Verein zu Schönebeck (E. H.), der Schönebecker Baugewerks-Unterstützungskasse (E. H.) zu Schönebeck und Umgegend, der „Concordia“ (E. H.) in Krodorf, der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse zu Goslar (E. H.) und der „Germania“ (E. H.) in Weine ist vom preussischen Handelsministerium die Bewilligung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

**Für die Verschmelzung** sämtlicher in Rassel bestehender Orts- und Zunftkassen in einer Kasse erklärte sich eine Versammlung von Mitgliedern dieser Kassen, an der sowohl die Arbeiter wie die Unternehmer theilnahmen.

**Arbeitsverhältnisse in der schweizerischen Schuhindustrie.** Unser Züricher Korrespondent schreibt uns: Der Zentralverband des schweizerischen Schuhmacherverbandes hat auf grund von Erhebungen in den

Sektionen eine Broschüre ablassen und sie jüngst im Druck erscheinen lassen, die eine Darstellung der Verhältnisse in den Fabriken und Werkstätten giebt. Die schweizerische Schuhindustrie hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen. Während im Jahre 1888 nur 83 Schuhfabriken und 3755 Arbeiter, wovon 1865 weiblichen Geschlechts, gezählt wurden, gab es im Jahre 1895 bei Aufnahme der neuen Fabrikstatistik 52 Schuhfabriken mit 6567 Arbeitern, wovon 3345 weibliche. Die Zahl der Arbeiterinnen hat sich in dem siebenjährigen Zeitraum viel mehr vermehrt als die der Männer. Die Pferdekräfte stiegen von 145 auf 841. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in 27 Schuhfabriken mit 1882 Arbeitern 65 Stunden wöchentlich, in 8 mit 1799 Arbeitern 62 1/2, in 14 mit 1289 Arbeitern 60 und in 2 Fabriken mit 2079 Arbeitern 57 Stunden. In den Werkstätten der kleinen Meister müssen die Gehilfen 11-16 Stunden und darüber arbeiten. Ueber die Lohnverhältnisse in der Schuhindustrie berichtet der Fabrikinspektor Dr. Schuler, daß die jugendlichen Arbeiter, welche 30 pSt. des gesamten Personals ausmachen, einen Anfangslohn von 70 Cts. (= 56 Pf.) per Tag erhalten. Der tägliche Durchschnittslohn aller Arbeiter beträgt 2,61 Fr., für die Männer ausschließlich des Verwaltungspersonals 3,36 Fr. Nach Lohnklassen geordnet erhalten 52,7 pSt. der Fabrik Schuhmacher durchschnittliche Arbeitslöhne per Tag bis zu 2 Fr., 23,6 pSt. bis zu 3 Fr., 13,9 pSt. bis zu 4 Fr., 8,6 pSt. bis zu 5 Fr. und 5,2 pSt. darüber. Die Gehilfenlöhne betragen nach den Verbandsberhebungen per Woche in Lausanne 19 Fr., Luzern 18,25, Winterthur 16,60, Bern 20, St. Gallen 19, Genf 17,50, Locle 22, Neuchâtel 18,75, Biel 14,25, Basel 17,80, Zürich 17,35 bis 18,85 Fr.; das sind berechnete Durchschnittslöhne. Im Minimum und Maximum schwanken die Löhne von 10 Fr. (St. Gallen) bis 27 Fr. (Zürich). Die Wochenarbeiter erhalten nebst Kost und Logis 5 bis 11 Fr. per Woche bei derselben Arbeitszeit wie die Akkordarbeiter. Die Preise für Kost und Logis variieren zwischen 11 bis 12 Fr. in Zürich und 16 Fr. per Woche in Genf. Die Werkstatt-Verhältnisse bei den Meistern sind vielfach miserable und soweit die Gehilfen bei denselben Kost und Logis haben, auch diese; ist doch sogar noch die stinkende und schmutzige Schuhmacher-Werkstatt, in der den ganzen Tag über gearbeitet wird, als Schlafraum benützt. Zweifellos sind die Arbeiter in den Schuhfabriken bezüglich der Arbeitsverhältnisse noch unergieblich besser daran, als ihre Kollegen in den Werkstätten. Indessen stehen die einen wie die anderen der großen Mehrzahl nach den Organisationen noch fern; gehören doch von den etwa 10 000 Lohnarbeitern in der Schuhindustrie nur 500 bis 600 dem Schuhmacherverbande an. Am Schluß der Broschüre werden folgende Forderungen zur Verbesserung der Verhältnisse aufgestellt: Abschaffung der Akkordarbeit und Einführung eines Minimallohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Lieferung der Futuraturen durch die Unternehmer, Abschaffung des Kost- und Logiszwanges bei den Meistern, Entschädigung der durch Warten auf Arbeit veräuerten Zeit, gesunde Werkstätten. Seit 1880 fanden die Schuhmacher in 27 Lohnbewegungen und neun Streiks, wovon 18 vollen, 10 theilweisen und vier gar keinen Erfolg hatten. Die Kosten dieser Kämpfe betragen 10 642 Fr., welche Summe direkt als Unterstützung geleistet wurde. — Die schweizerischen Schuhfabrikanten sind besser organisiert; von den ca. 15 000 Schuhmachermeister gehören 1200 ihrem Verbande an und anßerdem besteht ein sehr gut organisirter Schuhhändler-Verband. Die Arbeiter stehen in der Organisation hinter allen diesen Unternehmern zurück und doch hätten sie dieselbe am nötigsten.

**Ueber die Lage des englischen Arbeitsmarktes** im Monat September veröffentlicht die amtliche „Labour Gazette“ in London eine Reihe von Daten, aus denen hervorgeht, daß gegenüber dem Monat August nur eine sehr geringe Veränderung in der Anzahl der Beschäftigungslosen zu konstatieren war, während im Vergleich mit dem September 1895 die Lage wie in den vorausgegangenen Monaten besser war. Von 110 Gewerkschaften mit 493 276 Mitgliedern, über die bestimmte Angaben vorliegen, waren 15 535 Mitglieder (3,6 pSt.) beschäftigungslos gegenüber 3,4 pSt. Beschäftigungslosen im August dieses Jahres und 4,9 pSt. im September 1895. Was die einzelnen Gewerke anbetrifft, so war im allgemeinen eine leichte Besserung zu konstatieren; ein Rückgang in der Beschäftigung fand dagegen statt im Maschinenbau, Schiffsbau, bei den Hafenarbeiten und in der Wäberei und Weberei.

An Arbeitseinstellungen waren 51 neue im Monat September zu verzeichnen, in die etwa 9000 Arbeiter verwickelt wurden, gegenüber 90 Streiks mit 13 000 Arbeitern im August dieses Jahres und 66 Streiks mit 10 000 Personen im September 1895. 15 von diesen Gewerkschaftskämpfen betrafen den Maschinen- und Schiffsbau, 11 das Baugewerbe, 8 die Textilindustrie, 5 die Bekleidungsindustrie, je 3 den Bergbau, die Steinbrüche und verschiedene Metallgewerbe, 1 die Dockarbeiter und 5 verschiedene andere Gewerbe; 48 neue und alte Gewerkschaftskämpfe, in die ungesähr 7000 Personen verwickelt waren, wurden beigelegt im Monat September. 22 davon mit 4016 Streikenden wurden zu gunsten der Arbeiter beendet; 11 mit 1329 Streikenden zu gunsten der Unternehmer; 7 mit 872 kamen auf ein Kompromiß hinaus; das Ergebnis der acht übrigen Streiks (mit 1000 Streikern) kann gegenwärtig noch nicht bestimmt klassifiziert werden.

Eine Veränderung in den Lohnsätzen fand während des Septembers für 134 000 Arbeiter statt; nahezu 26 000 Arbeiter erfuhr eine Lohnhöhung und 108 000 eine Lohnkürzung. Das Durchschnittsergebnis dieser Lohnveränderungen für alle 134 000 kam indes auf eine Erhöhung von 1 1/2 Pence (etwa 12 1/2 Pfennig) auf den Wochenlohn hinaus. Lohn erhöhungen erzielten etwa 4000 Bauarbeiter und 18 000 im Maschinen- und Schiffsbau beschäftigte Arbeiter. Die Lohnkürzungen betrafen 100 000 Kohlenräuber und 7000 Hohen Arbeiter; aber die Herabsetzung der Löhne war in diesen Fällen nur geringfügig. Von jenen Lohnveränderungen waren die für 2500 Arbeiter durch Streiks herbeigeführt; in sechs Fällen, die 108 000 Arbeiter betrafen, wurden die Veränderungen auf grund der für die Gewerkschaft angenommenen Lohnsätze oder durch Lohn-Vereinbarungen-Ausschüsse (wages boards) bewirkt; die übrigen betrafen etwa 22 500 Arbeiter wurden nach Verhandlungen zwischen den Beteiligten durchgeführt.

## Vermishtes.

**Eisenbahnunglück.** Die Igl. Eisenbahn-Betriebsinspektion Stendal giebt amtlich bekannt, daß Mittwoch früh gegen 4 Uhr auf dem Bahnhof Gardelegen der von Berlin kommende Personenzug 14 infolge falscher Weichenstellung mit einem ausfahrenden Güterzuge zusammengefahren ist, wobei 5 Personen leicht verletzt wurden. Zu dem Eisenbahnunglück meldet der „Kreisanzeiger“ von Gardelegen, daß der Personenzug sehr stark mit Passagieren besetzt war, da Viele denselben zur Fahrt nach Klöße, wo Markttag ist, benutzten. Fünf Personen, darunter zwei Passagiere, wurden leicht verletzt. Das Unfallglück ist wieder fahrbare; die Klammungsarbeiten sind zum größten Theil beendet. Größeres Unglück ist dadurch verhindert worden, daß der Angführer des Personenzuges auf die Palfsignale des Bahnwärters hin sofort Kontredampf gab und die Rothbremse in Thätigkeit setzte.

**Aus Weissenfeld** meldet der Telegraph: Ein mit Erdmassen beladener Transportzug beim Bahnbau Deuben-Gorbetha kam bei Unterwischen ins Rollen; die mittleren Wagen kiprten sich auf und stürzten um. Vier Bahnarbeiter wurden schwer verletzt; einer derselben starb alsbald.

In Brüg wurde in der Nacht vom 3. November ein heftiges Erdbeben verspürt, welches 10 Sekunden andauerte. Obwohl kein Schaden angerichtet wurde, zeigte sich doch die Bevölkerung geängstigt.

Die Farbe neugeborener Neger. Man glaubte vielfach, auch die Negerkinder würden weiß geboren. Der Anthropologe Collignon hatte Gelegenheit, bei Sudauesen, die sich auf dem Marsfelde bei Paris zeigen, bei der Geburt mehrerer Kinder anwesend zu sein. Er beobachtete, daß diese Kinder weder schwarz, noch weiß geboren werden, sondern rosafarben, und zwar hatte er Gelegenheit, verschiedene Abstufungen dieser Farbe zu bemerken. Auch die Annahme der schwarzen Farbe geht in verschieden langer Zeit vor sich; in einzelnen Fällen wurde das Kind unmittelbar nach der Geburt schwarz, in anderen Fällen geschah es innerhalb zweier Stunden, in wieder anderen waren mehrere Tage dazu nötig. Uebrigens ist auch das Haar der neugeborenen Negerkinder von dem typischen Negerhaar völlig verschieden; es ist allerdings schwarz, aber fein, geschmeidig und kaum wellig, also der „Negerwolle“ durchaus nicht zu vergleichen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6-7 Uhr statt.

Genossin in Pankow. Ihre Anregungen, für die wir Ihnen sehr dankbar sind, sollen in Zukunft nach Kräften befolgt werden.

Muse Sam. Die betreffende Polizei-Berordnung finden Sie vollständig im Leitartikel vom 14. Oktober dieses Jahres abgedruckt.

M. Hamburg. Die Sache war in unseren Spalten erledigt, bevor Ihre neuen Gesichtspunkt hervorhebende Einwendung an uns gelangt war.

H. E. Die vorläufigen Ergebnisse der Berufsstatistik sind als Ergänzungsheft der Vierteljahrshefte der Statistik des Deutschen Reiches zum Preise von 1 M. bei Puttammer und Mühlbrecht, Berlin, Unter den Linden, erschienen. Jede Buchhandlung besorgt Ihnen das Heft. Selbständige Barbier wurden 21 816, selbständige Friseure und Perrückenmacher 7988, Gehilfen und Lehrlinge wurden 21 988 bei den Barbieren und 8700 bei den Friseuren gezählt. Eingehendere Angaben lassen sich im Briefkasten natürlich nicht machen.

Diebstahl. „Stadtbezirk 175.“ Bei dem Andrang zu unserem Versammlungstheil können wir Berichte aus den einzelnen Klubs nicht veröffentlichen.

Nahmhafter. Schriftliche Antwort ertheilen wir nicht. 1-3 Klein. 4. Ja. - E. R. 33 M. Uns nicht bekannt.

- 12 M. 10. Siebt der Lehrvertrag nicht weitere Anhaltspunkte zur Lösung des Vertrages, so wäre die Klage nutzlos. Sprechen Sie in der Sprechstunde gelegentlich mit Vertrag vor.

- Elbingerstr. 22. 1. Der Ausgang der Klage wäre sehr zweifelhaft. 2. Etwa 8 M. - Drechsler Jumbaf. Ja. - K. E. Sie können auf Ausstellung eines ordnungsgemäßen Zeugnisses klagen.

- August Amanda. Am Sonnabend und an den Vorabenden der Festtage ist die Beschäftigung von Arbeiterinnen in Fabriken nach 5 1/2 Uhr abends verboten. Was Fabrik ist, sagt das Gesetz aber nicht. Ob eine „Fabrik“ vorliegt, hängt von der speziellen Gestaltung des Einzelfalls ab: aus dem Geschäftsumfang aus der Massenproduktion, der großen Anzahl beschäftigter Arbeiter, aus der Anwendung von Dampf, auch wie in dem Sie interessierenden Fall aus dem Umstand, daß der Unternehmer selbst sein Unternehmen als „Wäsche- und Wäschefabrik“ bezeichnet, ist zu schließen, ob eine „Fabrik“ vorliegt. Eine „Wäsche- und Wäschefabrik“, die

4 Nähmaschinen, einen Buchhalter und einen Zuschneider beschäftigt, kann als Fabrik aufgefaßt werden. Theilen Sie dem Fabrikinspektor, und eventuell mit Strafantrag der Strafverfolgungsbehörde mit, daß dort bis 8 Uhr Arbeiterinnen beschäftigt sein sollen, und begehren Sie Abhilfe dagegen.

**Witterungsüberblick vom 4. November 1896.**

Stationen	Barometerstand in mm, reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (50° F.)
Swinemünde	756	N	6	Regen	5
Hamburg	764	SW	3	heiter	2
Berlin	758	SW	5	bedeckt	2
Wiesbaden	766	SW	2	wollig	5
München	767	SW	3	heiter	2
Wien	762	SW	3	halb bedeckt	5
Papayauda	762	N	4	heiter	-12
Petersburg	752	SW	2	Schnee	-3
Gort	771	N	2	halb bedeckt	8
Aberdeen	770	SW	2	halb bedeckt	1
Paris	768	SW	2	wolkenlos	-1

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. November 1896. Vorwiegend heiter mit Nachtfrost und etwas höherer Tages-temperatur bei schwachen nördlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

**Achtung! Achtung!**  
Genossen des 4. Berl. Reichstags-Wahlkr.  
Freitag, den 6. November 1896, abends 8 Uhr,  
in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:  
**Grosse sozialdemokratische Parteiversammlung.**

Tagesordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten F. Zubeil. 2. Bericht-  
erstattung vom Parteitag. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches und recht pünktliches Erscheinen ersucht  
215/1 Der Vertrauensmann.

Lithographen, Steindruck, Lichtdrucker, Schleifer,  
Präger und Prägerinnen, Anlegerinnen, Formstecher,  
Tapetendrucker und verwandte Berufsgenossen, Arbeiter  
und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes Berlins!  
Freitag, den 6. November, nachmittags 4 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**  
in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Lohnkommission über den Stand unserer Bewegung.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Tellersammlung findet nicht statt.  
Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen überall dafür zu agitieren,  
daß die Ausständigen sämtlicher Anstalten pünktlich erscheinen.  
96/4 Der Einberufer: R. Schöple.

**Hausdiener, Packer, Kutscher.**  
Heute, Donnerstag, den 5. November, abends 9 Uhr:  
**Oeffentl. Versammlung**  
im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72, 1 Tr.  
Tagesordnung:  
1. Das neueste geheime Rundschreiben an die Kollegen Deutsch-  
lands und wie stellen sich die Berliner Kollegen dazu? 2. Diskussion.  
Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Ehrenpflicht der Kollegen, in  
dieser Versammlung zu erscheinen.  
Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.  
75/9 Der Einberufer: Karl Alboldt, Bezirksleiter für Berlin.

**Metallarbeiter!**  
Donnerstag, den 5. November 1896, abends 8 Uhr,  
im „Marienbad“, Badstr. 35/36:  
**Oeffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
„Die neuesten Maßnahmen der Metallindustriellen  
und unsere Aufgaben für die Zukunft.“  
Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen folgender Werk-  
stätten eingeladen: Hüstermann & Cie.; Maschinenfabrik für Mühlenbau  
vormals Papler, Pringen-Allee Nr. 75/76; Kolke, Pringen-Allee Nr. 24;  
Belter & Schneewogel, Panitzstr. 24; Sponholz & Weide; Arnheim;  
Fabian; Rudolf & Kühne, Panitzstr. 24; Eghloy, Mehlis & Schrens.  
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
Otto Näther, N., Anklamstr. 44. 116/10

**Verband aller in der Metall-Industrie  
beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.**  
Donnerstag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr:  
**Brancheversammlung der Drücker**  
in Rautenberg's Salon, Draußenstraße 180.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beisizers zum Vorstand.  
4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. - Gäste haben Zutritt.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

**Lebende Hechte** pro Pfund 60 Pfennige.  
**Prima frische Bander** 40  
Donnerstag, Freitag und Sonnabend dieser Woche  
16 Dragonerstraße 16.  
**Otto Gundermann,**  
12655 Fischgroßhandlung.

Ein großer Posten  
**Betten, Bettstellen und Matratzen**  
ist auch einzeln **Spottbillig** zu verkaufen.  
Verkaufszeit 9-1 vormittags [2248\*]  
Berlin, Rosenthalerstr. 37, Hof geradezu.

Allen denen, welche meiner Frau  
Marie Ludwig 1268b  
während ihrer jahrelangen schweren  
Leiden treu zur Seite standen und  
allen denen, die bei ihrer Ueberweigung  
an unsere Mutter Erde die letzte Ehre  
erwiesen, spreche ich hiermit meinen  
herzlichsten Dank aus. Siebt es eine  
Gerechtigkeit, wird sie ihre und meine  
Fehler milde beurtheilen, giebt es eine  
Versöhnung, wird sie mir verzeihen.  
Leicht sei ihr die Erde.  
Oskar Ludwig.

12676 **Dankagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligungs- und  
Kranzspenden bei der Beerdigung un-  
seres unvergesslichen Sohnes und Bru-  
ders Fritz Wicht sagen wir allen Ver-  
wandten, Freunden und Bekannten,  
sowie dem Personal der Firma Gebr.  
Koppe, dem Gesangsverein St. Urban  
und dem Berliner Metallarbeiter-Ver-  
band unsern herzlichsten Dank.  
Die trauernden Angehörigen.

**Orts-Krankenkasse  
für das  
Bierbrauergewerbe  
zu Berlin.**

Hierdurch wird auf Grund des § 64  
des Statuts bekannt gemacht, daß die  
Kasse zur Zeit 8908 Mitglieder hat und  
nach § 49 Abs. 2 u. 3 des Statuts  
daher

1. aus der Zahl der Klassen-  
mitglieder 190 Vertreter,
2. aus der Zahl der Arbeit-  
geber 95 Vertreter

für die Jahre 1897/98 neu zu  
wählen sind.  
Wahlberechtigt und wählbar sind nur  
solche Personen, welche großjährig und  
im Besitze der bürgerlichen Ehren-  
rechte sind.

Die Wahl der  
**190 Vertreter der Klassen-  
mitglieder**

findet statt am  
Freitag, d. 13. November d. J.,  
abends von 8-10 Uhr,  
und die Wahl der  
**95 Vertreter der Arbeit-  
geber**

an demselben Tage, abends  
von 6-8 Uhr  
in Hirte's Festsälen,  
Elisabethkirchstraße 14,  
(Nähe Alter- u. Invalidentstraße).

Die Wahl ist geheim. Zutritt zum  
Wahllokal haben nur solche Arbeit-  
geber resp. deren Vertreter, welche Bei-  
träge an die diesseitige Kasse zahlen,  
und nur wahlberechtigte Mitglieder der  
Kasse. Letztere haben sich durch das  
Quittungsbuch sowohl beim Eintritt in  
das Wahllokal, wie zur Ausübung des  
Wahlrechts am Wahlische zu legitimiren.  
Zu diesem Zwecke werden die Arbeit-  
geber ersucht, den bei ihnen beschäftigten  
Kassenmitgliedern die Quittungsbücher  
rechtzeitig auszuhändigen.  
Berlin, den 4. November 1896.  
Der Vorstand.  
Otto Wolf, Vorsitzender.

Für die Kinder des Volkes!

**Brüder Grimm  
Kinder- u. Hausmärchen**  
Ausgewählt und bearbeitet von  
Georg und Lily von Gizycki.  
Dritte Auflage.  
Mit 8 Farbendrucken.  
Vollständiges geb. 1 M.; feine  
Ausgabe geb. 2 M.  
**Ferd. Dümmler's Verlagshandl.**  
Berlin SW. 12  
Zimmerstraße Nr. 94.  
Betten, schöner Stand, sof., 20 M.  
Reichenbergerstr. 6, v. I. I. 1262b

**4. Münzstraße 4.**  
Wegen Abriss des Hauses **Räumung**  
meines Detail- und Groß-Lagers in  
**Schuhwaaren**  
in erdenklichsten Sorten zu unerreicht billigen Preisen.  
Damen-Zugstiefel eleganter Schnitt, gute Paßform 2,90 M.  
in allen Größen . . . Paar  
Damen-Knopfstiefel **ausgenähte Knopflöcher,** 3,75 M.  
ausfortirt . . . Paar  
Damen-Lederhausschuhe warm gefüttert . Paar 1,90 M.  
Damen-Steppschuhe warm, mit richtigem halben 1,75 M.  
Abfuß . . . Paar  
Damen-Knopfstiefel **ausgenähte Knopflöcher, Leder-** 5,25 M.  
lappen, Lederbrandsohle, streng  
reell . . . Paar  
Herren-Kohlederzugstiefel genagelt oder genäht, 3,90 M.  
ausfortirt . . . Paar  
Herren-Schnürschuhe genagelt oder genäht Paar 3,50 M.  
Herren-Besatzstiefel genagelt mit Knopferzierung 4,00 M.  
Paar  
Herren-Zugstiefel genagelt oder genäht, Leder- 5,00 M.  
lappen, Lederbrandsohle, Paar  
Elegante Herren-Besatzstiefel, Wiener Arbeit, 6,00 M.  
genagelt Paar  
Zu ebenso billigen Preisen ist mein großes  
**Winterlager**  
herabgesetzt.  
**L. Wachsner, Schuhwaaren en gros**  
**4. Münzstraße 4.**

Die Beleidigung gegen Fr. Anders  
nehme ich zurück und erkläre dieselbe  
für ehrenhaft. 1268b  
Fr. Reiffert, Buttmanstr. 20.

Hiermit nehme ich die Beleidigung  
gegen Herrn Wilm. Müller, Schrauben-  
dreher, zurück. E. Pfäner. 1270b

**Uhren-, Goldwaaren-Verband.**  
Baar-Verkauf u. Theilzahlung.  
Bestellg. briefl. Vogdt, Auguststr. 92.

**Achtung, Drechsler!**  
3 Stück Dampf-Drehbänke billig zu  
verkaufen in Friedrichsberg, Blumen-  
thalstraße 9, im Laden.

**Stikwein-**  
Extrakt, ganz vorzüglich, à Liter Markt 1.20,  
à Quart Markt 3.50.  
Vausch-Extrakt, Groß-Extrakt à Liter  
Markt 1.50, à Quart Markt 3.  
Knanasch u. Burgunder-Vausch à Liter 3.50.  
**Eugen Neumann & Co., SW. 61.**  
Holl.-Allianz-Platz 6a. Near Friedrichsberg 81.  
Cranienstr. 190, Genthinerstr. 29, Oranien Weg 56.  
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48.

Allen Genossen, Freunden und Be-  
kannnten empfehle mein **Weiß- und  
Vairisch-Bierlokal.** Vereinszimmer  
noch einige Tage zu vergeben.  
Dochachtungsvoll  
Robert Verche, Rüdigerdorferstr. 3.

**Frische Wurst.**  
Heute Donnerstag Nachm. 4 Uhr be-  
rühmte Gratzwurst, ff. Leber- u. Pressw.  
bei **G. Tempel,** Gr. Frankfurterstr. 16.

**Halt!**  
Heute Abend ist wieder großes  
Gänse-Ausspielen auf dem Billard  
und von früh 6 Uhr ab frische Blut-  
und Leberwurst bei Gustav Schulz,  
Wasserthorstr. 55, Keller. 1260b

Einem Theil der heutigen An-  
lage liegt ein Prospekt der  
Manufakturwaaren-Firma **Louis  
Grand, Schönberg, Hauptstraße  
Nr. 150, bei.**

**Arbeitsmarkt.**

**Achtung, Holzarbeiter!**  
Zu der Bantischlerei von **Roll,  
Deminierstr. 7,** haben die Kollegen  
die Arbeit wegen Lohnunterschieden nieder-  
gelegt. Zuzug fernzuhalten. 78/12  
Die Werkstatt-Kontrollkommission  
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Achtung, Holzarbeiter!**  
Die Kollegen der Bantischlerei von  
**Meh, Urbanstraße 102,** haben wegen  
Lohnabzüge die Arbeit niedergelegt.  
Bitte Zuzug fernzuhalten. 78/15  
Ferner haben die Kollegen der Werk-  
statt von **Neumann, Gr. Hamburger-  
straße 4,** wegen Differenzen die Arbeit  
niedergelegt.

**Die Ortsverwaltung  
des Holzarbeiter-Verbandes.**  
Farbignmacher verl. Wassertorstr. 46.

**Glasschleifer für Buchstaben,** die  
auch tragen und seilen müssen, finden  
sich sofort Arbeit bei 1268b  
**Reich, Markstr. 50.**

**Beizer, Polierer** werden sofort ver-  
langt bei **Feldmann u. Wegner,  
Welle-Allianzstr. 64.** 1264b

**Lüchtigen Kreisjägerschneider** verl.  
**H. Werfmeister, Schmidstraße 8a.**

**Genossen,**  
welche Beschäftigung haben, Lebens-,  
Unfall- und Volksversicherungen auf-  
zunehmen, werden gebeten, sich an die  
General-Agentur der **„Victoria“**,  
Kadellach, Berlin N. Lothringers- 51  
1 Treppe zu wenden.

## Gerichts-Beilage.

Unser Parteigenosse Richard Jahn, der Redakteur des Porzellanarbeiter-Organs „Die Ameise“, stand am Mittwoch vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg, angeklagt der öffentlichen Beleidigung des Fabrikbesizers Tielich in Altwasser. Jahn hatte in Nr. 19 der „Ameise“ vom 8. Mai d. J. einen in vorigen Jahre in der „Gleichheit“ erschienenen Artikel abgedruckt, in welchem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen in der Fabrik des Herrn Tielich eingehend geschildert werden, mit dem Hinweis, daß derartige Mißstände nur durch die Organisation, welcher die Arbeiterinnen beitreten müßten, beseitigt werden könnten. Der Artikel bespricht die niedrigen Löhne der Arbeiterinnen, die auf 3 bis 4, und höchstens 5 bis 7 M. angegeben werden, er behauptet, daß in der Fabrik von Tielich die 13 stündige Arbeitszeit besteht, spricht ferner von inhumaner Behandlung der Arbeiterinnen durch die Vorgesetzten und rügt, daß sich Arbeiter und Arbeiterinnen in denselben Raum umkleiden müßten. Fabrikbesizer Tielich hatte Strafantrag gestellt. Wie er angibt, weniger, um für die seiner Person widerfahrene Beleidigung, als für die durch den Artikel bewirkte Aufhebung und Beunruhigung (N) der Arbeiterinnen eine Sühne (N) herbeizuführen. Zum Zweck der Beweisaufnahme ist Tielich, sowie verschiedene Arbeiterinnen seiner Fabrik kommissarisch vernommen worden. Aus diesen Zeugenaussagen geht hervor, daß die Arbeitszeit in der Fabrik von Tielich, entgegen den Behauptungen des Artikels nur 10½ Stunden betrage. Die Löhne werden ebenfalls als etwas höhere bezeichnet, jedoch giebt Herr Tielich in seiner Aussage zu, daß Anfängerinnen nur 2 bis 6 M. verdienen. Die Angaben des Artikels bezüglich der Inhumanität bestreitet er, dagegen bestreiten die Arbeiterinnen, daß sie sich allerdings mit Männern in demselben Räume umkleiden müssen, wobei es vorkomme, daß diese sich bis auf Hemd ausziehen, während jene Hod und Taille ablegen. Der Amtsanwalt bezeichnet die Löhne, wie sie Tielich angegeben, zwar als sehr niedrig und drückend, hält aber für erwiesen, daß der Angeklagte bezüglich der Arbeitszeit unwahre Thatsachen behauptet habe, und beantragt, da die Form des Artikels eine beleidigende sei, eine Geldstrafe von 50 M. und Publikationsbesühnis. Rechtsanwalt Freudenthal plädiert auf Freisprechung, da der Angeklagte in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt und nicht die Absicht gehabt habe, den Fabrikanten Tielich zu beleidigen. Der Gerichtshof erkannte zwar dem Angeklagten den Schutz des § 183 zu, ging aber noch über den Antrag des Amtsanwalts hinaus, indem er den Genossen Jahn zu 100 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurtheilte. Wenn auch einzelne Behauptungen des Artikels als wahr erwiesen seien, so trifft derselbe doch nicht in allen Punkten zu. Der Angeklagte hätte ja ein Recht, Mißstände öffentlich zu rügen, jedoch wäre es richtiger gewesen, wenn er sich zunächst mit einer Beschwerde an die zuständige Behörde (N) gewandt und erst, wenn diese keine Abhilfe veranlaßte, öffentlich Kritik geübt hätte. Aus der Form des Artikels geht die Absicht der Beleidigung hervor, auch sei durch denselben eine Beunruhigung und Aufhebung der Arbeiterinnen erfolgt. (War das noch möglich? Red. d. V.) Dem Fabrikanten Tielich wurde die Publikationsbesühnis in der „Ameise“ gesprochen.

**Die alte Geschichte.** Magistratsassessor wird bekannt gegeben: Eine diesige Einwohnerin ist wegen Beleidigung eines öffentlichen Steuerhebers, sowie des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in idealer Konkurrenz mit Bedrohung zu drei Monaten drei Tagen Gefängnis durch das königl. Schöffengericht bestraft worden.

**Eine erhebliche Erhöhung des Wohnungsgeld-Zuschusses der Lehrer an der Volksschule in Briesg** war vom Bezirksausschuß beschlossen worden und der Regierungspräsident in Breslau hatte demnach, nach Abweisung der Beschwerde des Magistrats in Briesg durch den Provinzialrath, von dem Rechte der Zwangsversteigerung Gebrauch gemacht und angeordnet, daß das erforderliche Mehr von 9460 M. in den Etat der Stadt für das Jahr 1897/98 aufgenommen werde. Die Volksschule wird von der politischen Gemeinde unterhalten. Der Magistrat lagte gegen die Verfügung beim Ober-Verwaltungsgericht, indem er geltend machte, die Beschlußbehörde (Selbstverwaltungsbehörde) habe bei der Fassung jener Beschlüsse, auf die sich der Regierungspräsident mit seiner Verfügung stützt, Rechtsverletzungen begangen. Der erste Bürgermeister von Briesg verweist in dem Termin, der am 3. November vor dem I. Senat anstand, auf einen Ministerialerlaß vom 9. April 1879. Danach sei der Festsetzung des Wohnungsgeldzuschusses für Volksschul-Lehrer zugrunde zu legen, daß diese Lehrer Anspruch hätten auf Wohnungen von zwei Zimmern und Beigebäuden, den fraglichen Beschlüssen liege aber die Annahme zugrunde, daß die Lehrer auf vier Zimmer nebst Beigebäude Anspruch hätten. Ferner berief sich der Herr auf einen Erlaß des Ministers vom 2. Juli 1894. Nach diesem Erlaß sei die ganze im öffentlichen Schuldienst zurückgelegte Dienstzeit nur bei Festsetzung des Gehaltes, nicht aber beim Wohnungsgeld zu berücksichtigen. — Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Klage mit folgender Begründung ab: Darin könnte keine Rechtsverletzung der Beschlußbehörde gesehen werden, wenn dieselben jene beiden Ministerial-Erlasse nicht beachtet hätten, und gegen das Gesetz vom 26. Mai 1887 hätten sie nicht verstoßen, denn danach wäre es Sache der Beschlußbehörde (Bezirksausschuß und Provinzialrath), nach freiem verständigen Ermessen die Leistungen auf ihre Angemessenheit zu prüfen. Uebrigens wäre der Erlaß vom April 1879 hier nicht anwendbar, da er sich auf einen Spezialfall aus einer ländlichen Gemeinde beziehe. Was die Beachtung des anderen Ministerialerlasses betreffe, so hätte der Magistrat gegen den Beschluß des Bezirksausschusses beim Minister vorstellig werden müssen, bevor er an den Provinzialrath ging.

## Verfassungen.

Der Berliner Arbeitervereiner-Verein hielt am Dienstag Abend bei Bude in der Grenadierstraße seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „Die Beschwerde des Hauptvorstandes der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler an das Reichsamt des Innern und die Antwort darauf.“ Tischler Seifert berichtete kurz über einen Fall, in dem die Berufsgenossenschaft bei einem Mitglied der Zentralkasse der Tischler (Freie Hilfskassen) auf Grund des § 76 c des Krankenversicherungs-Gesetzes das Vorkommen übernommen und, da in diesem Falle der Anspruch des Erkrankten auf Krankengeld auf die Berufsgenossenschaft übergeht, diesen Betrag von der Kasse eingezogen hat. Dasselbe Mitglied war auch in der Orts-Krankenkasse versichert, von der die betreffenden Beträge ebenfalls eingezogen worden sind. Es fragt sich nun, ob die freien Hilfskassen überhaupt auf Grund des § 76 c zur Zahlung an die Berufsgenossenschaft verpflichtet sind und Seifert wünschte vom Verein Auskunft, was in der Sache

weiter zu thun ist, um das gezahlte Geld zurückzuerlangen und für künftige Fälle vorzubeugen. In einer längeren Diskussion, an der sich Meyer, Schulz, Hoffmann, Stuhlmann, Reimann, Würtmann, und Siesmannowski theilnahmen, wird allgemein getadelt, daß der betr. Kassenbeamte die Ansprüche der Berufsgenossenschaft nicht zurückgewiesen, sondern gezahlt hat. Nachdem dies aber geschehen, solle die Kasse die Berufsgenossenschaft auf Rückzahlung des zu unrecht empfangenen Betrages verklagen. Diejenigen freien Hilfskassen, denen die Befugnisse des § 76 des Krankenversicherungs-Gesetzes beigelegt sind, können wohl auf Grund des § 76 c zu Zahlungen an die Berufsgenossenschaften gehalten werden, niemals aber dann, wenn der Kranke auch in einer Zwangskasse versichert ist; die Berufsgenossenschaft würde sonst die Beträge ja doppelt einziehen. — Seifert erklärt sich mit dem Ausgange zufrieden und wird seiner Kasse den Klageweg empfohlen.

Unter Verschiedenem kommen noch eine Anzahl von Anfragen aus dem Gebiet der Arbeiterversicherung zur Sprache, an deren Beantwortung sich u. a. auch der Genosse Stadthagen theilnimmt. — Auch auf die Mißstände in der Heilanstalt für Unfallverletzte Neu-Nahndorf wird, wie schon so oft, hingewiesen und der in Nummer 236 vom 31. Oktober veröffentlichte Brief verlesen. Nachdem noch von mehreren anderen Kollegen auf ähnliche Vorkommnisse in Neu-Nahndorf hingewiesen wurde, erfolgte Schluß der Versammlung 12 Uhr.

Der Verein der Gold- und Silberarbeiter hatte am 28. Oktober eine Versammlung abgehalten. Nach einem Vortrag des Genossen Dr. Pinz nahm die Versammlung den Kasernenbericht vom dritten Quartal entgegen. Der Verein hatte eine Einnahme von 883,65 M. und eine Ausgabe von 495,33 M., mithin einen Bestand von 388,32 M. Der Jahresabschluss stellt sich folgendermaßen: Einnahme 2541,65 M., Ausgabe 2355,35 M., Unterhaltungsfond: Einnahme 344,30 M., Ausgabe 244,45 M. Bei der hierauf wolgenden Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt: Bräuner, erster Vorsitzender; Wenzel, erster, Tschentscher, zweiter Kassirer; Becker, erster, Rabe, zweiter Schriftführer; Feistel und Schubert, Beisitzer; Tielich und Weghaupt, Revisoren. — Die nächste Versammlung findet am 30. November statt.

**Töpfer.** Am 27. und 29. Oktober fanden in Nirdorf resp. Schöneberg ziemlich gut besuchte öffentliche Versammlungen statt, die sich mit der Frage des Anschlusses an den neugegründeten „Verein der Töpfer Berlins und der Umgegend“ beschäftigten. Da uerl gibt in beiden Versammlungen eine Einleitung, in der er die Gründe zu dem Vorgehen der Berliner Töpfer darlegt, die Handlungsweise des Berliner Hilfsvorstandes in Sachen der Reklame-Propaganda im „Vorwärts“ eingehend kritisiert und zum Schluß eine Resolution zur Annahme empfiehlt, des Inhalts, daß, da die Kollegen der betr. Vororte unter den gleichen Bedingungen wie die Berliner arbeiten müssen und eine örtliche Begrenzung nicht mehr in Betracht kommt, es nur durch Anschluß aller Kollegen an den „Verein der Töpfer Berlins und der Umgegend“ möglich ist, in Zukunft wieder Geprüfliches für die Gesamtheit der Kollegen zu leisten. Nach kurzer Debatte wurde diese Resolution einstimmig angenommen. — Hoffmann theilt noch mit, daß die Bibliothek im Arbeitsnachweis, Klosterstraße bei Moll eröffnet ist und er sucht um rege Theilnahme. Gleichzeitlich macht er mit gutem Erfolg für den „Gebrauchswerker-Propaganda. Zum Schluß wurde für Nirdorf Carl Schulz zum Vertrauensmann ernannt, derselbe lasst jeden Sonntag von 10-12 Uhr bei Thomas, Bergstr. 162. Für Schöneberg wurde Ernst Paul dieses Amt übertragen, der jeden Sonnabend von 8-10 Uhr bei Obst, Ormewaldstr. 110, lasst.

In einer öffentlichen Versammlung der Rissenmacher am Montag referirte Genosse Jahn über die Beschlüsse des internationalen Kongresses mit besonderer Bezugnahme auf die Gewerkschaftsbewegung. Da sich auch bei den Rissenmachern in letzter Zeit das Bestreben zum Anschluß an den Holzarbeiterverband geltend machte, wies Redner auf die auf dem Londoner Kongreß gefassten Beschlüsse bezüglich der großen Zentralverbände ganz besonders hin, indem er als treffendes Vorbild die Gewerkschaftsverbände in England eingehend schilderte. Tschernig wünschte in der Diskussion eine gründliche Durchsührung des Arbeiterschutzes in der gesamten Holzindustrie, sei es in bezug auf Schutzvorrichtungen an Maschinen, wie auch Reinlichkeitsverhältnisse in den Betriebsräumen. Der hierauf erstattete Bericht des Vertrauensmannes ergiebt mit Bestand von 46,90 M. für das dritte Quartal eine Einnahme von 137,97 M., Ausgabe 88,45 M., so daß ein Bestand von 103,92 M. verbleibt. Nachdem von den Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt, wird von der Versammlung Entlohnung erteilt. Mertens berichtet, daß der gegen die Verleumdungsklage angehängte Prozeß wegen Verpätung eines Briefes, wodurch eine Versammlung vereitelt wurde, zwar gewonnen, aber nichts zu erringen sei, weil der bisherige Direktor flüchtig wurde.

**Köpenick.** Am 27. Oktober tagte hier eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Wagner über die Bedeutung der Kommunalwahlen referirte. Redner zeigte in treffender Weise im Hinblick auf die Zustände in der Kommunalverwaltung in Berlin, wie notwendig die Theilnahme an den Stadtverordnetenwahlen sei. Er empfahl deshalb auch den Arbeitern in Köpenick, sich an der Wahl zu betheiligen. Eine Aufforderung an die Gegner, sich an der Debatte zu betheiligen, blieb erfolglos, worauf nach einer Besprechung lokaler Mißstände eine Kommission, bestehend aus den Genossen Schiller, Eichler und Müller, mit der Agitation zur Wahl betraut wurde.

**Schöneberg.** Eine öffentliche Parteiversammlung tagte hier am Sonntag, den 1. November. Zunächst berichtete der Vertrauensmann Meiling über seine Thätigkeit im verflohenen Jahr. An Einnahmen gingen ein 1271,11 M., an Ausgaben 1106,25 M.; es verbleibt mithin ein Ueberschuß von 164,90 M. Nachdem dem Vertrauensmann auf Antrag der Revisoren Entlohnung gewährt, wurde Rabe als Vertrauensmann und Fischer, Brederer und Meiling als Revisoren gewählt. Höfer beantragt hierauf, eine weibliche Vertrauensperson zur Agitation unter den Frauen zu wählen. Dieser Antrag wurde, nachdem noch Frau Wiese dafür gesprochen, angenommen und Frau Jensch als Vertrauensperson gewählt. Nimmeh unterbreitete Seil den Bericht der Lokalkommission. Danach sind von den vorhandenen 7 Lokalen nur die Schlossbrauerei, Obst und Neumann, Gohlftr. 10, zu haben. Auf Grund einer vorgenommenen Kontrolle stellte die Lokalkommission fest, daß etwa 60 Parteigenossen in Schöneberg den „Vorwärts“ nicht anlegen. An diesen Bericht knüpfte sich eine lebhafte Diskussion, in der hauptsächlich der Gedanke zum Ausdruck kam, man könne als Parteigenosse wohl verlangen, daß in den Lokalen, wo man verkehre, auch Arbeiterblätter anliegen. Der neuen Lokalkommission wurde deshalb der Wunsch mit auf den Weg gegeben, die Liste dieser nicht entgegenkommenden Wirtthe in Flugblättern bekannt zu geben. Hierauf wurden Seil, Jensch und Eichner in die Lokalkommission gewählt. Es folgte nunmehr der Bericht des Delegierten Reumann vom Parteitage. Redner führte aus: Wenn auf dem letzten Parteitage auch nicht so bedeutame

Fragen zur Verhandlung standen, wie auf den vorhergehenden, so wäre derselbe doch wichtig genug, und schließe sich seinen Vorgängern würdig an. Auf die Verhandlungen selbst eingehend, bemerkte Redner, die Debatte über die „Neue Welt“ könne man nur lobend hervorheben. Wenn man auch zugestehen müsse, daß von Striger Fehler gemacht wurden, so stehe doch fest, daß die „Neue Welt“ thurmhoch erhaben sei, gegen früher. In bezug auf den „Vorwärts“ sei zu wünschen, daß derselbe zu allen Parteistufen entschieden Stellung nehme. Das Referat über Arbeiterchutz bezeichnet Redner als wenig befriedigend. Wenn nun Beginn sagt, die Gewerkschaften müssen Sozialpolitik treiben, aber nicht sozialdemokratische, so wäre dieser Satz unbedingte zu verwerfen, sonst könne man schließlich die Hirsch-Bundler auch als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend betrachten. Die Matzeier bedarf einer entschiedenen Durchführung, denn wir können uns nicht verhehlen, daß die Theilnahme an derselben nicht der Stärke der Sozialdemokratie entspricht. Das Referat der Frau Zeitlin bezeichnet Redner als vorzüglich. Auf die Organisationsfrage eingehend, ist Redner der Meinung, daß die Kollaterale absolut nichts geschadet, eher das Gegenteil hervorgebracht habe. Redner spricht dann am Schluß seine Zufriedenheit und Uebereinstimmung mit den Verhandlungen des Parteitages aus. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Nachdem dann Genosse Silberstein in längerer Ausführungen die Bedeutung der gewerkschaftlichen und politischen Organisation dargelegt hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem kurzen Hinweis auf die Partei-Organisation und die Zeitungs-Expedition.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10½ Uhr: Süd-Ostschule, Waldemarstr. 14: Rede-Redung (Die wichtigsten technischen Grundregeln für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau einer Rede.) Herr Heinrich Schulz. — Nordschule, Ormewaldstr. 20: Geschichte (Alt-Geschichte. Urgeschichte. Entdeckung der Religionen. Orientalische Völker, Griechen und Römer.) Herr Dr. G. Wina.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitungsmaterials schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

**Arbeiter-Sängerbund** Berlins und Umgegend. Vorsitzender Hr. Neumann, Hofmeisterstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Reimann, Wartenbergstr. 40, p. 2 Tr.

**Arbeiter-Kameradschaft** Berlins und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Eißler, Kleine Postenstraße Nr. 7, 1 Tr.

**Club der geselligen Arbeitervereine** Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Club betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhafer Allee 177a.

**Festlich-Kranke** und Sterbekasse der Tischler. Die Orts-Versammlungen von Berlin und Umgegend versammeln sich heute, abends 8 Uhr, bei Schöningh, Köpenickerstr. 61.

**Altkameradschaft** des stenographischen Vereins. Abends 8½ Uhr. Soufflé-Kabarett, Weinstra. 24. Abends 9½ Uhr. Stenographen-Schule im Restaurant „Schiller“, Alte Jakobstr. 29. Abends 9 Uhr. Krollklub im Restaurant „Königsplatz“, Berlin, am 27. Abends 8 Uhr.

**Arbeiter-Fahrgemeinschaft** Berlins und Umgegend. Abends 8 Uhr. Versammlung bei Wille, Köpenickerstr. 20.

**Zentralverein der Frauenangehörigen** Deutschl. Leute, abends 8½ Uhr, bei Babel, Postenstraße 27. 1. Vortrag des Herrn Georg Wagner über: „Vollständige und moderne Arbeiterbewegung“. 2. Bericht der Vertrauensmänner über die Verhandlungen mit der amtsärztlichen Kommission.

**Schwitzverein.** Sitzung jeden Sonnabend nach dem 1. im Monat, abends 8 Uhr, im Restaurant „Schiller“, Ormewaldstr. 110.

## Vermischtes.

**Männerstolz vor Königsthronen.** Anton Bruckner, dem verstorbenen Komponisten, war nahegelegt worden, sich beim Kaiser Franz Josef um einen Ehrengehalt zu bewerben, um das Stundengehalt, das ihm die beste Schaffenszeit verkürzte, aufgeben zu können. Es kam zur Audienz. Bruckner warf sich, so unglücklich es klingt, dem Monarchen zu Füßen und rief in herzbeugenden Tönen: „Majestät, nehme mir meine Stunden ab...“

**Der protestantische Bischof von Ailaloe** Dr. Wynne wurde, wie aus Dublin berichtet wird, am Dienstag früh wenige Schritte von seinem hiesigen Wohnhause todt aufgefunden. Kurz darauf fand man auch seine Gemahlin als Leiche. Wie später festgestellt wurde, war der Bischof ausgegangen, um einen Arzt zu seiner schwer erkrankten Gemahlin zu holen. Unterwegs fiel er todt auf das Straßenpflaster nieder; seine Gemahlin starb kurze Zeit nachher.

**Durch Wadmen vergiftet.** In der Irrenanstalt Gery bei Lausanne hat sich jüngst eine ganz ungewöhnliche Katastrophe ereignet. In der Nähe der Anstalt befindet sich eine etwa 2½ Meter tiefe Latrine, die gereinigt werden sollte. Zu diesem Zweck öffneten ein Angestellter und ein Kranker die bis dahin verschlossene Grube und stellten eine Leiter hinein. Bei dieser Gelegenheit fällt (wahrscheinlich durch die austretenden Gase betäubt) der Kranke in die Latrine. Der neben ihm stehende Beamte will die Leiter hinabsteigen, um den Verunglückten herauszuheben. Aber schon auf der vierten Leiterstufe muß er schnell umkehren, weil ihm die Sinne schwinden. Er ruft um Hilfe, und es eilen mehrere in der Nähe arbeitende Angestellte herbei. Der Laum von der Betäubung zu sich gelommene Beamte ruft den Hinzugekommenen zu, vorsichtig zu sein und nicht ohne weiteres hinabzusteigen. Doch — sie achten nicht auf ihn, und der erste fällt sofort von der Leiter, ihm folgt der zweite, der gleichfalls hinabstürzt, und ebenso der dritte, der als viertes Opfer in der Tiefe verschwindet. Dasselbe Schicksal erleidet ein Kranker, der soeben hinzukommt. Auf den von einem anderen Kranken ausgehohlenen Hilferuf eilt nun der Direktor (Professor Rabow) mit einem Hülsenarzt herbei. Er kann zunächst nichts thun, als größeres Unglück verhüten. Niemand darf mehr in die fatale Grube hinabsteigen. Es wird eiligst ein Strohflechter angefordert (um eine Bewegung der flammenden Gase zu verhindern), und nun steigen mit Stricken befestigte Wärter die Leiter hinab, um die Verunglückten herauszuholen. Die zuerst hinababsteigenden beiden Männer können durch künstliche Respiration nach einigen Minuten noch ins Leben zurückgerufen werden; die andern drei sind bereits todt. Doch auch von den beiden Vereitelten (ein Kranker und ein Beamter) ist auch der Beamte inzwischen verstorben. Alle Verunglückten waren verheiratet und hatten Kinder, der eine sogar neun. Die Wittwen erhalten von der Anstalt eine größere Summe, und die Kinder werden auf Staatskosten erzogen. Ein ähnlicher Unglücksfall ereignete sich im Jahre 1877 in der Göttinger Irrenanstalt. Von fünf in die Grube hinabgestiegenen Beamten waren vier sofort verstorben, und nur der fünfte, der Hülsenarzt (gegenwärtig Direktor der Irrenanstalt in Gießen), konnte mit Hilfe ins Leben zurückgerufen werden. Einige Jahre zuvor war dem durch sein tragisches Ende bekannten Direktor Guden ein ähnliches Unglück passiert. Beim Reinigen der Latrine fanden mehrere Angestellte der Anstalt, Hülsenärzte, Oberwärter u. s. w. den Tod.

**Eine amnisierte Stillschneide** aus der sozialistischen Orlowitz: „Sie die Sozialisten sind auch keine Liebhaber untereinander und haben sich mit ihren Wünschen oft durch, daß die Rippen ihrer Seelen zum Knacken kommen.“

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6-7 Uhr statt.

**Schmidt.** Nach Brandenburg abgefaßt. Ihr Vorschlag ist übrigens auf Dörfern schwerer auszuführen, wie in Großstädten. Gruß.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, 5. November.  
**Opernhaus.** Der Evangelist.  
Phantasten im Bremer Rathshaus.  
**Schauspielhaus.** König Ottokar's Glück und Ende.  
**Deutsches Theater.** Moritur.  
1. Teil. 2. Teilchen. 3. Das Gwig-Männchen.  
**Berliner Theater.** Renaissance.  
**Reichens-Theater.** Der Rabenwarter.  
Hierauf: Treprows Abschied.  
**König-Theater.** Die goldne Eva.  
**Theater des Westens.** Treue.  
**Neues Theater.** Hochsprünge. Vorher: Opus I.  
**Schiller-Theater.** (Wallner-Theater.) Ein Ehrenwort.  
**Zentral-Theater.** Eine wilde Sache.  
**Thalia-Theater.** Prima Ballerina. (Maison Tamponin.)  
**Globe-Alliance-Theater.** Mamsell Vieliebchen.  
**Volks-Theater.** Ein vorsichtiger Mann.  
**Theater Unter den Linden.** Die Fledermaus.  
**Ostend-Theater.** Der deutsche Michel.  
**Friedrich Wilhelmstadt. Theater.** Deborah.  
**Alexanderplatz-Theater.** Ohne sittlichen Halt.  
**Panorama-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.** (Wallner-Theater.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.  
Freitag, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.

**Alexanderplatz-Theater.**  
Pikante Novität!  
**Ohne sittlichen Halt.**  
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von W. Friedhold.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag, den 8. November 1896, nachm. 4 Uhr:  
**Der Bettensänger von Sameln.**  
Phantastisches Volkstück mit Gesang in 8 Bildern von Dr. Gust. Braun.

**Friedrich Wilhelmstadt. Theater**  
Ghauffesstr. 25/26. Dir. Max Samst.  
**Deborah.**  
Volksschauspiel in 5 Akten von S. H. Rosenthal.  
Frau Marg. Pix als Gast.  
Freitag: Zum ersten Male:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Volksschauspiel in 5 Akten von R. Angenruber.  
Sonntag, den 8. November, nachmitt. 3 Uhr: Klaffter-Vorstellung zu Abonnements- (kleinen) Preisen: Am 16., 17., 19. November. Oper:  
**Der Troubadour.**  
Anfang täglich 8 Uhr.  
Billets, auch zu den drei Oper-Vorstellungen, ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse, bei Paul Romick, Leipzigerstr. 6 und im „Invalidendank“, Unter den Linden Nr. 24.

**Thalia-Theater**  
(vormals: Adolph Ernst-Theater)  
Dresdenerstr. 72/73.  
Donnerstag, den 5. November:  
**Prima Ballerina**  
(Maison Tamponin).  
Saubere Operette in 3 Akten von Blum und Lohé, bearbeitet von Hugo Wittmann.  
Musik von Karl Weinberger.  
Freitag: Gebildete Menschen.  
Sonabend: Zum ersten Male:  
**Der dritte Kopf.**  
Poffe in 1 Akt von Franz Wallner.  
Darauf zum ersten Male:  
**Eine freundliche Wohnung**  
Schwank in 3 Akten von M. Ordonneau und Guimbourg.  
Deutsch von Paul Rinfemann.  
Sonntag, den 8. November, nachm. 8 Uhr: Bei ermäßigten Preisen:  
**Prima Ballerina.**

**Central-Theater.**  
Alle Jakobstr. 30.  
Direktion: Richard Schultz.  
Donnerstag, den 5. November:  
Zum 48. Male:  
**Emil Thomas a. G.**  
**Eine wilde Sache.**  
Grosse burleske Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Manistadt und J. Freund.  
Musik von J. Gindshofer.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: **Eine wilde Sache.**

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
**Wissenschaftl. Theater** abends 8 Uhr.  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57-62  
Lehrt. Stadtbahnhof  
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.  
Eintritt 50 Pf.  
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr  
abends Vorträge mit Experimenten und  
großen Lichtbildern ausgestattet.  
Näheres die Tagesanschlüge.

### Passage-Panopticum.

Das  
**Théâtre Variété**  
ist  
wieder  
eröffnet!  
Ohne Extra-Entrée.

**Castan's Panopticum**  
Neu! Die wunderbaren  
Neu! indischen  
Neu! Pygmäen  
Neu! Ur-Australier  
(Kannibalen).

**Ostend-Theater.**  
Grosse Frankfurterstr. 132.  
Direktion: Carl Weich.  
**Der deutsche Michel!**  
Der deutsche Michel!  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag Nachmittag: Der liebe Onkel.

**Ein vorsichtiger Mann.**  
Jeden Abend stürmischer Lachorfolg.  
Um 9 1/2 Uhr:  
**Gemischter Theil (Ho-ho!).**  
Durchweg neue  
Künstler-Spezialitäten.  
**Die Nuttinger's aus Salzburg!**  
Damen-Terzett unserer Konkurrenz.  
**Die Hunde-Akademie,**  
dirigiert von Miss Adele.  
**Martin Reuter, Gesangs-**  
**Familie Derrington,**  
**Parforce Kunst-Radsfahrer.**  
Neu:  
**Don Juan von rückwärts,**  
oder: Der vergnügte steinerne Gast.  
Operaparodie von Richard Thiele.  
Anfang: Woche 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.  
Entrée 50 Pf. bis 3 M.  
Dem geehrten Publikum zur  
gesälligen Nachricht, daß die Bekannt-  
machungen des Volks-Theaters nur  
durch die Zeitungen erfolgen, nicht  
durch Händlungsanschlüge.

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glöck.  
**Neues Programm.**  
The 3 Nighthons. Baronessen Odillon.  
**E. N. Kaufmann,**  
Meisterschalls-Kunst-Radsfahrer.  
Geschw. Petram. Fleury Trio.  
**Henry Bender.**  
**The Troubadours.**  
The Luppis. Comtesse Fernoci.  
**Signor Bernardi**  
in der Komödie  
**Restaurant fin de siècle.**  
**Das gekörte Hochzeitsfest**  
von der Rajade-Truppe.  
**Mlle. Fougère**  
u. f. w. u. f. w.  
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Regulatoren, Remontoir-Uhren,  
Granatstumpfen, spottbillig. Neander-  
strasse 6. Pfandleihe.

### Feen-Palast

Burgstrasse 22.  
Direktion: Winkler & Fröbel.  
Nur noch kurze Zeit: Kunstschöpin  
**Elsa Dowe.**  
U. a.: Schießen auf den Original-  
Dowe-Panzer. Anhaltender Erfolg des  
Hochturner-Trios Niagara, Matadora  
auf dem Thürmsel.  
Dazu das durchweg neue große  
**November-Programm.**  
U. a. der allbeliebte urkomische  
**Eduard Rennert.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Entrée 30 Pf. Reserviert 50 Pf.

**Vogler's Casino**  
früher Welt-Restaurant,  
Dresdenerstr. 97.  
Im vorderen Saal täglich:  
**Tyroler Konzert.**  
Direktion Alo's Ebnor.  
Entrée vollständig frei.  
Im großen Theateraal:  
Variété- u. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Auftreten von Kunstkräften nur  
I. Ranges.  
Jeden Sonnabend und Sonntag:  
Die unübertrefflichen  
**Hamburger Sängler.**  
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags 6 Uhr.  
Sikardo. 4 neue Regelbahnen.  
Sorgf. gepf. Bier, omer. gute Küche

**Konzerthaus Saussoeci**  
Kottbuserstrasse 4a.  
Heute, sowie jeden  
Donnerstag u. Sonntag:  
**Stettiner Sängler**  
(Moysel, Pietro, Britton, Steidl, Krause, Röhl und Schrader.  
**Steidl als**  
**Li-Hung-Tschang.**  
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate)  
Freitag:  
Victoria-Bräuerei.

**Alcazar.**  
Variété und Spezialitäten-  
Theater I. Ranges.  
Dresdenerstrasse No. 52 53.  
City-Passage  
Annonstr. No. 42/43.  
Vom 1.—16. November:  
Durchweg  
**neues Programm.**  
**Zwölf**  
Grand Attractions-Nummern!  
Mr. Field mit seinem ur-  
komischen Panopticon. Hans u.  
Clara Sarno, Original-Duettisten.  
Mr. Freiburg im Reiche der  
Schatten. Ros'i Perona,  
Tyrölnse. Alice Sezogeny,  
die Perle Ungarns. Anton  
Fischer, Original-Humorist  
u. s. w.  
**Eine Radikalkur.**  
Poffen-Burlesque in 1 Akt.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 6 Uhr.  
Entrée 30 Pf.  
R. Winkler.

**Circus Busch.**  
(Bahnhof Börse.)  
Donnerstag, den 5. November:  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Extra-Vorstellung.**  
Sensationeller Erfolg.  
**Die Jagd nach dem Glück.**  
Außerdem: Dir. Busch als Schut-  
reiter auf dem Trakehner Dengst  
Thucydides. 8 Trakehner Dengst,  
der oriental. Gengst Mustapha, der  
arab. Vollblut-Dengst Ibrahim, dress.  
u. vorgef. v. Dir. Busch. Austr. d.  
Schulmeisterin Mlle. Eugenie. Die  
Troika, dress. u. ger. v. Herrn Footitt-  
Burghardt. Der Clown Bogolowsky  
als Nizdorfer. Austr. des Gigerl-  
Clowns Mr. Alf. Daniels. 100 Clowns,  
männliche und weibliche.  
Morgen: Die Jagd nach dem Glück

**Künstl. Zühne.**  
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.  
Zahlung pr. Woche 1 M.

### Arbeiter-Bildungsschule.

**Vorstellungen im Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.) (Wallner-Theaterstrasse.)  
Zur Aufführung gelangt:  
**Sonntag, den 8. November, nachmittags 3 Uhr:**  
**Emilia Galotti.**  
Trauerspiel in 5 Akten von G. E. Lessing.  
**Preis des Platzes 60 Pf. Garderobe frei.**  
Eine Verlosung der Plätze findet nicht statt, da die Plätze im  
I. Parquet und I. Rang-Balkon gleichwerthig sind.  
Kassen-Eröffnung 2 Uhr. Beginn der Vorstellung 8 Uhr.  
Einlasskarten zu dieser Vorstellung sind bis **Sonntag früh** in den  
bekanntesten Zahlstellen und Geschäften zu haben:  
Bei Komuth, Wallner-Theaterstrasse 20, sind Billets bis zum **Sonntag**  
Nachm. 2 1/2 Uhr zu haben. Wir bitten, sich zeitig mit Billets zu versehen  
und keine Kinder mitzubringen.  
**Der Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule.**

**Kinetograph.** (Lebende Photographien. Auch in Naturfarb.) Inter-  
essanteste Bilder historischen Charakters u. des Ge-  
sellschaftslebens in vollkommener Naturwahrheit.  
**Phonographische** Wiedergabe musikalischer und bellamatorischer Vor-  
träge. Für alle Besucher zugleich deutlich  
hörbar ohne Schläuche.  
Eintrittspreis für alle Vorführungen 50 Pf. Militärs und Kinder 25 Pf.  
Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.  
**21. Unter den Linden No. 21.**  
Vereine erhalten Preisermässigung nach Vereinbarung.

**W. Noack's Theater**  
Brunnenstr. 16.  
Täglich (außer Sonnabends):  
**Koncert, Theater-Vorstellung.**  
Mit vollen Segeln.  
Volkstümlich mit Gesang in 8 Abtheilungen  
von Hugo Schulz.  
Jeden Sonntag, Dienstag  
u. Donnerstag nach d. Vorstellung  
**Tanzkränzchen.**

**Deutscher Portier.**  
Deffert u. Maßkräftiger I. Ranges.  
Brauerei Burghalter, Potsdam,  
gegr. 1736, bef. f. Winterme. Brauerei,  
Bleich, Wösch, Re-  
konv. u. d. leicht be-  
trüml., nahrh. kräf-  
tigste Bier. — Ist  
blutbild., besch. best.  
Gesichtsfarbe u. Ge-  
wichtszun. überrasch.  
14 Pf. drei, 50 Pf.  
zehn M. exkl. In  
Geb. (1/4, 1/8, 1/16) u.  
Selbstlab. wesentlich  
billiger. Allein. Ver-  
kaufst. f. Berlin u.  
Prov.: Portierkellerei  
Ringler, Berlin,  
Brunnenstr. 152.  
Nicht Flaschenzahl —  
Qualität entscheidet.

**Möbel-Verkauf**  
des Möbelspeichers Rosenhaler Strasse 13.  
Wegen beschleunigter Vergrößerung meiner  
Räumlichkeiten verkaufe ich mein Warenlager  
zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Um-  
zuge und für Brautleute ist somit die einzig  
rechte Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, so-  
wie einzelne Stücke erdigen und billig ein-  
zukaufen. Man lasse sich nicht durch unangelegene  
Anpreisungen blenden, sondern beschätze sich  
die Möbel, welche man kaufen will, genau und  
realisire dieselben mit meinen nur gediegenen  
Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Ver-  
kaufe ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke  
janz bedeutend billiger als jeder andere Möbels-  
händler. Auch großes Lager gebrauchter und  
verkaufter geistlicher Möbel in wackersten  
Spottpreisen: Kleiderständer 15 Mark, Ruchbaum-  
Kleiderständer 20, Wuschel-Kleiderständer 25  
Kommode 20, Sopha 12, Bettstelle mit Sprung-  
federmatratze und Kissen 18, Spiegel 8,  
Schilde 2, Anbaubankensatz mit Stuhl 60,  
Küchengeräte 50, neue, hochfeine Tisch-  
garnitur 100 Mark, hochfeine Anbaubank-  
und Waschtisch-Möbel spottbillig. Auch gebe ich  
Einrichtungen auf Teilzahlung. Kein Ab-  
zahlungsgeschäft. Eigene Tapetierwerkstätten,  
vier große Möbelspeicher. Gekaufte Möbel  
können kostenfrei auf meinen Lagerplätzen  
3 Monate liegen bleiben und werden dann  
durch eigene Gespanne sauber transportiert und  
aufgestellt, auch nach außerhalb.

**Wer Geld**  
will sparen, dem biete ich die günstigste  
Gelegenheit. Durch Einkauf größerer  
Posten bin ich in der Lage, jedes  
Stück billiger zu verkaufen, als alle  
anderen Geschäfte. Ich verkaufe daher:  
Hochelegante Winter-Paletots  
von 10,50 M. an  
Hohenzollern- und Pellerinen-Mäntel  
von 12,50 M. an  
Kaiser-Mäntel u. Joppen " 7,50 "  
Hochfeine Mod.-u. Jacketts  
Anzüge " " " 12,50 "  
Herren-Hosen u. Jacketts " 2,75 "  
Kedern- u. Arbeits-Hosen zu 2 M. 85 Pf.  
Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-  
Jacketts, Westen u. Röcke in allen Größen,  
Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte,  
Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel,  
Koffer, Oprengläser, Kessel, Revolver,  
Leschings, Harmonikas, Geigen, Trom-  
meln, Uhren, Ketten, Ringe u. f. w.  
zu enorm billigen Preisen. 2952

**Gustav Lucke,**  
**Waarenhaus,**  
**Berlin,**  
131. Oranienstrasse Nr. 131.

**Hohenzollern-Mäntel,**  
Joppen, Paletots, Hosen, Anzüge, von  
einer Lieferung zurückgeblieben, vor-  
jährige, nach Maß bestellt, nicht ab-  
geholt, verlaufe Hälfte Kostenpreis  
Münstr. 4, Engel.

Beachtenswerth für Schneider!  
Sonnabend: Resterverkauf.  
**Aug.- u. Paletotstoffe.**

Ein grosser Posten  
**Steppdecken**  
echt Wollatlas (reine Wolle)  
Größe 150 x 200, Stck. 7,50 M.  
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige  
**Normal-Schlafdecken**  
in reizenden Jacquard-Mustern,  
Größe 150 x 200 cm. 4,50 M.  
per Stück.  
Meine illustrierte Preisliste über  
hochfeine Stepp- und Schlafdecken  
gratis und franko.  
Steppdecken-Fabrik  
**Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstr. 158.

**Tuch- u. Bukskin-Reste**  
zu Knabenanzügen, spottbillig, umsonst  
zugeschnitten, Herrenhosen, Reiter- u.  
Anzug-Reste. Münstr. 4, Engel.

gebrauchte, laust Barow  
**Möbel,** Rosenthalerstr. 18.  
**Achtung!** Künstl. Zähne u. 8 M. an, Theilw.  
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-  
ziehen, Zahnreihen, Heroldtöden bei  
Bestellung umsonst.  
Gudel, Langherplatz 2, Gafferstr. 12,  
Steghlerstr. 71, I.

**Wer Stoff hat!**  
fertige Anzug, 20 M., feinste Zuthaten,  
saubere Arbeit, 2 Anproben, Hufe 3,50.  
Winterpaletot 18 M., wollenes Futter,  
Saumeltragen. Münstr. 4, Engel.

**Möbel auf Teilzahlung.**  
J. Kellermann,  
Neue Jakobstr. 26. 609  
Empfehle allen Freunden und Be-  
kannten mein **Weiß-, Bairisch Bier**  
und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt.  
Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier  
50 Pf. sowie Abendtisch à la carte  
von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit  
Klavier für 20-50 Personen. 5832 L.  
**H. Stramm,** Restauration, Ritterstr. 129.  
Strickwoll-Nester, Zephyr, Hochwolle  
zu Partierpreis. Holzmarktstr. 60, S. 1. 12r.  
Betten, spottbillig. Neanderstrasse 6.  
Pfandleihe.  
Winterpaletots, Kleidungsstücke,  
Wäsche, spottbillig. Neanderstrasse 6.  
Pfandleihe.  
Für die hiesigen Leser liegt der  
heutigen Nummer unseres Blattes  
die Gewinnliste der preussischen  
Lotterie vom gestrigen Tage bei